Heft 1 Januar 1995 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Frau Nolte: Girl from East Country
- »Deutschtum erwache!«: Völkische Subversion im Ausland
- Kuba: Hormone für die Revolution
- Clinton meets Berlusconi
- Schwarzes Kino: Zurück in den Alltag
- Nix kapiert: Presse & Techno

in konkret Januar 1995

von konkret

an konkret

Girl from the East Country von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Rolle vorwärts von Otto Köhler
Im »Parlament«, dem offiziellen Organ der Bundeszentrale für politische Bildung, beantworten rechtsradikale Publizisten »deutsche Streitfragen«

Nazismus light von Helmut Kellershohn, Anton Maegerle
Die Nazi-Postille »Junge Freiheit« gilt als das ambitionierteste Projekt des »intellektuellen« Rechtsextremismus. Um dem drohenden wirtschaftlichen Kollaps zu entkommen und endlich an bürgerlicher Reputation zu gewinnen, haben die Blattmacher nun personelle Veränderungen und ideologische Verschiebungen durchgesetzt, die eine Orientierung am Modell der so erfolgreichen FPÖ vermuten lassen. Auch Rainer Zitelmann ist mal wieder mit von der Partie

Jeder ist uns der nächste 34 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Ideologische Rettung von Georg Fülberth
Sahra Wagenknecht beschäftigt sich in einem eben erschienenen Buch mit der Tatsache, daß die Nato in den sechziger Jahren zu einer »indirekten Strategie« überging: Der Osten sollte nicht mehr frontal geknackt, sondern kooperativ weichgemacht werden

Berlusconi? Fini! von Heiner Möller
Ist die telecrazia eine Schimäre? Scheitert mit Berlusconis Versuch, die vermittelnde Funktion des Parteiensystems auszuschalten und quasi »selbstbestimmt« die sozialen Interessen der Kapitalistenklasse zur Geltung zu bringen, die »erste postpolitische Regierung des Westens« (Lucio Caracciolo)?

»Ein Gemetzel« von Michael Hahn
Rollback in den USA: Nach dem Kongreßwahlsieg der Republikaner werden die letzten Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung geschleift

Hormone für die Revolution?Ernsthafte Konkurrenz von Heinz Dieterich
Von der westlichen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, ist Kuba in den letzten zwölf Jahren zu einem bedeutenden Erzeuger und Exporteur biotechnologisch-medizinischer Produkte geworden. Heinz Dieterich sieht darin eine Chance für den kubanischen Sozialismus wie für die gesamte »Dritte Welt«. Ludger Weß widerspricht

Hormone für die Revolution?In der Klemme von Ludger Weß
Von der westlichen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, ist Kuba in den letzten zwölf Jahren zu einem bedeutenden Erzeuger und Exporteur biotechnologisch-medizinischer Produkte geworden. Heinz Dieterich sieht darin eine Chance für den kubanischen Sozialismus wie für die gesamte »Dritte Welt«. Ludger Weß widerspricht

Lob der Fremdherrschaft von Jürgen Elsässer
Fünf Jahre nachdem in Afghanistan die Kannibalenparole der nationalen Selbstbestimmung gesiegt hat, eine kleine theoretische Reflexion

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

»Vorwärts durch alles« von Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow

Vieles spricht dafür, daß die chauvinistischen Ambitionen des wieder einmal größeren Deutschland mit Hilfe einer staatlichen Tarnorganisation umgesetzt werden, die bereits Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime subversiv zu Diensten war. Heute wie damals arbeitet der angeblich private »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) als Vorfeldorganisation einer hegemonialen Außenpolitik. Von der Bundesregierung finanziell großzügig ausgestattet, hat er zur Zeit vor allem in der ehemaligen Sowjetunion alle Geldkoffer voll zu tun

Kunst & Gewerbe

FamilyAffair von Michael Nauert

In Spike Lees »Crooklyn«, John Singletons »Poetic Justice« und einem programmatischen Bildband des »Center for Afro-American Studies« der »University of California« deutet sich eine Besinnung schwarzer Künstler auf den Alltag an. Nicht mehr das Ghetto steht im Mittelpunkt, sondern die bürgerliche Familie. Notwendige Darstellung komplexer afroamerikanischer Lebensumstände oder Rückzug in die Mittelschichtsidylle?

Idealisierung der Kleinbürgerideologie von Amiri Baraka

Amiri Baraka, Jahrgang 1934, begann seine literarische Karriere als Leroi Jones mit den Beatniks, bevor er zu einer der zentralen Figuren des Black Arts Movement wurde. In den 70er Jahren verließ er die schwarz-nationalistische Position zugunsten eines internationalistischen Marxismus. Klinkmann/Schneider trafen ihn während des Jazzfests in Berlin.

Kleine Strolche von Darius James

Die Spielberg-Adaption des Depressionsklassikers »Our Gang« erstickt die komplexen Widersprüche des Originals mit einer gefühlstriefenden Heile-Welt-Pampe

Logik des Konkreten von Thomas Palzer

»Das Paradigma des Ideologischen« – Der englische Literaturwissenschaftler Terry Eagleton hat eine marxistische Geschichte der Ästhetik geschrieben

Harte Zeiten von Mathias Wedel

Es ist ja alles so langweilig! Aber es liest sich gut. Über Wolfgang Pohrts Aufsatzsammlung »Harte Zeiten«

Die Macht des Schicksals von Dietmar Dath

Bone, der Comic des amerikanischen Zeichners Jeff Smith mit den anmutigen, cartoonartigen Ballonfiguren, hat in den USA binnen kürzester Zeit Kultstatus erreicht. Sein Erfolgsgeheimnis ist Smith(Beherrschung einiger nicht ganz so simpler Genregesetze

Sackgasse des Selbstbetrugs von Udo Sierck, Christian Mürner

Vor allem für seine Erzählung »Eine persönliche Erfahrung« ist der japanische Schriftsteller Kenzaburo Oe mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet worden. Die hiesigen Pressereaktionen darauf spiegeln den Stand der neuerlichen »Euthanasie«-Debatte

Sprachlos von Barbara Kirchner

Techno hat nach den Massen auch die Medien ergriffen. Die stehen allerdings dumm da. Denn Techno läßt sich nicht so einfach auf den Medienbegriff von Jugendkultur bringen wie seine Vorläufer

Mercedes-Mann von Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Über den Zwangscharakter der Formel I und ihr deutsches Idol

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/95, S. 4

von konkret

Wer auf einem kleiner werdenden Markt ein neues Produkt plazieren will, muß ordentlich den Schnabel aufreißen, um die Kundschaft auf sich aufmerksam zu machen. Daß die Macherinnen und Macher der Vierteljahres-Zeitschrift »Die Beute« daher emsig gackern, um wenigstens eine Handvoll der verbliebenen Restlinken für das Ei, das sie da gelegt haben, zu interessieren, geht völlig in Ordnung und wäre hier auch keiner Erwähnung wert, hätte sich nicht herausgestellt, daß daran einiges faul ist und langsam zu stinken beginnt. Offenbar in der Annahme, die Ausbildung eines eigenen Profils ließe sich durch die negative Bezugnahme auf ein fremdes ersetzen, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Blattes nämlich dazu übergegangen, sich am gehaßten/beneideten großen Bruder KONKRET abzuarbeiten. Sie haben dabei zu einem in solcher Lage gern verwendeten Mittel gegriffen: dem der Denunziation und absichtlichen Falschbehauptung. Und da hört der Spaß auf.

Fast die Hälfte ihres Vortrags auf der von KONKRET mitveranstalteten Theoretischen Konferenz über Nationalismus und Antinationalismus am 12. November in Dresden hat die »Beute«-Redakteurin Sabine Grimm verschwendet, um, anstelle der angekündigten Kritik linker Identitätskonzepte, KONKRET »sexistischen Populismus« vorzuwerfen. Neben allerlei Unfug über die Kritik des KONKRET-Redakteurs Wolfgang Schneider an der Funktionalisierung vergewaltigter Frauen in Ex-Jugoslawien durch deutsche Kriegstreiberinnen (KONKRET 3+4/93) hat sie dabei über den KONKRET-Herausgeber diese Lüge verbreitet: »Bekannt sind auch die Auslassungen über die Unattraktivität von Alice Schwarzer, die dem rechten Antifeminismus schon immer in nichts nachgestanden haben, oder Gremlizas auf eine grüne Politikerin gemünzte Aussage: Manche Frauen sollten den Mund lieber nur für Fellatio öffnen.«

Auf die Unwahrheit dieser Behauptung hingewiesen – einen solchen Satz hat der KONKRET-Herausgeber weder je gesagt noch je geschrieben – , hat Sabine Grimm sich mit dem Eingeständnis entschuldigt, ihr Beitrag sei in großer Eile und ohne Nachprüfung gemutmaßter Sachverhalte formuliert worden; enthalte er diesem Umstand geschuldete Unrichtigkeiten, täte ihr das leid.

Nicht einmal diesen Rest-Anstand aber mochten die »Beute«-Redakteure Andreas Fanizadeh und Gerhard Fischer aufbringen, die in der Ausgabe 4/94 ihres angeblich außerordentlich sorgfältig redigierten Blattes einen Roberto Ohrt behaupten lassen, die in KONKRET 9/94 erschienene Nachlese zur Kippenberger-Kontroverse stamme aus der Feder des KONKRET-Kultur-Redakteurs Gunter Blank. Was Ohrt dann zum Anlaß nehmen darf, kräftig auf Blank einzudreschen. Ein Blick ins Impressum hätte genügt, um festzustellen, daß Blank im August/September 94 noch nicht Mitglied der KONKRET-Redaktion war. Da zumindest Fanizadeh darüber informiert gewesen ist, daß der inkriminierte und im übrigen eher großmütige Text nicht von Blank stammte, ist davon auszugehen, daß dieser gezielt mit Positionen in Verbindung gebracht werden soll, von denen »Die Beute« glaubt, sie könnten ihn in ›Boheme‹-Kreisen in Verruf bringen.

Obwohl »Die Beute« nach wie vor mit den von Blank in »Die Woche« ausgestreuten Vorschußlorbeeren für sich wirbt, scheint die Redaktion an dieser Form der Denunziation Gefallen zu finden. Ihr Motiv ist so schlicht wie einleuchtend: Der Germanistikstudent Fanizadeh leidet wie ein begossener Pudel darunter, daß »Die Beute«, als deren Spiritus rector er auftritt, den Ruf eines Studentenblättchens nicht los wird, statt sich – wie angestrebt – als linke Theoriezeitschrift an der Schnittstelle von Politik und Ästhetik zu etablieren. Dazu paßt, daß der mit der presserechtlichen Verantwortung offenbar überforderte Redakteur Fischer unser Angebot abgelehnt hat, sich über die Form der fälligen Richtigstellung gütlich zu einigen. Nun ja, wer nicht hören will, muß zahlen.

»Wie faschistisch ist die Feuerzangenbowle?« zitierte Dietrich Kuhlbrodt in seinem Anti-Rühmann-Beitrag (KONKRET 12/94) den Filmkritiker Karsten Witte und fügte hinzu: »Es ist in der Tat nur eine Frage des Wie.« Das »Hamburger Abendblatt« aber meldete am 30. November:

Kultfilm im Audimax

Wie alle Jahre lädt Uni-Film wieder zum Kultfilm ein: »Die Feuerzangenbowle« mit Heinz Rühmann. »Die« vorweihnachtliche Veranstaltung an der Uni läuft morgen und am Freitag, 2. Dezember, jeweils um 18, 19, 20, 21 und 22 Uhr im Audimax, Von-Melle-Park 4. Eintrittspreis: fünf Mark, Karten gibt es in der Hauptmensa und an der Abendkasse.

Von der Frage nach dem atemberaubenden Hamburger Abspieltempo mal abgesehen: Hießen 1968 die »Kultfilme« »Viva Maria«, »Leichen pflastern seinen Weg« oder »Pierrot-le-fou«, einige Jahre später wenigstens noch »Apocalypse now« oder »Der letzte Tango«, ist, dem Geist der Zeit folgend, die deutsche Intelligenz nun auf den volksgemeinschaftsstiftenden Rühmann gekommen. An ihren »Kultfilmen« sollt ihr sie erkennen.

Konkret 01/95, S. 6

an konkret

Warum nur, warum?

KONKRET allgemein

Vor Jahren habe ich einmal ein Praktikum beim *Konkret Literatur Verlag* gemacht und damals auch eine Woche in der Redaktion von KONKRET verbracht. (Sie werden sich nicht an mich erinnern.) Seitdem lese ich Ihre Zeitschrift, und ich habe viel aus ihr gelernt. Dabei habe ich auch sämtliche Aggregatzustände von KONKRET-Lesern durchgemacht, von der Überzeugung, man müsse die Überzeugten immer wieder überzeugen über den abgenervten Ärger über die Wiederholung von Positionen, die ich langsam begriffen zu haben meinte (dabei muß jede bessere Computer-Zeitschrift auf die Erwartungen des [vermeintlichen] Fachpublikums eingehen und immer wieder die Grundbegriffe wiederholen!), bis zum beleidigten Desinteresse über zuviel Politik, zuwenig Kultur. Nur das antikommunistische Syndrom ist bis jetzt ausgeblieben. Und ich habe KONKRET immer wieder gelesen, wenn nicht gleich, dann früher oder später.

Aber seit einiger Zeit beschleicht mich bei der Lektüre ein Gefühl bzw. stellt sich mir die Frage, die ich nicht lösen kann. Sie lautet (ungefähr): Warum machen Sie das, immer noch? Ich hätte langst aufgegeben! Trotzdem, weitermachen!

Markus Simon Schmidt

Berlin

Geradezu wohlwollend

KONKRET 11/94 »Who's left?« von Oliver Tolmein

Die Bezeichnung »Weizsäcker der Autonomen« für die Autonome L.U.P .U.S.-Gruppe aus Frankfurt klingt geradezu wohlwollend gegenüber »Werwolf-Truppe«, wie Eike Geisel sie nannte. Wahrend des Golfkrieges veröffentlichte die L.U.P.U.S.-Gruppe einen »Offenen Brief«: »Gerichtet an die ehemals linken Juden, die, gestützt auf die daraus resultierende Autorität, den Krieg gegen den Irak legitimieren.... Wir sind einiges gewöhnt von Euch.... Die eine oder andere Äußerung ... läßt uns erahnen: Wo wir eine natürliche Grenze wähnten, da ist nur Wüste.... Ihr seid entschlossen, mit Hilfe von (wahlweise) Geld, politischem Druck, der Bundeswehr oder allem gleichzeitig das israelische Militär davor zu bewahren, ihr eigenes, gigantisches Arsenal benutzen zu müssen.« Diese antisemitischen Ausfälle gipfelten in der Beschuldigung, jüdische Intellektuelle hätten »die Perfidie auf die Spitze getrieben«. Eike Geisel hat L.U.P.U.S. kein Unrecht getan.

Daß sich ihre Deutschland-Kritik verschärft hätte, ist ein Märchen. Die Behauptung, sie seien »konzeptionell und praktisch« bei »den antirassistischen Aktionen« aktiv gewesen, Übertreibung. Tatsächlich waren sie z.B. gegen den Mannheim-Schönau-Mob dabei, doch zwei Jahre später (1994) boykottieren sie im Einklang mit fast der gesamten linksradikalen Rhein-Main-Szene die Aktionen gegen den Mob in Mannheim-Waldhof.

Autarke L.O.K U.S.-Gruppe

Frankfurt/M.

Bittere Dialektik

KONKRET 11/94: »Fluchten« von Christian Eggers; Anzeige »Milch für Kubas Kinder«

»Auf dem Berge sitzend den Kampf der Tiger beobachten.« Getreu dieser alten chinesischen LandarbeiterInnenweisheit schwingt sich Christian Eggers ein weiteres Mal auf und reißt die moralinsauren Wertungsnoten hoch. Er begründet sein Urteil über die Solidaritätsbewegung und die (ökonomische) Politik der kubanischen Revolution mit dem angeblichen Fehlen von Kritik an den prokapitalistischen Maßnahmen auf Kuba. Er irrt! Selbst diejenigen, die diese Maßnahmen einführten bzw. vorschlugen, sind sich derennegativer Seiten bewußt. Fidel selbst kennzeichnete diese ökonomischen Veränderungen als Rückschritte im revolutionären Prozeß, die allerdings – und wahrscheinlich ist Christian Eggers hier anderer Meinung – unumgänglich seien, um die grundlegenden Errungenschaften der Revolution zu retten. Diese bittere Dialektik zu begreifen, ist natürlich im Hamburger Elfenbeinturm der reinen Lehre ungleich schwerer als dort, wo die Frage »Wer wen?« jeden Tag gestellt und (unter großen Mühen) jeden Tag wieder zu Gunsten der kubanischen Revolution beantwortet wird.

Dies zu wissen und gleichzeitig materielle Solidarität zu üben, ist Christian nicht links genug bzw. unpolitisch. Wem wäre damit geholfen, auf jede Kiste, auf jeden Container, den wir rüberschicken, einen Hinweis zu kleben, der den KubanerInnen mitteilt: »Ey, irgendwie finden wir's 'n Stück weit Scheiße, was ihr gerade macht.« Oder, weil Christian ja die »bedingungslose Solidarität« geißelt, sollten wir den KubanerInnen sagen: »Das mit der Dollarfreigabe war aber nicht der Hit. Deshalb gibt's jetzt 'n halbes Jahr keine Medikamente von der Solidaritätsbewegung!«?

Natürlich werden wir nichts von alledem tun, sondern weiter wie bisher soviel materielle und politische Solidarität wie möglich leisten, um für die KubanerInnen die Bedingungen *ein wenig* zu verbessern, ihre Revolution zu retten. Und natürlich verlangen wir dafür keine Gegenleistungen, knüpfen wir daran keine Forderungen.

Klingt es anfangs so, als würde Christian Eggers der Solidaritätsbewegung Ratschläge geben, wird seine wahre Absicht dann aber deutlich, wenn er über den Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba schreibt, daß er »bis auf eine Ausnahme von Mitgliedern der DKP gestellt wird«. Mal abgesehen davon, daß diese Information falsch ist, was soll damit ausgedrückt werden? Die FG sei von der DKP unterwandert, oder wie der Verfassungsschutz es ausdrückt: eine DKP-Vorfeldorganisation? Der Trick von Eggers (und vom VS) ist alt: Denunziation der FG als DKP-gesteuert; damit wird die FG – dank des jahrzehntelangen Antikommunismus – mit all den Begriffen verbunden, die der VS stets der DKP zugeordnet hat und die auch bei vielen Linken und Linksliberalen inzwischen verinnerlicht sind: Stalin und Stacheldraht; Kader und Kalashnikow; Dogmen und Datscha usw.

Wem nützt das?

Harry Hoppe

Mitgl. Bundesvorstand FG BRD-KUBA

Hamburg

Mein Informatiklehrer, ein ehemaliger Berufssoldat, unterschied sich von linken Lehrern wohltuend dadurch, daß er sich nie wie diese bei uns Schülern als Freund anzubiedern versuchte; statt dessen konnte man bei ihm am Konkreten lernen über Machtverhältnisse und die Ausübung von Macht. Hierzu sehr nützlich waren ihm im vorigen Beruf erworbene Fähigkeiten, vor allem das auf dem Kasernenplatz entwickelte beträchtliche Stimmvolumen. Ganz besonders laut wurde er, wenn ein Schüler die Antwort auf eine seiner Fragen mit »Ich glaube« begann – dann brüllte er »Glauben kannst du am Sonntag in der Kirche, hier sollst du etwas wissen!«; im Wiederholungsfalle warf er seinen Schlüsselbund nach dem Schüler.

Unterricht bei diesem Pädagogen dringend empfohlen sei Prof. Peter Ludwig, Unternehmer und bedeutender Kunstsammler aus der BRD, und den anderen Kleinen aus der Alexanderstraße, damit sie nie wieder Sätze sagen wie »Ich glaube, es ist eine brutale Verletzung der Menschenrechte, z.B. die Lieferung von Milch für die kubanischen Kinder nicht zuzulassen«, und sie uns derartige Zudringlichkeiten nicht als »Zärtlichkeiten der Völker« andrehen.

Carsten Stockter

Gevelsberg

Konkret 01/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Girl from the East Country

Es war einmal ein Student, der hatte sich in den Ferien genug Geld verdient, eine ältere, aber noch fahrtüchtige Limousine der Marke Mercedes zu erwerben. Als er darin bei seinem Freund, dem berüchtigten Hobbymechaniker, vorfuhr, sprach dieser: Ey du, den bau ich dir zu nem geilen Cabrio um, kost' dich fast nix, ja? Der Freund nahm das Stück in Arbeit. Zwei Tage darauf mußte der Student dringend in seinen Heimatort, und weil die Bahn die Strecke eingespart hatte, holte er den Mercedes aus der Werkstatt. Der Bastler hatte bis dahin, wie er sagte, erst die Hälfte seiner Umbauarbeiten geschafft, oder einfach: die Dachpfosten abgesägt. Der Student fuhr mit einem halben Cabriolet nach Hause. Es regnete fürchterlich.

So auch der alte Adam, dessen Umbau in der DDR und anderswo abgebrochen werden mußten, und der nun als halber »neuer Mensch« im Regen steht. So vor allem die vormals alte Eva. Auftritt: Frau Claudia Nolte. Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wie sie da stand, mit diesem Kopfputz, dieser Brille, diesem Kostüm, diesem Jabot (so heißen die vorrevolutionären Rüschen, die ihr aus dem Kragen hingen), konnte sie nicht aus Hamburg, nicht aus Krefeld und nicht aus Meppen sein, auch nicht aus Manchester oder Lyon.

Es stand da, erste Reihe rechts, auf der Treppe der Villa Hammerschmidt, ein Wesen von einem anderen Stern, der auch ein roter war: aus Thüringen, vormals DDR. Eine Abgeordnete schon der Volkskammer, danach des Bundestags, eine gelernte Elektronikfacharbeiterin, Kybernetikerin und diplomierte Automatisierungstechnikerin, alles mit gerade 28 Jahren, »engagiert bis zur Nervigkeit«, sagen Parteifreunde, »zupackend«, sagt der Kanzler, eine, die weiß, daß man »Karriere ohne Rücksicht auf andere macht« (»FAZ«), die »Mut zur unpopulären Überzeugung« hat (»Spiegel«). Zu einer Überzeugung, die unpopulär heißt, weil sie zwar von einer ewigen Mehrheit der Landsleute geteilt wird, nicht aber von ihren journalistischen Schönrednern: nämlich daß Frauen keinen Anspruch auf die Hälfte (oder wenistens ein Drittel) auch der politischen Jobs haben, daß Männer, die Frauen am Arbeitsplatz sexuell belästigen, nicht bestraft werden dürfen, und daß Schlampen, die sog. ungeborenes Le-ben abtreiben, »zur Wiedergutmachung« Zwangsarbeit leisten sollen.

Bewußtsein und Selbstbewußtsein teilt Frau Nolte mit vielen Frauen aus dem Osten, die wie sie im »Unrechtsstaat« gestählt wurden. Etwa mit Angelika Merkel, die von der FDJ als Sekretärin für Agitation und Propaganda mißbraucht, zu Studium, Promotion und Arbeit in der Akademie der Wissenschaften der DDR gezwungen worden war. Auch sie verfügt über dieselbe selbstbewußte Härte, denselben sicheren Griff in die ideologische Hochzeitstruhe des deutschen Mädels wie in die reale, in der jene zu Kopfputz und Brille passenden Kostüme, Schuhe und Ohrhänger liegen, von deren deprimierender Existenz wir uns allabendlich vorm Bildschirm überzeugen lassen müssen. Oder etwa mit der alleinerziehenden Ostberliner Journalistin, die der Redaktionskonferenz mitteilen muß, sie komme gerade vom Gynäkologen, der, heissa, eine Schwangerschaft festgestellt habe, und bitte deshalb die Kolleginnen und Kollegen auf ein Gläschen Sekt in ihr Büro.

Woher diese im Westen gerade auch bei weit klügeren jungen Frauen unbekannte Stärke? Wäre die DDR gewesen, was über sie behauptet wird, dürfte es Frau Nolte, Frau Merkel und die anderen nicht geben. Wäre die gesellschaftliche Ordnung der DDR eine sozialistische gewesen, könnte sie nach vierzig Jahren nicht diese Scharen reaktionärer Fischköpfe entlassen haben. Wäre die DDR »ein einziges KZ« gewesen, wie der Kanzler einmal sagte, müßte Frau Nolte durch das berühmte »Auschwitz in der Seele« psychisch zerrüttet und geistig indoktriniert (das heißt: aufgeklärt) sein. Das Gegenteil ist der Fall. Wie kommt's?

Die deutsche Sozialwissenschaft hat sich entschlossen, demnächst das Fahrrad zu erfinden, und kann deshalb mit Untersuchungen des Phänomens nicht dienen. So bleibt dem Betrachter nur der Rückgriff auf Erkenntnisse, zu denen die Institute, wenn sie sich ranhalten, Mitte des nächsten Jahrhunderts vorstoßen werden. Sie finden sich unter Stichworten wie *Die Vernunft in der Geschichte, Elend der Philosophie, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Deutsche Ideologie* oder *Das Kapital* in jeder gutsortierten Universitätsbibliothek.

Man liest dort, daß und warum der wirkliche Mensch das Resultat seiner eigenen Arbeit (Hegel) und also der materiellen Bedingungen der Produktion ist (Marx). Man kann dann fragen, welches die materiellen Bedingungen der Produktion in der DDR waren, um die Antwort zu finden, daß Lohnarbeit insoweit aufgehoben war, als sie mit Zwang, Streß, Ausbeutung assoziiert ist. Die Leute, sagen westdeutsche Unternehmer, hatten das Arbeiten verlernt, und im Witz wußten sie es selber: Wir tun so, als ob wir arbeiten, und die Regierung tut so, als ob sie uns bezahlt. Was nun bedeutet es für den Menschen, nach Lust und Laune arbeiten zu können? Es bedeutet, von Marx ein wenig geschwollen ausgedrückt, »meine Persönlichkeit als gegenständliche, sinnlich anschaubare und daher über allen Zweifel erhabene Macht zu wissen«.

Was von der Lohnarbeit in der ja mit dem Weltmarkt immer noch verbundenen DDR erhalten blieb, war ihr Schein, unter dem man den Zwang durch Appelle zu ersetzen versuchte, mit Prämien, Medaillen, Ehrentiteln (»Held der Arbeit«).

Lohnarbeit, die praktisch aufgehoben war, wurde ideologisch angefeuert, es wurde gemütlich am Arbeitsplatz – und blöde. Das Bewußtsein nahm ab, das Selbstbewußtsein nahm zu, die Verhältnisse machten den Menschen dumm, aber pampig.

Weit mehr als für die Männer hatte die realsozialistische DDR die materiellen Bedingungen der Produktion und Reproduktion für die Frauen umgewälzt. »Es ist nun einmal so: Zu DDR-Zeiten hatten junge Frauen kein Problem, Arbeit und Familie miteinander zu verbinden. Natürlich um den Preis einer Ideologisierung kleiner Kinder. Aber dieser Teil der Erinnerung ist verblaßt. Auch wenn die Scheidungsrate hoch war – wenn Kinder kamen, gab es für die jungen Familien Wohnraum. Die Geburtenrate ist in der früheren DDR in den vergangenen fünf Jahren um deutlich mehr als 50 Prozent zurückgegangen«, sagt nicht Gysi im »Neuen Deutschland« sondern Weizsäcker im »Focus«. Aller westliche Feminismus wird die Geburtenrate vielleicht einmal um zwei oder drei Prozent bewegen. Unendlich mächtiger als die beste Reklame sind die materiellen Verhältnisse. 10.000 feministische Agitatorinnen erreichen nicht das emanzipatorische Gewicht von 10 realen Arbeitsplätzen für Frauen. Was nur im Kopf ist, läßt sich daraus so leicht vertreiben wie Maos oder Trotzkis Weisheiten aus dem Diskurs von Stadträten und Verkehrsexperten. Daher auch die Leichtigkeit des antifeministischen Backlashs, der sich in der fast klaglosen Hinnahme der Ministerin Nolte als »Gegenspielerin der feministisch eingefärbten Rita Süßmuth« (»FAZ«) manifestiert.

Alle Überwindung des Marxismus und alles Ende der Linken kann es nicht ändern: »Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen. Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufließen, kann sich einbilden, daß sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden« (Marx, *18. Brumaire*).

Sozialdemokraten aller Fraktionen tun das, Feministinnen tun es. Frau Nolte, Frau Merkel und ihre Schwestern aus dem Osten tun es auch. Sie sind stolz darauf, selbst geworden zu sein, was die DDR aus ihnen gemacht hat.

Konkret 01/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Victor, Victoria

Sieg auf der ganzen Linie für den Kommunistischen Bund (KB) und verwandte Maoisten: Hatten ihre Kader bis November 94 erst das Präsidium der PDS (Claudia Gohde), die Pressestelle der Bundestagsfraktion (Jürgen Reents) und das Herz des Gregor Gysi (Andrea Lederer) sowie diverse Schaltstellen im Propagandaapparat der Partei erobert, wurde der 3. Dezember zum Tag des totalen Triumphs – eine Genossin aus dem KBW und ein Genosse aus dem KB wurden zu den beiden Parteiführern von Bündnis 90/Die Grünen gewählt. Lang lebe der Parteisprecher Jürgen Trittin! Lang lebe die Parteisprecherin Christa Sager! Freundschaft!

Kleine Anfrage

Welches war der einzige Staat, der Haitis Militärregime nach dem Putsch gegen den gewählten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide diplomatisch anerkannte? (Kleine Hilfestellung: Es war derselbe Staat, der, anders als alle andern, sich weigerte, dem katholischen Priester Aristide zu seiner Rückkehr nach Haiti zu gratulieren, und statt dessen von ihm verlangte, seine Priesterschaft aufzugeben.)

Die Krönung 1

Birendra, König von Nepal, hat den Wahlsieger Mohan Adhikari mit der Regierungsbildung beauftragt, normal. Der neue Regierungschef ist aber auch erster Mann der Kommunistischen Partei Nepals/Vereinigte Marxisten-Leninisten (UML), ey. Die »Herald Tribune« rief deshalb die »erste kommunistische Monarchie der Welt« aus und gab zugleich Entwarnung: Diese Genossen seien »very moderate, very sensible and almost undistinguishable« von der konservativen Partei, so etwas wie die hinterindische Ausprägung des Marxismus-Leninismus-Antjevollmerismus eben.

Die Krönung 2

In allem sittlichen Ernst druckt das »Hamburger Abendblatt« auf Seite 3 diese Meldung der Agentur ADN aus Budapest:

Hat die Stasi 40 Jahre lang Akten über unbekannte Flugobjekte (Ufos) angelegt? Der Berliner Georg Spöttle, im Hauptberuf Polizist und privat ein überzeugter Ufologe, enthüllte jetzt auf einem Kongreß in Budapest: »In der ehemaligen DDR hat es mehrere tausend Entführungen durch Außerirdische gegeben. Weit mehr als in Westdeutschland! Die Opfer wurden in Raumschiffe verfrachtet und für medizinische Experimente benutzt.« Die brisanten Akten unterliegen strengster Geheimhaltung, wurden jetzt angeblich zum Bundesnachrichtendienst nach Pullach gebracht. Spöttle: »Ich weiß von Kollegen, die für die Gauck-Behörde gearbeitet haben, daß internationale Geheimdienste wie der CIA und der MI 5 die mehreren tausend Dossiers prüfen.«

Die Krönung 3

Wer immer noch nicht so recht verstanden hat, um was für ein Charaktermodell es sich bei Manfred Stolpe, dem ehemaligen Konsistorialpräsidenten und Ordensträger, handelt, konnte es am 29. November aus der »Welt« erfahren:

Seine ostdeutschen Genossen forderte der Premier auf, stärker auch die westlichen Bedenken vor der PDS ernst zu nehmen: »In dieser Partei sind eben auch viele Kommunisten, vor denen man früher Sorge haben mußte, daß sie vielleicht doch eines Nachts oder an einem Wochenende auf die Idee kommen, mit den Panzerspitzen bis zum Atlantik durchzustoßen.«

Stolpe ist jetzt Inoffizieller Mitarbeiter bei Springer (»IM Premier«), der mit der Sorge, die nie einer haben mußte und die Stolpe als »Sekretär« seinen Glaubensbrüdern zu nehmen jahrzehntelang so verdienstvoll und medaillenträchtig bemüht war, jahrzehntelang sein Geschäft und das der BRD-Rüstungsindustrie betrieben hat. Und wenn die Chinesen kommen, hat Tucholsky 1933 über Gottfried Benn gesagt, läßt er sich einen Zopf stehen.

Treuhand goes nuts

Die Staatsanwaltschaft Wien hat am 12. Oktober 1994 ein durch die Treuhandanstalt angestrengtes Strafverfahren wegen Untreue und Hehlerei gegen die ehemalige Chefin der Firma Novum, Rudolfine Steindling, und den Finanzreferenten der

Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), Michael Graber, eingestellt. Diese Einstellung hat u.a. zur Folge, daß die KPÖ wieder Zugriff auf ihre zur Zeit gesperrten Konten erhält.

Die Ostberliner Import-Export-Firma Novum hatte den größen Teil des Handels der DDR mit Österreich abgewickelt. Nach der Wende behauptete die Treuhand, die Firma sei ein SED-Betrieb gewesen, und erhob Anspruch auf das Vermögen der Firma (etwa 300 Millionen Mark), das die Novum-Geschäftsführerin Rudolfine Steindling, 59, unterdessen nach Österreich transferiert hatte. Steindling erklärte, sie habe die 1951 gegründete Firma als Treuhänderin der KPÖ geleitet. Dies belegen auch SED-interne Dokumente, in denen die Novum stets als »KPÖ-Firma« bezeichnet wird. Die Treuhand argumentiert dagegen mit in Berlin aufgefundenen Dokumenten, in denen einige Geschäftsführer der Novum erklären, sie seien im Auftrag der SED-Firma Zentrag tätig gewesen (s. den ausführlichen Bericht in KONKRET 7/93).

Die Wiener Staatsanwaltschaft hat sich im Einstellungsbescheid der KPÖ angeschlossen. Staatsanwalt Walter Nemec teilt darin mit: »Nach dem Ergebnis der durchgeführten Ermittlungen ist davon auszugehen, daß die Firma Novum mit Kapital der KPÖ gegründet wurde und ... bis zuletzt über Treuhänder in deren wirtschaftlichem Eigentum stand.«

Die Einstellung des Strafverfahrens wird vermutlich juristische Folgen haben. Gegen Steindling laufen wegen des Streits um die Novum derzeit noch Strafverfahren in Zürich und Berlin, vor einem von den deutschen Behörden beantragten Internationalen Haftbefehl ist sie nach wie vor nur in Österreich sicher. Harry Neubauer, Anwalt der Geschäftsfrau, äußerte sich gegenüber der Tageszeitung »junge Welt« allerdings optimistisch: Das Rechtshilfeabkommen zwischen der BRD und Österreich und die gesetzliche Regelung von Rechtshilfefällen in der Schweiz erforderten die Einstellung der Verfahren, nachdem das Verfahren im Tatortstaat, in diesem Fall Österreich, niedergeschlagen sei.

Daß die Wiener Staatsanwaltschaft sich der Rechtsauffassung der KPÖ angeschlossen hat, führt Neubauer auf die genauere Kenntnis der österreichischen Verhältnisse zurück. In Wien war es stets ein offenes Geheimnis, daß die KPÖ nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1955 auch ein gigantisches Wirtschaftsunternehmen war. Die Vorwürfe der Treuhand, die die größte österreichische Bank, das Staatsunternehmen Bank Austria, der Komplizenschaft beschuldigte, wurden in Österreich vielfach als anmaßend empfunden.

Unterdessen blieben die deutschen Stellen bei ihrer Haltung. Für die Treuhandanstalt bekräftigte Dr. Dierdorf, daß für die Zuordnung des Vermögens der Firma Novum das Berliner Verwaltungsgericht zuständig sei. Zu möglichen politischen Hintergründen des Verfahrens mochte sich Dierdorf nicht äußern. Insider stellen einen Zusammenhang zu der in Österreich allfälligen Auseinandersetzung zwischen deutschnationalen und auf Eigenständigkeit bedachten Kräften her und werten die Entscheidung der Staatsanwaltschaft als Erfolg der um die Bank Austria gruppierten proösterreichischen Teile des Kapitals.

Die Erfolglosigkeit der deutschen Behörden läßt diese freilich nicht ganz so cool, wie sie sich geben. Hektische Beschlüsse ergingen in Folge der Wiener Entscheidung: Zuerst wurde Ende Oktober einer der deutschen Korrespondenzanwälte Steindlings, der Münchner SPD-Politiker Manfred Schmidt, wegen Steuerhinterziehung festgenommen. Obwohl dieser Vorgang nur sehr entfernt (es geht u.a. um Honorare aus Schmidts Tätigkeit für Steindling) mit dem Fall Novum zu tun hat, konfiszierten die Beamten Schmidts gesamte Novum-Akten.

Am 14. November dann fuhr der ehemalige Chef der DDR-Außenhandelsbank (Daba), Polze, ein. Die Vorwürfe gegen ihn zeigen die ganze Hilf- und Ahnungslosigkeit der deutschen Justiz: Er habe, so die Berliner Staatsanwaltschaft, Einlagen der Novum bei der Daba verschwiegen – die allerdings wurden von Steindling nie bestritten. Zudem habe Polze einen 100-Millionen-Kredit, den die Novum der Daba gegeben habe, fälschlich Steindling zugeschrieben. Mit dieser Behauptung begibt sich die Berliner Staatsanwaltschaft weit aufs Glatteis. Wäre der Kredit, der in zwei Raten 1988 und 1990 nebst Zinsen an Steindling zurückgezahlt wurde, tatsächlich von der Novum gewährt worden, die nach Auffassung der Staatsanwaltschaft ja ein SED-Betrieb war, wäre das in der Tat bemerkenswert: Ein SED-Betrieb hätte demzufolge über ein beachtliches Devisenvermögen verfügt und das auch noch einer Staatsbank gegen Zahlung von Zinsen zur Verfügung gestellt – ein in der DDR völlig undenkbarer Vorgang.

Boris Gröndahl

Konkret 01/95, S. 12

Otto Köhler

Rolle vorwärts

Im »Parlament«, dem offiziellen Organ der Bundeszentrale für politische Bildung, beantworten rechtsradikale Publizisten »deutsche Streitfragen«

»Totalitäre Systeme dulden keinen Diskurs«, schreibt Claudia Schute, Redakteurin der von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn herausgegebenen Wochenzeitung »Das Parlament«, und macht im Editorial der Sonderausgabe zum fünften Jahrestag des Sieges einen sauber verpackten Diskussionsvorschlag. Zwar solle man, so beschwichtigt sie, es »nicht allzu« wörtlich nehmen, aber dann zitiert sie das Heine-Wort doch: »... ja man muß seinen Feinden verzeihen, aber nicht früher, als bis sie gehenkt werden«.

Gewiß, das mit dem Verzeihen darf man nicht allzu wörtlich nehmen. Aber ob Heine sich hat träumen lassen, daß er eines Tages als Animateur auftreten würde für die geistige Lynchjustiz an denen, die ein ganz anderes Deutschland wollten als jenes, das er Zeit seines Lebens bekämpfte?

Ein Kopf mit zwei zur Einheit verschmelzenden Gesichtshälften ziert die erste Seite der Ausgabe 45-46/94 des »Parlament«: »Stalin und Hitler – zwei Seiten einer Medaille«. Das gehört zum Titelbeitrag, der die neue Epoche verkündet: »Der jahrzehntelange Totalitarismus-Streit und die Zeitenwende von 1989/90 – Stiller Sieg eines Begriffes«. Ein Jürgen Braun – vorgestellt als Berliner Lektor und »Fernsehjournalist« – bejubelt den Sieg jener Totalitarismustheorie, die farbenblind verkündet, daß rot gleich braun sei, und erklärt: »Der mit dem welthistorischen Zusammenbruch des Sozialismus verbundene Zerfall des SED-Regimes 1989/90 hat die wissenschaftliche Kritik am Totalitarismus-Begriff verstummen lassen.« Dann verheddert er sich in seinem Begriffsgestrüpp. Er klagt, neuerdings überlagere das Schlagwort »Faschismus« bereits wieder den Totalitarismus-Begriff: »Fremdenfeindliche Gewalttaten werden nicht als ›antitotalitär‹ bekämpft, sondern bieten den Anlaß, die Klärung der Hinterlassenschaft des zweiten totalitären Staates in Deutschland unter dem – jahrzehntelang von der SED gepflegten – Schlagwort ›Antifa‹ wegzuschieben.«

Als »Fernsehjournalist« muß er nicht wissen, was er sagt, aber der Lektor in ihm müßte den Unsinn, den er geschrieben hat, korrigieren können. Beim »Parlament« jedoch gibt es nicht einmal eine Redakteurin, die dazu in der Lage wäre. Braun sagt, was er allenfalls insgeheim denken, nie aber öffentlich sagen würde: daß fremdenfeindliche Gewalttaten antitotalitär seien, also durchausseinem Wollen entsprechen. Und bricht gleichdarauf in einen Schlußsatz aus, der zeigt, wohin der wiedergewonnene Antitotalitarismus führt: »Schon warnten Intellektuelle und Politiker in einem Aufruf (›Berliner Appell‹) kurz vor der Bundestagswahl vor einem Zerbrechen des nach 1989 kurzzeitig wiedergewonnenen antitotalitären Grundkonsenses.«

Tatsächlich ist diese Sonderausgabe des »Parlament« eine Verstärkung und Fortführung des »Berliner Appells« (»Vier Jahre nach der Wiedervereinigung erlebt der Sozialismus in Deutschland eine Wiederkehr«) aus Finanzmitteln des Bundes. Mindestens neun Mitarbeiter des »Parlaments« 45-46 sind Unterzeichner des Aufrufs zum Widerstand gegen jene Wiederkehr, der vom »Welt«-Redakteur Rainer Zitelmann propagiert wurde und vom »Wams«-Redakteur Heimo Schwilk, der mit einem »Sonderkonto Demokratie« bei der Deutschen Bank »den Anfängen« wehren möchte. Der als »Taz«-Anzeige veröffentlichte Aufruf beklagte den »Verfall der politischen Kultur« durch eine »Einbeziehung der PDS in den politischen Entscheidungsprozeß« und setzte sich für die »Rückkehr zum antitotalitären Konsens« ein, der nun im »Parlament« mit dem »stille(n) Sieg eines Begriffes« vollzogen worden ist.

Ein Wunder ist das enge Ineinandergreifen von Berliner Rechtsaußenappell und »Parlament« nicht, sogar Autoren der »Jungen Freiheit« wie Uwe Greve und Karlheinz Weißmann sind hier für die Bundeszentrale und unsere politische Bildung tätig. Das ist kein Zufall, denn die Bonner Redaktion hatte mit der »Konzeption« dieser Themenausgabe den Berliner Ansgar Graw beauftagt. Graw ist ein bewährter Zitel-Mann. Seinen Journalismus lernte er beim »Ostpreußenblatt«, in einem »Nachrichtenbüro« für das »Baltikum« und in dem inzwischen eingestellten Schweineblatt »Super-Zeitung« des Burda-Konzerns. Graw publizierte in »Mut« und im dazugehörigen Buchverlag (*Königsberg morgen. Luxemburg an der Ostsee*, zusammen mit dem CDU-Rechtsaußen Wilfried Böhm) und genießt, seit 1993 als SFB-Redakteur und -Pressesprecher, das – wie man hört – besondere Vertrauen des Intendanten Günter von Lojewski. Im Zitelmann-Sammelband gegen die »Westbindung« trat er gegen »Dauerscham« und für eine »Normalisierung im Umgang der Deutschen mit ihrem Deutschsein« an und attackierte das »immer wieder beschworene Patentrezept ›Verfassungspatriotismus‹« als »blutleer«. Blut wollte er endlich auch im zur Wahl erschienenen Ullstein-Band der sogenannten 89er *Die selbstbewußte Nation* (KONKRET 11/1994) sehen. Dort geißelte er »den Irrtum der Gewaltlosigkeit« und setzte – Überschrift: »Dekadenz und Kampf« – den »Heroismus von Ernst Jüngers ›Stahlgewittern‹« gegen »eine Bundeswehr, die ihren Auftrag im Ernstfall nicht erfüllen kann«. Er endete mit der in diesen Kreisen üblichen »Kriegserklärung« gegen »Denk- und Frageverbote der unheiligen Inquisition namens ›political correctness‹« und gewann vermutlich so den Befähigungsnachweis der Bundeszentrale für politische Bildung.

In der von ihm gestalteten Ausgabe des »Parlament« läßt Graw den persönlichen Referenten seines Intendanten, Eckhard Stuff, gleich zweimal zu Wort kommen und fragt selbst in einem eigenen Beitrag zur deutschen Identitätsfindung – Frageverbote darf es ja nicht geben: »War der 8. Mai 1945 ›für uns alle gemeinsam ... ein Tag der Befreiung‹ (Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 8. Mai 1985)? Oder hat der Begriff ›Befreiung‹ ›seine volle Berechtigung für die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen befreiten Opfer‹ des NS-Regimes, während er ›auf das Schicksal der deutschen Nation als Ganzes bezogen‹ unangebracht ist (Andreas Hillgruber in ›Zweierlei Untergang‹)?« Zur deutschen Identität gehört eine Befreiung im Jahr 1945 jedenfalls nicht, denn, so fährt Graw fort: »Identität entsteht durch das Bewußtsein des Gemeinsamen, das der Unterscheidung von ›dem anderen‹ bedarf.« Der andere – das ist der KZler, der sich 1945 befreit fühlte. Das eine Identische, Gemeinsame aber ist das deutsche Volk, das 1945 einen fürchterlichen Schlag erlitten hat, weil seine umfassende Identität – ein Volk, ein Reich usw. – nicht fortbestehen sollte.

Graw plädiert für ein – wie die neue Umschreibung für den alten Chauvinismus heißt – »entkrampftes« Verhältnis zur Nation, bezeugt eine gewisse Toleranz für »Verfassungspatriotismus«, um sich »damit des Extremismus« – so wie er ihn versteht – »zu erwehren«. Er gibt aber deutlich zu erkennen, wo seine Präferenzen liegen: beim verhinderten SS-Freiwilligen und langjährigen Siemens-Propagandachef Armin Mohler, der, wie Graw zustimmend zitiert, »die Tragfähigkeit des Grundgesetzes in Frage« stellt.

Die Redaktion der von Graw zusammengestellten Sonderausgabe hat die »Parlament«-Redakteurin Claudia Schute übernommen, deren Ruf nach dem Henker wir schon aus dem Editorial kennen. In ihrem eigenen Beitrag – »Die Diskussion über ›Mitteleuropa‹: Geopolitik contra Westorientierung« – versucht sie, jene in Weimar von der Interessengemeinschaft Farben AG propagierte und von den Nazis willig übernommene Mitteleuropa-Konzeption mit demokratischem Outfit zu versehen und ihr nahezu revolutionäre Weihen beizugeben: »Als verbindend erwies sich letztlich die Mitteleuropa zugewiesene Protestfunktion gegen die gewohnte Westfixierung der Bonner Politik ...« Dabei drückt sie den Rechtsaußenpolitologen Bernard Willms ebenso wie den »gebürtigen Sudetendeutschen Glotz« an ihre Brust, letzteren, weil er mal so schön »rhetorisch fragte, ob es denn gut sein könne, ›die Teilung Europas – als gerechte Strafe für deutsche Verbrechen – so demütig anzunehmen, daß man die eigene Geschichte vergißt?‹« Mit der »Frontenverschiebung«, so freut sie sich, wurde »Mitteleuropa« endlich wieder »von Emanzipation und Protest zur Integrationsidee«. Wobei sie einräumt, daß eigentlich nur die von Willms zusammen mit dem Altnazi Paul Kleinewefers entworfene Großdeutschlandkonzeption (»eine zentraleuropäische Föderation aus beiden deutschen Staaten, Österreich und der CSSR«) »abstrakte Formen in konkrete politische Perspektiven zu transformieren« suchte.

Unter dem Stalin-Hitler-Kopf der Titelseite findet sich auch – »Wandlung vom Historischen zum Hysterischen« – ein Beitrag, der die Kritiker des revisionistischen Historikers Ernst Nolte zu Hysterikern erklärt. Er stammt von Eckart Jesse, der ein Extremismusforscher besonderer Art ist. Noch 1993 – in dem zusammen mit Uwe Backes herausgegebenen Propyläenwerk *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* – vermerkte er die aktive Rolle des Gründers der Monatszeitschrift »Mut«, Berhard C. Wintzek, bei der Organisation der »Aktion Widerstand« gegen die Ostpolitik Willy Brandts. Und er berichtete über die »gewalttätigen Aktionen der Mitglieder« jener Organisation, beispielsweise bei der von Wintzek organisierten Großkundgebung in Würzburg: »Am Abend der Würzburger Veranstaltung zogen Gruppen von Demonstranten mit Parolen wie ›Brandt an die Wand‹ und ›Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehenkt‹« durch die Stadt. Ein Jahr nach der Veröffentlichung solcher Erkenntnisse über die Monatszeitschrift »Mut« und die Organisationstüchtigkeit ihres Herausgebers hat sich der Extremismus-Forscher Jesse entschlossen verforscht. Im Oktober 1994 ist er selbst (mit Foto vorgestellter) Mitarbeiter des Extremisten-Blattes und beklagt dort, daß »rechts von der CDU keine Partei als koalitionsfähig« gelte, »während der SPD mit dem Bündnis 90/Die Grünen eine Partei links von ihr zur Seite steht«.

»Mut«-Autor und Extremismus-Forscher Jesse, der zusammen mit Backes und Zitelmann (*Schatten der Vergangenheit*) beklagte, daß die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften »auch Schriften wie die von Udo Walendy, welche die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bestreiten«, indiziert und den seit Jahrzehnten bekannten Rechtsextremisten damit »sozial geächtet« habe – dieser Gegner der Bundesprüfstelle klärt jetzt, auf Seite 1 des Organs der Bundeszentrale für politische Bildung, über den Historikerstreit auf. Der Extremismusforscher behauptet, tatsächlich habe »kein Protagonist in der Diskussion das NS-System zu rehabilitieren« gesucht. 25 Zeilen zuvor hatte er noch beflissen Noltes Agitation bemüht: »War nicht der ›Archipel Gulag‹ ursprünglicher als Auschwitz?« und versucht, mit dem Adenauer-Historiker Hans-Peter Schwarz den Historikerstreit zu Noltes Entlastung in einen »Totalitarismusstreit« um »die Bewertung der kommunistischen Systeme« umzufälschen.

Gesinnung genügt dem »Parlament«, ausreichende Deutschkenntnisse sind für deutsche Mitarbeiter eher hinderlich, insbesondere dann, wenn es um »Auslandseinsätze der Bundeswehr« geht. Das weiß auch »Appell«-Unterzeichner Joachim F. Weber, der im »Parlament« als »Fernsehjournalist« und »Printjournalist« (häh?) vorgestellt wird. Und so klagt er über einen »Streit nach der Rolle Deutschlands in der Welt«. Er meint damit nicht, daß es nach jeder Weltrolle Deutschlands Streit gibt, was ja wahr und nur untertrieben ist, er meint vielmehr, es könne von solchen deutschen Weltrollen gar nicht genug geben. Er meint den »Streit nach der Rolle eines Landes, das dem eventuell folgenreichen

Handeln auf der internationalen Bühne entwöhnt ist, das sein eigenes Lebensrisiko zu tragen erst wieder lernen« müsse. Und er setzt gegen den »kleinbundesrepublikanischen Parteien-Konsens« eine blutige großdeutsche Rolle in der Welt: »Die Verantwortungsträger der deutschen Politik werden, und diese Prognose ist nicht mehr allzu kühn, künftig weniger vordergründige Debatten über harmlose Patrouillenfahrten oder -flüge in und über der Adria führen, als vielmehr nach und nach den echten Streit austragen müssen.« Dann zitiert er mit viel Beifall den »FAZ«-Radikalinski Günter Nonnenmacher, der da verkündete, für die Deutschen seien die Zeiten vorüber, in denen sie sich als »Trittbrettfahrer im nuklearen Windschatten der Weltgeschichte« bewegen durften.

Raus aus der Straßenbahn und rein in die Nuklearbomber – mal sehen, wer nach dieser Rolle vorwärts wieder Streit anfängt.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 12/94 über die Landser-Freuden des Großbankiers F.W. Christians

Konkret 01/95, S. 14

Helmut Kellershohn, Anton Maegerle

Nazismus light

Die Nazi-Postille »Junge Freiheit« gilt als das ambitionierteste Projekt des »intellektuellen« Rechtsextremismus. Um dem drohenden wirtschaftlichen Kollaps zu entkommen und endlich an bürgerlicher Reputation zu gewinnen, haben die Blattmacher nun personelle Veränderungen und ideologische Verschiebungen durchgesetzt, die eine Orientierung am Modell der so erfolgreichen FPÖ vermuten lassen. Auch Rainer Zitelmann ist mal wieder mit von der Partie

Hans-Dietrich Sander, ehemals Redakteur der »Welt« und heute Herausgeber des rechtsextremen Theorieblättchens »Staatsbriefe«, wollte eigentlich kein Wort mehr über die »Junge Freiheit« (»JF«) verlieren. Doch weil Schadenfreude nun mal eine der angenehmsten Freuden ist, hat er in der Oktoberausgabe seines Zirkulars mit gespielter Entrüstung darauf hingewiesen, daß »JF«-Chefredakteur Dieter Stein den langjährigen Chef des Kulturressorts, Andreas Molau, gefeuert habe – die »JF« meldete das in ihrer Ausgabe 41/94. In der Tat eine pikante Angelegenheit: Stein wie Molau stammen aus der Deutschen Gildenschaft, einer bündischen Korporation, die das personelle Rückgrat der »JF«-Redaktion stellt. Zudem war Molau ein wichtiger personeller Eckstein des Projekts. Er war Verbindungsmann zur ›Alten Rechten‹, eng liiert mit Gert Sudholts Verlagsgesellschaft Berg, und er war Nachfolger Reinhard Pozornys (ehemals »Deutsche Wochen-Zeitung«) als Herausgeber des »Deutschen Almanachs«.

Außerdem erwähnt Sander, daß Stein sich von »seinem« Geschäftsführer Götz Meidinger getrennt habe, eine Nachricht, die man der »JF« freilich nicht entnehmen konnte und die in dieser Form wohl auch nicht zutrifft. Stein und Meidinger waren gleichberechtigte Geschäftsführer des »JF«-Verlages und 1986 Mitbegründer der Monatszeitung »JF«. Laut »JF« fungierte Meidinger seit Beginn des Jahres als »Verlagschef« und sollte mit seiner PR-Firma Profit Marketing für Werbeaufträge sorgen. Seine Entlassung muß daher durch die Gesellschafterversammlung der »JF«-Verlags-GmbH erfolgt sein. Entlassen wurde übrigens auch der Wirtschaftsredakteur Carl Meyerson, vermutlich ein Pseudonym des promovierten Wirtschaftswissenschaftlers Meidinger.

Last not least wußte Sander vom mutmaßlichen Anlaß dieses Revirements unter den Potsdamer Salonfaschisten zu berichten: Armin Mohler, Vordenker der nationalrevolutionären ›Neuen Rechten‹, habe in seiner Fortsetzungsreihe »Notizen aus dem Interregnum« (»JF« 32/94) sich nur unzureichend vom Geschichtsrevisionismus (»Auschwitzlüge«) distanziert. In der Redaktion habe es daraufhin eine »heftige Diskussion« gegeben, so daß Stein sich zu einer redaktionellen Erklärung gezwungen sah: Auschwitz sei das »Symbol eines industriell geführten Vernichtungsprogramms«, über dessen totalitäres Fundament nachgedacht werden müsse. Zu diesem Zweck sei Salcia Landmann, konservative jüdische Schriftstellerin, die bereits für die »Staatsbriefe« geschrieben hatte, von der »JF« um eine Antwort auf Mohler gebeten worden, die dann auch tatsächlich erschien.

Über die Ursachen dieser Auseinandersetzungen machte Sander nur einige Andeutungen. Von einer Annäherung an die CDU/CSU ist da etwa die Rede: Eine Eloge auf Helmut Kohl sei in der »JF« erschienen – gemeint ist ein Artikel des ehemaligen Beraters von Willi Stoph, Hermann von Berg (»JF« 39/94) – , und es gebe Kontakte zwischen Dieter Stein und dem CDU-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Johannes Gerster. Was Sander zum einen veranlaßt, eine »Vergersterung« der »JF« zu konstatieren. Im übrigen aber sieht er eine andere Seilschaft an der Arbeit: »Aus dem Beeinflussungshintergrund der Redaktion« habe Rainer Zitelmann, seit kurzem FDP-Mitglied in Berlin und Stichwortgeber für Alexander von Stahls nationalliberales Manifest (»Berliner Positionen«), die »Ausschaltung« Armin Mohlers verlangt: »Er sei zu alt für die junge Zeitung, außerdem müßte das Thema Konservative Revolution anders besetzt werden« – wie, das verrät Sander nicht. Auch der Berliner »Tagesspiegel« kaprizierte sich auf die »Berater«-Rolle Zitelmanns und stützte sich dabei hauptsächlich auf Informationen Molaus und Meidingers.

Beides, die »Vergersterung« und Zitelmanns Beratertätigkeit, paßt möglicherweise zusammen, auch wenn Sander mit seiner These von der »Eingemeindung der ›Jungen Freiheit‹ unter der Federführung« Gersters zur Zeit noch alleine steht (vgl. aber das respektvolle Porträt Gersters in »JF« 35/94). Bekannt waren bislang die »JF«-Kontakte in die Berliner CDU (Bonfert/Heckelmann-Affäre), über die Deutsche Gildenschaft in die hessische CDU und über den sudetendeutschen Witikobund in die bayrische CSU. Und natürlich gibt es in rechtskonservativen Kreisen Interessenten an einer nationalliberal gewendeten FDP.

Dennoch müssen die Vorgänge in der »JF« nicht unbedingt auf ihre »Vergersterung« hindeuten. Schon seit geraumer Zeit gibt es eine Diskussion um die Neuformierung des rechtsextremen Lagers, die mit der krisenhaften Entwicklung der Republikaner und den Ergebnissen der Bundestagswahl an Dringlichkeit gewonnen hat. Gegenüber stehen sich dabei auf der einen Seite Forderungen nach »einer Fundamentalopposition zur Rettung völkischer und natürlicher Lebensgrundlagen« (so das NPD-Organ »Deutsche Stimme« 10-11/94) bzw. – fast wortgleich – Schönhubers Plädoyer für eine »fundamentale Opposition« (»Der Republikaner« 11/94). Auf der anderen Seite schwirrt seit der Ankündigung Jörg Haiders Ende 93, die FPÖ nach Deutschland auszudehnen, ein neues Projekt durch die rechte Szene, das u.a. mit den Namen Haider, Brunner und Rolf Schlierer sowie neuerdings Zitelmann verbunden sein könnte. Brunner (Bund Freier

Bürger) kooperierte im Europa-Wahlkampf mit Haider; der stellvertretende Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, laut Schönhuber mit dem FPÖ-»Chefideologen« Andreas Mölzer befreundet, erläutert in der »JF« ausführlich seine Vorstellungen von einer neuen »rechtsdemokratischen Partei«. In dieselbe Kerbe haut der frischgebackene »Nationalliberale« Zitelmann, wenn er in einem Beitrag für Heimo Schwilks/Ulrich Schachts *Die selbstbewußte Nation* (Ullstein) in Anlehnung an Carl Schmitt »Position und Begriff« einer neuen »demokratischen Rechten« umreißt. Haider selbst liebäugelt in seinen jüngsten Äußerungen mit der »Möglichkeit einer erneuerten dritten Kraft in Deutschland« (»Rheinischer Merkur« 45/94) und ruft zur Abwahl des freidemokratischen »Führungsklüngels« auf. Da scheint Zitelmann mit seinem Beitritt zur FDP gerade zum richtigen Zeitpunkt zu kommen. In der FPÖ-nahen Zeitschrift »Aula« (6/94) wird er bereits als »rechter Kulturrevolutionär« und »Eisbrecher des neuen Denkens« gefeiert. Das nationalrevolutionäre Organ »Europa Vorn« (76/94) behauptet übrigens, daß in der Berliner FDP »mittlerweile die meisten Parteitagsdelegierten authentische Patrioten« seien und es im rechtsextremen Lager eine bundesweite Kampagne für einen Eintritt in die FDP gebe. Vor diesem Hintergrund kann man die Veränderungen in der »JF« durchaus als Versuch verstehen, sich rechtzeitig als Sprachrohr einer bundesrepublikanischen FPÖ zu qualifizieren, zumal mit Jürgen Hatzenbichler ein direkter Verbindungsmann zur FPÖ in der Redaktion sitzt.

Für die programmatische Umorientierung der »JF« zählen freilich nicht nur politische Argumente. Die finanzielle Lage des Naziblattes ist alles andere als rosig: Das gewaltige Anzeigendefizit, ein überaus schwacher Kioskverkauf und der schleppende Aufbau der Kommanditgesellschaft machen die Erschließung neuer Geldquellen erforderlich. Diese finanzielle Malaise ist es, die die Modifizierung des bisherigen taktischen Konzepts der Zeitung beschleunigt hat. Die Entscheidung vom Oktober hat sich allerdings bereits in drei Debatten angedeutet, die in den letzten Monaten geführt wurden.

Die erste wurde bereits erwähnt: Der Streit zwischen Armin Mohler und Salcia Landmann drehte sich im Prinzip um die politisch gebotenen Grenzen einer revisionistischen Umdeutung der deutschen Geschichte. Wenn Dieter Stein in diesem Zusammenhang erklärt, man müsse über das totalitäre Fundament von Auschwitz nachdenken, so trägt diese Erklärung die Handschrift Rainer Zitelmanns, der durch seine modernisierungstheoretische Betrachtungsweise des Nationalsozialismus bekannt geworden ist. Sie zieht eine Grenze zwischen den modernen, »fortschrittlichen« und den barbarischen, totalitären Elementen des Nationalsozialismus und will diese Unterscheidung zum Maßstab eines vorsichtig taktierenden Revisionismus-Konzepts machen.

Der Rückgriff auf den Totalitarismus-Begriff durch Zitelmann und – ihm folgend – die »JF« ist von eminent strategischer Bedeutung. Er ermöglicht es, die eigene autoritär-staatliche Orientierung in der Tradition des Jungkonservatismus der 20er Jahre als Verteidigung der staatlichen Institutionen gegen Links- und Rechtsextremismus zu verkleiden. Dadurch ergeben sich interessante Anknüpfungsmöglichkeiten, z.B. an die staatsoffizielle Formel der »wehrhaften Demokratie«, wie sie der Arbeit der Verfassungsschutzorgane zugrundeliegt. Zu Zitelmanns Zitier- und Rezensionskartell gehören nicht umsonst die Rechtsextremismus-Experten Uwe Backes und Eckhard Jesse, die sich seit Jahren mit ihren der Totalitarismustheorie verpflichteten Expertisen als Ideologielieferanten des Verfassungsschutzes zu profilieren suchen. Die »JF« will offensichtlich mit ihrem Schwenk diese Anbindung nutzen, um den Vorwurf des Rechtsextremismus zu unterlaufen und ihre »staatsbejahende« Haltung unter Beweis zu stellen.

Eine andere Verbindungslinie läßt sich aus dem »Berliner Appell« rechter Freidemokraten herauslesen, der maßgeblich von den »Welt-am-Sonntag«-Redakteuren Schacht und Schwilk sowie Zitelmann initiiert wurde. »In Deutschland« drohe »der antitotalitäre Konsens zu zerbrechen, auf dem unsere Demokratie« beruhe. Gefahr droht selbstverständlich von links: Der »Fall Stolpe«, die PDS markierten »einen Verfall der politischen Kultur«; »unter der Parole des ›Antifaschismus‹« werde »eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte betrieben«. Kein Wunder, daß die Unterschriftenliste der ›Gejagten‹ von Alfred Dregger bis in die Berliner FDP, von Carl Gustav Ströhm (»Welt«) bis Roland Bubik (»JF«), von Herbert Fleissner (Verlage Ullstein-Langen-Müller) bis Caspar von Schrenck-Notzing (»Criticón«) reicht. Bemerkenswert aber auch, daß im Zeichen des »antitotalitären Konsenses« Brücken zu ›anständigen‹ Linken geschlagen werden: »Wir verteidigen den Pluralismus, der linken und rechten Demokraten gleichermaßen Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bieten muß ... und wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine ›antifaschistisch-demokratische‹ Ordnung zu ersetzen.« Auf diese Satire, ganz im Stile ehemaliger linker Appelle gehalten, fielen vor allem ostdeutsche Bürgerrechtler wie Sigmar Faust, Freya Klier und Wolfgang Templin herein, letzterer mittlerweile eifriger Autor und Fürsprecher der »JF«. Spenglers *Preußentum und Sozialismus*, Moeller van den Brucks »Dritte Partei«, ansonsten Vorlagen für Plagiatoren der Konservativen Revolution, werden so gewissermaßen in den Alltagsverstand historisch viertelgebildeter Gemüter übersetzt.

Die zweite Debatte, die hier einschlägig ist, begann die »JF« bereits Ende 93. Sie behandelte Sinn oder Unsinn protektionistischer Maßnahmen. Diese Debatte über Freihandel vs. Protektionismus, Neoliberalismus vs. Sozialpatriotismus fand im gesamten rechtsextremen Lager statt, vor allem in »Nation und Europa« und der »Deutschen Rundschau«, der (eingestellten) Monatszeitung der Deutschen Liga für Volk und Heimat. An ihr beteiligten sich in der »JF« mit maßgeblichen Artikeln Hans Hausberger (ehemals Ring freiheitlicher Studenten, Autor der FPÖ-nahen »Aula«),

Ulrich Motte (Vorstandsmitglied des »Evangelischen Arbeitskreises der CSU München«, »Criticón«-Autor), Helmut Schröcke (Schutzbund für das deutsche Volk, Deutsche Gildenschaft), Kristof Berking (Bund Freier Bürger), um nur einige zu nennen. Mit den redaktionellen Veränderungen vom Oktober ist diese Debatte zumindest vorerst entschieden. Die neoliberale Position, gepaart mit dem Bekenntnis zum »starken Staat« in der Tradition eines Friedrich August von Hayek, hat sich durchgesetzt. Der neue »JF«-Wirtschaftsredakteur Max Goldbeck, von Beruf Ressortleiter Politik eines TV-Senders, hat den Wirtschaftsteil voll auf neoliberalen Kurs gebracht. In mehreren Ausgaben erschien seither eine Kolumne des Wirtschaftswissenschaftlers Eberhard Hamer, Leiter des Mittelstandsinstituts in Hannover und Mitglied im BFB, der auch in der »FAZ« mitunter das Wort ergreift.

Anfang 94 – und dies zum Dritten – eröffnete Andrzej Madela, »JF«-Chef vom Dienst, eine Kultur- und Literaturdebatte, in deren Verlauf der damalige Leiter des Kulturressorts, Andreas Molau, und sein Bruder im Geiste, Gustav Sichelschmidt, zunehmend in die Defensive gedrängt wurden. Kern der Debatte ist ein Streit um die Bewertung der kulturellen und literarischen Erzeugnisse der Moderne samt der neuen technischen Möglichkeiten kultureller Produktion. Sichelschmidt und Molau verdammten in ihren Beiträgen die Moderne in Bausch und Bogen als dekadent, denunzierten die deutsche Nachkriegsliteratur als Produkt der »Umerziehung« und forderten »eine Wiederverwurzelung im Humus des Völkischen« (»JF« 21/94). Ihre Kritiker empfahlen, sich generell auf massenkulturelle Hervorbringungen als Ausdruck momentanen Lebensgefühls einzulassen, statt sich puristisch auf die erzieherische Vermittlung eines vermeintlich gesicherten, anthropologisch verankerten Kanons ewig gültiger Werte zu konzentrieren (so Molaus Konzept in Anlehnung an Arnold Gehlen). Roland Bubik empfiehlt eine »Umorientierung des jungen Konservatismus ... hin zur kreativ-visionären Gemeinschaft ..., welche die massenwirksame Form ihrer Botschaften und den Zugang zu den erforderlichen Medienkanälen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt« (»JF« 38/94).

Auf welche »Medienkanäle« die »JF« setzt, ist ein offenes Geheimnis. So soll Zitelmann seinen Einfluß dahingehend geltend gemacht haben, daß vor allem Bücher des Ullstein-Verlages, dessen Cheflektor er bis Ende 93 war, besprochen werden. Ausgerechnet in der Ausgabe 41/94, in der die personellen Veränderungen in der »JF« deutlich wurden, durfte Herbert Fleissner sein verlegerisches Konzept in einem Interview mit Dieter Stein zum besten geben. Und in mehreren Artikeln wurde Leo Kirchs Medienimperium gegen die bekannten Vorwürfe (»neuer Hugenberg«) in Schutz genommen und offensiv verteidigt.

Insgesamt signalisiert das Ergebnis dieser drei Debatten den Versuch der »JF«, sich wirtschaftlich und ideologisch als Sprachrohr einer »demokratischen Rechten« nach FPÖ-Vorbild zu etablieren. Diejenigen, die die Redaktion verlassen haben, kritisieren dies – wie Andreas Molau in »Der Republikaner« 11/94 – als »Anpassung in die bürgerliche Mitte« oder als »Kurswechsel nach links«. Tatsächlich sind sie Opfer der Geschäftsgrundlage des »JF«-Projekts geworden, an der sie selber mitgestrickt haben. Denn die verschiedenen Gruppierungen des publizierenden Rechtsextremismus, die in der »JF« personell vertreten waren – vorwiegend Jungkonservative, dann Nationalrevolutionäre, Anhänger der Nouvelle Droite und auch alte Nazi-Kader – haben es immer als ihre Hauptaufgabe angesehen, in einem Übersetzungsprozeß rechtsextreme Ideologeme in den Verfassungsbogen der Bundesrepublik Deutschland zu transplantieren. Die taktischen Anweisungen lauteten: Erstens, man muß sich an der Mitte der Gesellschaft orientieren; zweitens, man muß die Mitte dort abholen, wo sie steht, und dann Schritt für Schritt nach rechts ziehen; drittens, alle »Rechtsintellektuellen« sind als Mitarbeiter willkommen, solange sie nicht ausdrücklich gegen Punkt eins und zwei verstoßen.

Der Rechtstrend großer Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit und Politik kam diesem Konzept zweifellos entgegen. Wider Erwarten führte er bislang nicht zu einer stabilen Repräsentation des Rechtsextremismus auf parlamentarisch-politischer Ebene. Und auch auf dem Zeitungsmarkt konnte die »JF« trotz Schützenhilfe der Organe des konservativen Mainstreams noch nicht reüssieren. Sie hat daher mit der Suche nach einem Rettungsanker begonnen und dabei demonstrativ ideologischen Ballast abgeworfen.

Helmut Kellershohn ist Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Herausgeber eines Buches über die □ JF□ (□ Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit□ , Duisburg 1994); Anton Maegerle ist Mitarbeiter des Sozialdemokratischen Pressedienstes □ blick nach rechts□ und schreibt in diesem Buch über die Zeitschrift □ Criticón□

Konkret 01/95, S. 17

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 34

Montag, 10.10. –

Aufgrund der Aussage eines Polizeibeamten werden Ermittlungen gegen neun Polizeibeamte der Direktion 6 in Berlin wegen Mißhandlungen von Vietnamesen, Polen und Skinheads eingeleitet. Gegen weitere acht Polizisten werden disziplinarische Vorermittlungen eingeleitet. Diesen Beamten wird sexuelle Belästigung einer Vietnamesin und die Unterschlagung beschlagnahmter Zigaretten vorgeworfen. Alle Beschuldigten sind noch im Dienst.

Dienstag, 11.10 –

In Berlin überfallen Unbekannte einen Nigerianer, verletzen ihn mit einem Messer und berauben ihn. –

In Magdeburg beschimpfen und bedrohen drei 28 bis 30 Jahre alte Männer in einem Wohnhaus einen aus Rumänien stammenden Mann. Sie beschimpfen den Mann mit Parolen wie »Kanacke« und »Scheiß Ausländer«. Andere Hausbewohner verhindern durch ihr Eingreifen einen tätlichen Angriff. Die Täter werden vorläufig festgenommen.

Donnerstag, 13.10. –

Der niedergelassene Chirurg Rigolf Hennig aus Verden bei Bremen verliert nach einer Entscheidung des Verteidigungsministeriums sein Nebenamt als Vertragsarzt der Bundeswehr in Dörverden. Der 59jährige ist 2. Landesvorsitzender der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« in Niedersachsen und nach Ansicht des niedersächsischen Verfassungsschutzes ein »gefährlicher Drahtzieher« der rechtsextremistischen Szene. In Briefen und Aufsätzen bezweifelt er seit Jahren das Ausmaß der Judenvernichtung und verharmlost ausländerfeindliche Anschläge. –

In Berlin-Köpenick überfallen rund 20 Jugendliche zwei vietnamesische Zigarettenhändler, bedrohen sie mit einem Messer und rauben ihnen ihre Ware.

Freitag, 14.10. –

Das Landgericht Halle verurteilt drei Jugendliche im vierten Prozeß um die Brandanschläge auf von Vietnamesen bewohnte Häuser in Halle wegen versuchten Mordes, gefährlicher Körperverletzung, schwerer Brandstiftung und versuchter besonders schwerer Brandstiftung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von je 600 Mark. Die Jugendlichen waren an den zwei Brandanschlägen beteiligt, bei denen eine schwangere Vietnamesin und fünf Kinder verletzt wurden. Als Motiv hatten sie Ausländerfeindlichkeit angegeben. –

In Paderborn besorgt sich der 60jährige Hermann J. an einer Tankstelle zwei Eimer Benzin und kehrt damit zu seiner Wohnung zurück. Seinen griechischen Nachbarn Nikolaos Russis schlägt er vor der Haustür zusammen. Im Treppenhaus, auf dem Weg zur Wohnung der griechischen Familie, brüllt er: »Ich zünde euch alle an!« Russis Frau und seine Mutter kommen Hermann J. entgegen und versuchen, ihm das Benzin zu entwinden. Es wird dabei verschüttet, und Hermann J. zündet es an. Die 28jährige Frau kann sich durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Ihre 62jährige Schwiegermutter kommt in den Flammen ums Leben. Da auch der Täter verbrennt, sieht die Staatsanwaltschaft nach Angaben des »Spiegel« keinen Anlaß, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Die Polizei gehe von einem »normalen Verrückten« aus, der durchgedreht sei, weil ihn seine Frau verlassen habe. Russis hatte sich in der Vergangenheit bei verschiedenen Stellen wiederholt und vergeblich über ausländerfeindliche Beschimpfungen von Hermann J. beschwert.

Sonntag, 16.10. –

In Wurzen bei Leipzig dringen mit Stangen und Knüppeln bewaffnete Neonazis in die Baustellenunterkunft von 24 Portugiesen ein, schlagen auf die Bewohner ein und zertrümmern Mobiliar. Fünf portugiesische Arbeiter werden verletzt.

Montag, 17.10. –

Im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg wird ein 19jähriger Angolaner von zwei Skinheads verfolgt und bei seiner Flucht von einem Lkw angefahren. Er wird schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. –

In Bad Homburg/Hessen wird ein 29jähriger Pakistani, der mit seinem Fahrrad unterwegs ist, von zwei unbekannten Männern zusammengeschlagen. Ein Autofahrer entdeckt den Verletzten in einer Zufahrt. Das Opfer wird zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. –

Das Amtsgericht Tiergarten verurteilt fünf Angehörige des Bundesgrenzschutzes wegen Strafvereitelung im Amt zu Geldstrafen zwischen 4.800 und 15.000 Mark. Das Gericht befindet die Beamten für schuldig, die Personalien einer Gruppe Rechtsextremer nicht aufgenommen zu haben, die zwei deutsche Frauen wegen eines Kindes mit dunkler

Hautfarbe mit obszönen Bemerkungen beleidigt hatten. Die Beamten hatten bestritten, Kenntnis von dem Vorfall besessen zu haben.

Dienstag, 18.10. –

Brandanschlag auf einen umgebauten Lagerschuppen, der als türkischer Treffpunkt genutzt wird, in Stockach/Baden-Württemberg. An den Wänden des Schuppens finden sich Parolen wie »Ausländer raus«. –

Brandstiftung in einer Asylbewerberunterkunft in Tübingen. Das Feuer bricht in einem unbewohnten Zimmer der Unterkunft aus. Es entsteht ein Sachschaden von mehreren zehntausend Mark. –

Nach einem Anruf findet die Polizei einen nur mit einem Handtuch und Badeschuhen bekleideten 38jährigen Vietnamesen im Eingang eines Wohnheims im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen. Der Vietnamese, der die Polizei alarmiert hatte, berichtet, drei Jugendliche hätten den Mann in einer Straßenbahnlinie geschlagen, nachdem er sich geweigert habe, diesen sein Geld zu geben. Das Opfer selbst ist nicht vernehmungsfähig und muß mit schweren Verletzungen im Gesicht und am Kopf in ein Krankenhaus eingeliefert werden. –

Auf dem S-Bahnhof Karlshorst in Berlin sticht ein 44jähriger, offenbar betrunkener Mann einen 44 Jahre alten Peruaner nieder, der dort auf einer Bank sitzt. Das Opfer wird schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. –

In Kelsterbach/Kreis Groß-Gerau wird ein 37jähriger türkischer Taxifahrer von mehreren Schüssen schwer verletzt. Das Motiv ist nach Auskunft eines Polizeisprechers völlig offen. –

Ein 35jähriger Asylbewerber aus Marokko erhängt sich in der Zelle eines Polizeireviers in Ludwigsburg. Nach Angaben der Polizei war der abgelehnte Asylbewerber zur Fahndung ausgeschrieben, weil er nach Marokko abgeschoben werden sollte.

Mittwoch, 19.10. –

In Berlin schlagen zwei Jugendliche einen 35jährigen Mann aus dem ehemaligen Jugoslawien mit Eisenstangen brutal zusammen. Das Opfer wird mit schweren Kopfverletzungen in eine Klinik gebracht und ist vorerst nicht vernehmungsfähig. –

In ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS teilt die Bundesregierung mit, daß rechtsextremistische fremdenfeindliche Straftaten im vergangenen Jahr bundesweit sieben Todesopfer gefordert hätten. Fünf Menschen starben bei dem Brandanschlag in Solingen im Mai 1993, ein 56jähriger Türke starb im März vergangenen Jahres nach einer Scheinhinrichtung vermutlich an einem Herzinfarkt, und im Februar 1993 kam in Hoyerswerda der Fahrer einer Musikgruppe ums Leben. Die Zahl von bundesweit 19 Todesopfern als Folge fremdenfeindlicher Straftaten, wie sie in einem vom US-Außenministerium veröffentlichten Bericht genannt worden sei, bezeichnet die Bundesregierung als »nicht nachvollziehbar«.

Donnerstag, 20.10. –

Das Landgericht Darmstadt verurteilt drei Männer wegen besonders schwerer Brandstiftung zu Haftstrafen zwischen viereinhalb und fünfeinhalb Jahren. Bei dem Brand in einem Asylbewerberheim am 31. Januar 1992 starben ein Ehepaar aus Sri Lanka und ihr einjähriger Sohn. Ein ausländerfeindlicher Hintergrund wird vom Gericht verneint, weil die Täter auch ausländische Freunde hatten.

Freitag, 21.10. –

In Nörten-Hardenberg/Niedersachsen überfallen drei Skinheads einen 16jährigen Iraker und stoßen ihn vor einen an einer Ampel wartenden Lastwagen.

Sonntag, 23.10. –

In Hamburg überfallen Neonazis die Simeon-Kirchengemeinde, verwüsten mehrere Räume und schmieren Hakenkreuze an die Wände. Der Pastor der Gemeinde leitet einen »Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit« und hat vor kurzem in einem Prozeß gegen Neonazis ausgesagt. –

In Dresden überfallen rechtsradikale Jugendliche polnische Touristen. Sie dringen maskiert und mit Baseballschlägern sowie Gaspistolen bewaffnet in eine Wohnung ein, in der die Polen sich aufhalten.

Montag, 24.10. –

Nach Mitteilung des Ausländerbeauftragten in Sachsen, Heiner Sandig, ist die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten in Sachsen 1993 erheblich zurückgegangen. Im vergangenen Jahr wurden 79 fremdenfeindliche Delikte registriert, 1992 waren es noch 287. Das Klima für Ausländer habe sich allerdings nach Sandigs Einschätzung nicht entscheidend verbessert. »Es herrscht eine Fremdenfeindlichkeit fast ohne Fremde.« Der Ausländeranteil in Sachsen liegt derzeit bei 1,3 Prozent.

Mittwoch, 26.10. –

In Offenbach/Hessen feuern Unbekannte aus einem fahrenden Auto sieben Schüsse auf eine Gaststätte ab, die von einem Türken betrieben wird. Es wird niemand verletzt.

Donnerstag, 27.10. –

Die Jugendstrafkammer des Landgerichts Bielefeld verurteilt sechs Schüler im Alter zwischen 14 und 17 Jahren wegen schwerer Brandstiftung zu Jugendstrafen zwischen 18 Monaten und drei Jahren. In einem Fall wird die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Die Kammer sieht es als erwiesen an, daß die Angeklagten am 20. April einen Brandsatz in ein von Türken bewohntes Haus in Bielefeld geworfen hatten. Die zum Tatzeitpunkt anwesenden 13 Bewohner wurden nicht verletzt, das Obergeschoß brannte jedoch völlig aus.

Freitag, 28.10. –

Das Landgericht Frankfurt/Oder verurteilt drei Angeklagte wegen Überfällen auf polnische Rei-sende zu Bewährungsstrafen von 10 bis 19 Monaten.

Samstag, 29.10. –

Im ersten Halbjahr wurden nach Angaben des Landeskriminalamtes Brandenburg 86 ausländerfeindlich motivierte Gewaltdelikte registriert, im gleichen Zeitraum 1993 waren es 136.

Montag, 31.10. –

In einem Lokal in Berlin-Spandau wird ein 29jähriger Türke durch Schüsse aus einer Schrotflinte lebensgefährlich verletzt. Der mutmaßlich deutsche Täter flüchtet. –

In der Fuldaer Innenstadt zünden unbekannte Täter einen türkischen Lebensmittelsupermarkt an. Der Sachschaden beträgt nach Angaben der Polizei mindestens zwei Millionen Mark. Die Täter werden in den Kreisen der PKK vermutet.

Dienstag, 1.11. –

Das Landgericht Göttingen spricht einen 21jährigen Polizeischüler aus Lüneburg frei, der bei einer Geburtstagsfeier in der Landespolizeischule Hannoversch Münden den Hitlergruß gezeigt und »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« gebrüllt hatte. Dem Angeklagten habe nicht nachgewiesen werden können, daß er sich bewußt war, daß außer seiner Lehrgangsklasse noch drei weitere, ihm unbekannte Personen anwesend waren. Das Verwenden von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen ist nur in der Öffentlichkeit verboten, die nach gängiger Rechtsprechung erst ab einer Mindestzahl von drei fremden Personen angenommen wird. Das Landgericht hebt damit ein Urteil des Amtsgerichts Hannoversch Münden auf, das den Polizeischüler zu vier Monaten Bewährungsstrafe verurteilt hatte.

Mittwoch, 2.11. –

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) Hamm kann der Ruf »Ausländer raus!« für sich alleine bereits den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Mit diesem Urteil verwirft das OLG eine Entscheidung des Landgerichts Paderborn, das drei Rechtsradikale, die 1992 bei einem Aufmarsch vor einem Asylbewerberheim in Bad Driburg Parolen wie »Ausländer raus« und »Wir wollen keine Asylantenheime« gegrölt hatten, freigesprochen hatte.

Freitag, 4.11. –

In Halle überfällt eine Gruppe Jugendlicher einen vietnamesischen Zigarettenhändler. Einer der Täter fügt dem Opfer lebensgefährliche Messerstiche zu. –

Das Landgericht Berlin verurteilt fünf Rechtsradikale wegen Körperverletzung, schweren Landfriedensbruchs und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole zu Bewährungsstrafen zwischen zwei Monaten und zwei Jahren. Sie gehörten zu einer Gruppe von 70 Hooligans, die am Himmelfahrtstag 1993 auf einem Berliner Fahrgastschiff zwei Jordanier zusammengeschlagen hatten. –

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) verwirft den Antrag auf Revision der Verteidiger der drei Rechtsradikalen, die 1991 in Dresden den tödlichen Sturz des Mosambikaners Jorge Gomondai aus einer fahrenden Straßenbahn verschuldeten. Damit wird das Urteil des Landgerichts Dresden rechtskräftig. –

Das Landgericht Darmstadt verurteilt zwei Männer wegen Totschlags, gefährlicher Körperverletzung und Körperverletzung mit Todesfolge zu mehrjährigen Haftstrafen. Die Schwurgerichtskammer befindet die beiden Angeklagten für schuldig, im September 1993 in Groß-Zimmern im Kreis Darmstadt-Dieburg einen 18jährigen Polen erstochen und zwei andere Polen mit Messerstichen verletzt zu haben.

Sonntag, 6.11. –

In Rotenburg an der Fulda kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei deutschen Antifaschisten, ihren drei zufällig anwesenden türkischen Freunden und fünf Bundeswehrsoldaten, von denen der 19jährige Rekrut J. aufgrund seines

Aufzugs – Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke und T-Shirt mit der »Reichskriegsflagge« – schon äußerlich als Nazi zu erkennen ist. J. verletzt den 18jährigen Piotr Kania durch einen Messerstich tödlich und dessen 17jährigen Freund schwer. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen »des Verdachts des Totschlags oder der Notwehr-Überschreitung, aber auch wegen Körperverletzung mit Todesfolge«. Staatsanwalt Fenner sieht keinen Grund, den Täter in Untersuchungshaft zu nehmen.

Montag, 7.11. –

Das Amtsgericht Magdeburg verurteilt drei Skinheads wegen Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung zu Bewährungsstrafen zwischen neun und 24 Monaten sowie zu Zahlungen von Schmerzensgeld in Höhe von insgesamt 16.700 Mark. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die Angeklagten im Sommer 1991 an Überfällen auf Ausländer, Punker und mehrere Gaststätten beteiligt waren. Dabei wurde ein Türke durch Verbrennungen lebensgefährlich verletzt und mußte drei Monate im Krankenhaus behandelt werden.

Mittwoch, 9.11. –

Brandanschlag auf ein von bosnischen Flüchtlingen und Sozialhilfeempfängern bewohntes Hotel in Hamburg.

Freitag, 11.11. –

Das Landgericht Potsdam verurteilt einen 24jährigen wegen wochenlanger Mißhandlungen eines Angolaners zu vier Jahren Haft. Gegen einen 21jährigen Ex-Skinhead verhängt das Gericht eine Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die beiden Männer im Herbst 1992 den Angolaner durch Gewalt, rassistisch motivierte Erniedrigung und sexuelle Nötigung gequält haben.

Das Archiv für Sozialpolitik Frankfurt/M. erstellt diese Chronik für KONKRET seitNovember 1991

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 12.10. –

Der wegen seiner Mitwirkung an der Urteilsbegründung im Fall des NPD-Vorsitzenden Deckert kritisierte Richter Orlet wird seinen Dienst am Landgericht Mannheim Mitte November wieder aufnehmen. Dies teilt Gerichtssprecher Deichfuß in Mannheim mit.

Donnerstag, 13.10. –

Das Jugendschöffengericht Weimar verurteilt im Prozeß um die Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald drei der acht Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten auf Bewährung und 20 Monaten ohne Bewährung. Zwei Angeklagte werden freigesprochen, drei weitere erhalten Strafen, die durch die Untersuchungshaft bereits abgegolten sind.

Montag, 17.10 –

Im Lagermuseum der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen werden zwei Bilder von unbekannten Tätern mit Hakenkreuzen beschmiert.

Mittwoch, 19.10. –

Ein Berliner Amtsgericht verurteilt einen 39jährigen Elektriker, der im August 1993 ein jüdisches Ehepaar auf dem Weg in die Synagoge mit einer Lederpeitsche angegriffen und mit antisemitischen Beschimpfungen beleidigt hatte, zu fünf Monaten Gefängnis. Der Täter wurde jedoch auf freien Fuß gesetzt. Das Gericht verurteilt den Mann, der zur Tatzeit mehr als drei Promille Alkohol im Blut hatte, lediglich wegen vorsätzlichen Vollrauschs.

Freitag, 21.10. –

Unbekannte schänden einen jüdischen Friedhof in der Nähe von Koblenz. Nach Angaben der Jüdischen Gemeinde Koblenz wurden in den vergangenen zwei Monaten im Regierungsbezirk Koblenz drei weitere jüdische Friedhöfe geschändet.

Montag, 24.10. –

Das Amtsgericht Weimar verhängt im zweiten Prozeß wegen der Schändung der Gedenkstätte Buchenwald gegen fünf Angeklagte Bewährungsstrafen und Verwarnungen. Das Jugendschöffengericht verurteilt drei junge Männer zu Bewährungsstrafen zwischen sieben und zehn Monaten wegen Landfriedensbruchs, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Sachbeschädigung. Zwei der Beschuldigten wurden verwarnt.

Dienstag, 25.10. –

In Bleicherode/Thüringen schänden unbekannte Täter den jüdischen Friedhof. Sie reißen elf Grabsteine und eine Gedenktafel um.

Freitag, 11.11. –

Das Amtsgericht Heidenheim verurteilt ein Mitglied der Republikaner wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zu neun Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Der Angeklagte wird zudem der Verleumdung und üblen Nachrede für schuldig befunden und muß eine Geldbuße von 5.000 Mark zahlen. Der Gartenbauingenieur hatte in einem Brief an Bubis, den er auch den örtlichen Zeitungen zusandte, diesen als »recht guten und durchtriebenen Großhandelskaufmann« bezeichnet, »der seine toten Brüder und Schwestern zu möglichst hohen Preisen verkauft, damit auch die Werbe- und Vertriebskosten gedeckt sind«.

Konkret 01/95, S. 20

Georg Fülberth

Ideologische Rettung

Sahra Wagenknecht beschäftigt sich in einem eben erschienenen Buch mit der Tatsache, daß die Nato in den sechziger Jahren zu einer »indirekten Strategie« überging: Der Osten sollte nicht mehr frontal geknackt, sondern kooperativ weichgemacht werden

Das ist nicht falsch und nicht neu. Die Absicht wurde damals in Politikerbüchern und Zeitschriftenartikeln breit publiziert, und diese sind denn auch die Quellen von Wagenknechts Untersuchung. In einigen Arbeiten aus den damaligen sozialistischen Ländern und der kommunistischen Bewegung des Westens wurde die neue Strategie ebenfalls mit dem angemessenen Mißtrauen betrachtet. Dort fehlt allerdings ein Thema, das Sahra Wagenknecht mitbehandelt: die nach Stalins Tod sichtbar werdende und rasch zunehmende Bereitschaft der regierenden Parteien des Ostens, sich dem Westen anzupassen. Die Autorin nennt dies »Opportunismus« und definiert ihn so: »Verzicht auf die Erarbeitung einer langfristigen Klassenstrategie und auf die Einordnung des aktuellen politischen Handelns in diese Strategie«; an anderer Stelle: »Status quo-Orientierung, ersatzlose Auflösung des Kominform, ausdrückliche Anerkennung des jugoslawischen Weges, kurz: Verzicht auf das Bemühen um eine offensive sozialistische Einheitsstrategie«.

Die Ursache für diese Entwicklung sieht Wagenknecht in der ständigen Unterlegenheit gegenüber dem Westen aufgrund ungünstiger ökonomischer Ausgangsbedingungen, Zerstörungen im zweiten Weltkrieg und der Überforderung im Wettrüsten. Es handelt sich in ihren Augen also durchgehend um von außen kommende Faktoren: das Erbe der vorsozialistischen Gesellschaft und die feindliche Übermacht. Die Frage, ob es einen Ausweg hätte geben können, wird von der Autorin bejaht, doch macht sie darüber keine näheren Angaben. Was möglich war, sieht sie in der Vergangenheit: die »einheitliche offensive Klassenstrategie«, durch welche ihrer Auffassung nach die Politik der UdSSR bis ca. 1956 gekennzeichnet gewesen sei. Danach habe man taktisch nachgegeben, was, wie man seit Lenins Haltung zum Frieden von Brest-Litowsk 1918 weiß, manchmal unvermeidlich ist. Sahra Wagenknecht räumt dies ein und datiert den entscheidenden Fehler von dem Moment an, in dem eine Partei nach der anderen (zuletzt die SED) ihre Zugeständnisse für das Ziel selbst gehalten habe. Ihren eher verstreuten Äußerungen über »die Alternative eines sozialistischen Weges« ist zu entnehmen, daß die Rettung in der Ideologie hätte gesucht werden müssen: Wer taktieren muß, habe die Pflicht, sich darüber klar zu sein, was er da macht. Zum Zynismus führt das nicht, wenn man die Hoffnung behält, die eigenen Ziele trotz aller Umwege noch erreichen zu können. Das ist dann keine Traumtänzerei, wenn die Macht zur Realisierung vorhanden ist. Sahra Wagenknecht geht offensichtlich davon aus, daß diese Voraussetzungen auch nach 1956 noch gegeben waren.

Über die internen Ursachen des Opportunismus sagt sie nichts. Zu dieser Unterlassung ist sie insofern berechtigt, als sie die Strategie der Nato explizit zu ihrem Thema gemacht hat. Handelndes Subjekt ist für sie der Imperialismus, dem sie seinen alten Namen gern beläßt. Allerdings versäumt sie eine immerhin mögliche weiterführende Erkundung. Der Imperialismus wollte den Sozialismus zerstören – geschenkt. Aber warum eigentlich? Für die USA resultierte der Kalte Krieg aus derselben außenpolitischen Doktrin, die sie zum Eintritt in den ersten und zweiten Weltkrieg veranlaßte: einer neuen, sehr weiträumigen Definition der eigenen Sicherheitsinteressen. Der BRD ging es um die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats. Den anderen war der Freiheitskampf mehr oder weniger Wurst, es sei denn, er ließ sich in die je eigenen Interessen einfunktionieren: de Gaulle. Zur Strafe für solche Lauheit werden ihre Politiker, wenn sie Staatsbesuche in Deutschland machen, durchs Brandenburger Tor geführt. (Wer gern mit historischen Analogien spielt, denkt an das Joch, unter welchem in antiker Zeit ein italischer Stamm seine gefangenen Feinde hindurchgehen ließ.)

Falls, woran keinerlei vernünftige Zweifel möglich sind, universelle Verwertungsinteressen des Kapitals existieren, ist plausibel, daß es die Territorien hinter dem Eisernen Vorhang davon nicht ausnehmen mochte. Ob diese allgemeine Tendenz sich notwendig in konkrete Politik umsetzen mußte (und wenn ja: welche), war nicht ausgemacht (es ging ja auch ohne jene Landstriche ganz gut).

Zu prüfen ist, in welchem Verhältnis diese Elemente zueinander standen und wie wichtig sie für den Zusammenbruch des Sozialismus tatsächlich waren. Sahra Wagenknecht behandelt von alledem immerhin die Verselbständigungstendenzen Frankreichs und das Bestreben der USA, die Strategie wieder zu vereinheitlichen. Doch eine nähere, auf die sechziger und siebziger Jahre bezogene Bestimmung dessen, was sie unter Imperialismus versteht, fehlt. Er erscheint wie eine Art abstrakter Übervater, der das Verhalten der Untereinheiten regiert. Mehr Konkretion wäre hier gut. Sonst bleibt der Terminus »Imperialismus« eine Hülse wie die »einheitliche offensive Klassenstrategie«.

Sahra Wagenknecht: Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt. Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1994, 200 Seiten, 19,80 Mark

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 12/94 über die Nationalistische Plattform in der FDP

Konkret 01/95, S. 22

Heiner Möller

Berlusconi? Fini!

Ist die telecrazia eine Schimäre? Scheitert mit Berlusconis Versuch, die vermittelnde Funktion des Parteiensystems auszuschalten und quasi »selbstbestimmt« die sozialen Interessen der Kapitalistenklasse zur Geltung zu bringen, die »erste postpolitische Regierung des Westens« (Lucio Caracciolo)?

Vor den Wahlen im März 94 standen die Konzernchefs Agnelli (Fiat), De Benedetti (Olivetti) und Benetton Berlusconis Start in die Politik reserviert gegenüber. Der erste stützte die niedergehenden Christdemokraten des PPI, den beiden anderen wurden Neigungen zu den progressisti nachgesagt. Der Unternehmerverband confindustria blieb ebenfalls auf Distanz. Nach Berlusconis Sieg kam dann der Umschlag: Senator Agnelli transponierte sein Vorwahlmotto »Wenn Silvio Berlusconi gewinnt, gewinnen auch wir anderen Unternehmer, wenn er verliert, verliert er ganz allein« in ein Votum für Berlusconi im Senat, confindustria spendete Berlusconis Regierungsprogramm Beifall.

A star was born, doch kam dann alles ganz anders, und morgen ist er möglicherweise schon vergessen. Die vielzitierte telecrazia hat dem Zögling der Geheimloge P2 und Herren über das – je nach Zählweise – zweit- oder drittgrößte private Wirtschaftsimperium Italiens den Aufstieg ermöglicht, jetzt aber könnte der Zwang zum Machterhalt ihm das Genick brechen. Nur sechs Monate nach Amtsantritt droht Berlusconis neoliberale Politik an der harten sozialen Realität Italiens zu scheitern. Dabei hat er seiner Klasse keine Schande gemacht. Den Unternehmen wurden Startvergünstigungen gewährt. Der Machtkampf mit den Fernsehsendern der RAI schien durch Umbesetzung des Führungspersonals zu seinen Gunsten entschieden. In den staatlichen Institutionen erfolgte der Personalwechsel zu Lasten der alten partitocrazia, betroffen waren Italiener, deren einziges Verbrechen es war, Arbeitsplätze zu Zeiten der christdemokratisch-sozialistischen Herrschaft erworben zu haben. Dann ging es ans Eingemachte: die Sanierung des Staatshaushalts.

Die Staatsschuld Italiens ist seit den achtziger Jahren von 60 Prozent des Bruttosozialprodukts auf 124 Prozent (Juli 1994) gestiegen – das ist mehr als doppelt so viel wie in vergleichbaren europäischen Ländern. Italien ist das einzige Land unter den sieben größten Industrienationen, dem nicht mehr höchste Kreditwürdigkeit zugestanden wird. Berlusconis Aufgabe war klar: Internationaler Währungsfond und die EU verlangten eine massive Reduzierung der Staatsschuld. Mit dem Notenbankexperten Lamberto Dini bestellte er dann auch einen Schatzminister, der viele Jahre in den USA als Exekutivdirektor Italiens beim IWF Erfahrungen gesammelt hatte. Nützliche: Nach der Privatisierung der Großbanken Credito Italiano und Banco Commerziale erlaubte die neue Regierung den Verkauf von 51 Prozent des Kapitals der staatlichen Versicherungsholding INA, weitere Privatisierungen aus dem Staatssektor werden vorbereitet.

50 Milliarden Mark wollte die Regierung Berlusconi einsparen, ihr Haushaltsgesetzentwurf sah neben Einsparungen im Bildungswesen (u.a. Erhöhung der bereits horrenden Studiengebühren), im Gesundheitswesen (6 Mark Rezeptgebühr, höhere Eigenbeteiligung) und bei Post und Bahn vor allem 8 Milliarden Mark Kürzungen der Renten vor. Insbesondere die Rentenkürzungen haben ungeahnte Proteste freigesetzt, weil an ihnen der Klassencharakter des Berlusconi-Programms überdeutlich wird. Kürzungen um bis zu 40 Prozent, einer Heraufsetzung des Rentenalters, Einsparungen vor allem bei den Schwerstbehindertenpensionen in einem Land, in dem ca. 25 Prozent der Menschen am Rande des Existenzminimus leben, steht die Zusage an die Wohlhabenden gegenüber, die Unternehmenssteuern zu senken. Kaum in Angriff genommen, steckt das Sparprogramm jedoch bereits in der Krise: Der Fall der Lira mußte durch Stützungskäufe der Notenbank aufgehalten werden, die Leitzinsen wurden erhöht. Damit sind weitere Einsparungen nötig geworden.

Für Berlusconi ergibt sich aus all dem ein Teufelskreis. Hatte er zunächst, ausgestattet mit hervorragenden Wahlergebnissen, gehofft, relativ ungestört sein Konsolidierungsprogramm durchziehen zu können, zumal die staatstragende Linke von PDS bis zu den Gewerkschaften wenig Kampfgeist entwickelte, haben ihm die Italiener nun einen Strich durch die Rechnung gemacht. Streiks, Eisenbahnblockaden, Hochschulbesetzungen und radikalisierte Proteste der pensionisti sind an der Tagesordnung. 20.000 Demonstranten lieferten sich am 10. September Straßenschlachten mit der Mailänder Polizei bei der Verteidigung des Leoncavallo, eines aus Besetzungen hervorgegangenen, autonomen Sozialen Zentrums. 5 Millionen Menschen beteiligten sich am 14. Oktober an einem vierstündigen Generalstreik, fast zwei Millionen an der römischen Protestdemonstration vom 12. November.

Seither und seit Berlusconi eine Vorladung der Mailänder Staatsanwaltschaft wg. Bestechung erhielt, wird beinahe täglich sein Sturz erwartet. Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 20. November hat den Abwärtstrend von Forza Italia bestätigt, sie hat mehr als die Hälfte der Stimmen eingebüßt. Noch aber sind 53 Prozent der Italiener gegen einen Rücktritt des Regierungschefs. Und was wäre, wenn? Die Kommunalwahlen haben schließlich auch gezeigt, daß trotz der Proteste von einem linken Aufbruch keine Rede sein kann. Allenfalls eine Verschiebung bei den Rechten ist bislang offenkundig. Finis Alleanza Nazionale (AN), als MSI 93 noch 5 Prozent-Partei, wächst und wächst. Nicht genug, daß sie im Süden vielfach stärkste Partei geworden ist, wird sie auch im Norden stärker und liegt bei landesweit hochgerechneten 20 Prozent bereits vor Forza. Schon ist der Faschist Fini der populärste Politiker Italiens, während Bossis Lega stagniert.

Angesichts zahlreicher Unwägbarkeiten der aktuellen Entwicklungen verbieten sich Prognosen. Dennoch soll wenigstens auf einige Tendenzen hingewiesen werden. Der Rechtstrend in Italien ist keineswegs gebremst, die gesellschaftliche Polarisierung aber hat zugenommen. Dies betrifft allerdings nicht die linken Parteien, die nach den Wahlniederlagen nicht etwa erkannten, daß ein erheblicher Teil des Wahlvolks sich nach rechts radikalisiert und deswegen die Partei des Faschisten Fini, des Rassisten Bossi und des Kapitalisten Berlusconi gewählt hat, sondern damit begannen, die Ursache für diese Entwicklung in eigenen Fehlern zu suchen. Das läßt nichts Gutes erwarten, weil derlei Suchbewegungen in der Regel dazu führen, verlorengegangene Wähler dort abzufischen, wo sie stehen, rechts also. Bedenklich stimmt daher, wenn Fausto Bertinotti (Rifondazione Communista) in einem Interview feststellt, »daß in Italien eine Klassenbewegung entstanden ist, die alle Sektoren jenseits politischer Zugehörigkeit einschließt. Von da müssen wir ausgehen, vom sozialen Konflikt«, um dann »Allianzen von Fall zu Fall« mit dem PPI und der Lega Nord anzuvisieren.

Parlamentarisch liebäugelt auch der PDS mit einem Bündnis für eine neue Mehrheit unter Einschluß des PPI und der Lega. Damit vollzieht er den Rechtsruck der Wählerinnen und Wähler nach, statt zu polarisieren. Umgekehrt werden auch innerhalb des Rechtsbündnisses strategische Überlegungen angestellt, ob und wie man an den Basisprotesten partizipieren könnte. Der Gedanke, daß in diesen durchaus eine rechte Radikalisierung zum Ausdruck kommt, von der sich abzugrenzen nötig wäre, kommt einer auf Machtbeteiligung orientierten Linken nicht oder wird verdrängt. Im übrigen bleibt trotz taktischer Kommunalbündnisse des PPI mit der parlamentarischen Linken die Tatsache, daß die Christdemokraten in über vierzig Jahren italienischer Demokratie Garant dafür gewesen sind, daß die Linke nicht an die politische Macht kam. PPI-Chef Buttiglione hat dementsprechend bereits mehrfach versichert, daß ein Zusammengehen mit dem PDS nicht in Frage komme. Außerdem ist nicht auszuschließen, daß nach der gesellschaftlichen Rehabilitation der Faschisten in nicht allzu ferner Zeit auch ein Bündnis Berlusconis mit dem PPI unter Einschluß der AN realistisch ist.

Bislang hat die Sorge, »daß Italien in die Hände der Linken fallen« könnte (Berlusconi), den Bruch des Bündnisses der Rechten verhindert. Bossi hat den drohenden Untergang der Lega durch oppositionelles Taktieren innerhalb des Regierungsbündnisses aufhalten können. Fini hingegen hat sich loyal und als unverzichtbarer Partner im Schatten Berlusconis zum Kronprinzen aufgeschwungen. Beide gemeinsam haben die politische Szenerie Italiens rechtsradikalisiert. Die Orientierung der Lega auf die »produktiven Staaten des Nordens« und gegen die »Parasiten des Südens« (Bossi), die positive Bezugnahme auf »die Fähigkeit der Deutschen, den slawischen Raum zu organisieren und den Osten zu kolonisieren« (Lega-Chefideologe Miglio) halten die sezessionistische Option offen und sind ebenso Elemente der Destabilisierung Italiens wie die dem entgegenstehende Ausrichtung Finis und seiner AN auf ein Großitalien samt Istrien. Nicht vergessen sollte man dabei die neuerliche Radikalisierung in Südtirol, die mit dem Anschluß Österreichs an die EU der Vorstellung von einem geeinten Tirol in größerem, pangermanischem Rahmen Auftrieb gegeben hat und ihrerseits den deutsch-italienischen Konflikt im Trentino/Alto-Adige zugunsten der AN/MSI-Faschisten anheizt. Zerfällt das jetzige Rechtsbündnis, wäre einer Faschisierung der Weg bereitet, die sich im Wunsch nach dem Führer, der das Chaos ordnet, ausdrücken könnte.

Das »Modell« Berlusconi, wenn es denn scheitern sollte, verwiese auf die tendenzielle Unmöglichkeit, die Industriestaaten des Westens auf die deregulierten Verhältnisse des Weltmarkts nach den Regeln der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie auszurichten.

Heiner Möller schrieb in KONKRET 9/94 über schwarz-rot-grüne Optionen

Konkret 01/95, S. 24

Michael Hahn

»Ein Gemetzel«

Rollback in den USA: Nach dem Kongreßwahlsieg der Republikaner werden die letzten Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung geschleift

Einen »Hauch von 68« im Weißen Haus witterte die »Taz« nach Clintons Wahlsieg vor zwei Jahren. Aus Unwissenheit hat das Blatt recht behalten. In der Tat wird in den USA nun die Resternte von »1968« eingefahren. Aber anders als in der BRD markiert diese Jahreszahl in den USA nicht den Höhepunkt der »Sixties«, sondern den Beginn des reaktionären »Backlash«: von der Ermordung Martin Luther Kings bis zum Wahlsieg Richard Nixons. 26 Jahre später regiert im Weißen Haus ein Präsident, dessen sozialpolitische Gesetzesinitiativen und Law-and-order-Propaganda rechts von Nixon liegen, während im Kongreß zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten die republikanische Partei die Mehrheit stellt. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es keine »Friedensdividende«, sondern einen Generalangriff auf die letzten Reste des US-Sozialstaats. Eine rechtspopulistische »Grass-Roots«-Bewegung droht die gesellschaftspolitischen Errungenschaften der 60er Jahre hinwegzuspülen.

Die US-amerikanischen »Sixties« lassen sich ohne die damalige Blockkonfrontation und den Entkolonialisierungsprozeß im Trikont nicht verstehen. Den Anstoß gab die Bürgerrechtsbewegung in den 50er Jahren, die unter anderem deswegen erfolgreich war, weil die US-Regierung um ihr Ansehen bei den gerade in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten Afrikas und Asiens fürchten mußte. Der allzu offene Rassismus in Alabama und Mississippi war nur hinderlich bei Washingtons Versuch, sich im Trikont als Führungsmacht der Freien Welt anzubieten und den Einfluß der Moskauer Systemkonkurrenz zurückzudrängen.

Auf die Revolten in den Großstadt-Ghettos Mitte der 60er Jahre reagierte die Regierung des Demokraten Lyndon Johnson mit Wohlfahrtsgesetzen (»Great Society«), das Kapital zog nach. So richteten die Autokonzerne nach dem blutigen Aufstand in Detroit im Sommer 1967 Ausbildungsplätze und Anwerbebüros in den dortigen Ghettos ein. Die Bürgerrechtsbewegung und die Rebellion des schwarzen Subproletariats brachen den »neuen sozialen Bewegungen« Bahn. Feministinnen, Schwule und Lesben sorgten in den folgenden Jahren für eine weitgehende gesellschaftliche Liberalisierung. Die entsprechenden Gegenbewegungen ließen jedoch nicht lange auf sich warten.

Ein Prototyp des rechten »Backlash« war Anfang der 70er Jahre die erfolgreiche Kampagne für die »Proposition 13« in Kalifornien: ein Volksentscheid für die radikale Senkung der Grundstückssteuern. Die Steuerrevolte der (weißen) Eigenheimbesitzer richtete sich gegen den Sozialstaat, der angeblich Schwarze, Latinos und andere »Randgruppen« bevorzugte. Die »Proposition 13« führte später zum Aufstieg Ronald Reagans ins Weiße Haus, der radikale Steuersenkungen und Sozialkürzungen versprach. Reagan spielte den populistischen »Außenseiter« gegen »das Establishment« in Washington – und hatte den militärisch-industriellen Komplex im Rücken.

Das rechtspopulistische, antidemokratische Ressentiment kommt in den USA seit jeher im antiautoritären Gewand daher – und ist weiß und männlich. Diejenigen, die sich durch die antirassistischen und sozialen Reformen der 60er und 70er Jahre auf den Schlips getreten fühlten, finden sich heute bei den Republikanern wieder. Bei den Wahlen im vergangenen November kam die Partei landesweit auf 51 Prozent – unter weißen Männern aber auf satte 63 Prozent.

Nach 26 Jahren »Backlash« ist von den Reformen der 60er und 70er Jahre materiell wenig übriggeblieben. Die Rassensegregation, die die Bürgerrechtsbewegung auf rechtlicher Ebene erfolgreich bekämpft hatte, wird inzwischen vor allem ökonomisch durchgesetzt. Die Trennung verläuft dabei zwischen den weißen Speckgürtel-Vorstädten und den Innenstadt-Ghettos eines multi-ethnischen Subproletariats, dessen Kriminalisierung, Ausgrenzung und Armut heute noch brutaler sind als vor zwanzig Jahren. Den letzten Resten des Wohlfahrtsstaats, die den Reaganschen Kahlschlag in den 80er Jahren noch überlebt hatten, hat inzwischen auch Clintons Demokratische Partei den Kampf angesagt.

Auch der Immigration geht es jetzt an den Kragen. Die Einwanderungsreform von 1965 (ebenfalls eine Reaktion auf Bürgerrechts- und Trikont-Bewegungen) hatte Millionen von karibischen, lateinamerikanischen und asiatischen Immigranten den Weg in die USA geebnet – und wurde quer durch das politische Spektrum akzeptiert. Mit dem jüngsten Erfolg der »Proposition 187« zeichnet sich hier eine einschneidende Veränderung ab, auch wenn noch einige juristische Hürden zu überwinden sind. Wieder war es ein kalifornischer Volksentscheid (diesmal für den Ausschluß illegaler Immigranten aus öffentlichen Schulen und Hospitälern), der das politische Klima landesweit nach rechts verschoben hat.

Um Wählermehrheiten zu mobilisieren, nehmen die Republikaner auch allerhand kulturkämpferischen Firlefanz in Kauf. Mit niedrigeren Kapitalertragssteuern und einer beschleunigten Deregulierungspolitik allein läßt sich eben keine Wahl gewinnen. Der stärkste republikanische Wählerblock ist die christlich-fundamentalistische Rechte, die inzwischen in zahlreichen Bundesstaaten die republikanische Parteibasis dominiert und en bloc Millionen von Stimmen mobilisieren kann.

Als Gegenleistung will Newt Gingrich, der neue, stramm rechte Vorsitzende des Repräsentantenhauses, das Schulgebet in öffentlichen Schulen einführen – ein krasser Verstoß gegen die in den USA verfassungsmäßig garantierte Trennung von Kirche und Staat. Die von Gingrich formulierte republikanische Wahlplattform (»Contract with America«) bläst zum Generalangriff auf »Big Government«, womit nicht etwa Rüstungssubventionen und Polizeistaat, sondern die letzten wohlfahrtsstaatlichen Überbleibsel gemeint sind. Dabei geht es weniger um Sparmaßnahmen zur Haushaltssanierung (das Finanzministerium könnte das magere »Welfare«-Programm eigentlich aus der Portokasse bezahlen) als um die Bedienung rechter Ressentiments. Alleinerziehenden Müttern (zu einem überproportionalen Anteil Schwarze) soll nach Gingrichs Willen die Sozialhilfe gestrichen werden, wenn sie uneheliche Kinder gebären; andere Sozialleistungen sollen private Einrichtungen übernehmen. Der Kommentar der großbürgerlichen »New York Times«: »Das ist keine Reform, das ist ein Gemetzel.« Die »Washington Post« warnt vor einer »Wiederbelebung der Sozialpolitik der 1880er (!) Jahre«.

Der wichtigste Punkt des Kontrakts ist ein »Balanced Budget Amendment«, ein Verfassungszusatz, der vorschreiben soll, daß der Staatshaushalt ab dem Jahr 2.002 keine roten Zahlen mehr schreiben darf. Da die Republikaner gleichzeitig das Militärbudget weiter aufblähen und radikale Steuersenkungen für Kapital und Besserverdienende durchsetzen wollen, würde ein solches Verfassungsgebot zwangsläufig zu einem völligen Kahlschlag nicht nur bei den traditionellen Sozialprogrammen führen, sondern bei jeglichen staatlichen Subventionen und Investitionsprogrammen. Nochmal die »New York Times«: »Die sozialen und ökonomischen Kosten des Kontrakts könnten umwerfend sein.«

Auch in der Außenpolitik schießt die Bedienung rechtspopulistischer Ressentiments weit über die »normalen« imperialistischen Interessen hinaus. Die Strategiedebatte wird hier von rechten Isolationisten wie Jesse Helms, dem voraussichtlich neuen Vorsitzenden des außenpolitischen Senatsausschusses, polarisiert – und damit unberechenbarer. Außenpolitisch galt bisher der Grundsatz der »Bipartisanship«, der Großen Koalition. So unterstützten in den 80er Jahren die Demokraten im Kongreß die republikanischen Präsidenten Reagan und Bush (von der Contra-Intervention in Nicaragua bis zum Golfkrieg); die Republikaner ihrerseits halfen später Clinton, den sie ansonsten bei jeder sich bietenden innenpolitischen Gelegenheit sabotierten, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta zu verabschieden.

Mit dieser reibungslosen Zusammenarbeit scheint es nun vorbei zu sein. Helms will die US-Auslandshilfe de facto beenden, da sie bisher meist nur in »fremde Rattenlöcher« geschüttet worden sei – ein geradezu klassischer rechtspopulistischer Vorwurf. Der Pinochet-Freund wendet sich gegen die bisherigen »zivilen« Counterinsurgency- und Nation-Building-Strategien von Mozambique bis Haiti. Hier fällt es schwer, ein »vernünftiges« imperialistisches Interesse zu erkennen. So warnt auch die »Washington Post« davor, Helms gefährde mit seiner Attacke auf das »Foreign Aid«-Programm ein »unverzichtbares Werkzeug amerikanischer Außenpolitik«.

Helms hält Vereinte Nationen und Weltbank für »antiamerikanisch« und »sozialistische Experimentier-Werkstätten«. Ausgerechnet jetzt, da die USA die Uno endlich nach ihrer Pfeife tanzen lassen können, will sich Helms gleich wieder aus internationalen »Friedenseinsätzen« verabschieden. Auch hier meldet sich das patriotische Ressentiment zu Wort, das sich unter »Uno« oder »Gatt« nur »ausländische Bürokraten« und eine »Bedrohung für die amerikanische Souveränitat« vorstellen kann.

Solch extremer Isolationismus polarisiert die außenpolitische Debatte zwischen Unilateralisten und Multilateralisten in den Planungsstäben und Think Tanks. Zu Beginn seiner Amtszeit unternahm Clinton noch einige vorsichtige multilaterale Gehversuche und war – als erster US-Präsident – bereit, in Einzelfällen (z.B. in Somalia) US-Truppen vorübergehend unter ein »fremdes« (Uno-)Oberkommando zu stellen. Damit ist längst wieder Schluß: Multilateralisten, die dem lieben Frieden mit den Verbündeten zuliebe auch einmal auf einen US-Alleingang verzichten würden, finden in Washington nur noch wenig Gehör, seit es (mit dem Ende des Kalten Krieges) keine »Verbündeten« mehr gibt.

Ohne den gemeinsamen Feind Sowjetunion brechen die Konflikte zwischen den kapitalistischen Großmächten immer deutlicher auf; selbst in der Nato nehmen die USA nicht länger eine unbestrittene Führungsposition ein. Das zu erwartende Resultat: zunehmende Washingtoner Alleingänge, im November am Beispiel Bosnien vorexerziert. Clinton und gemäßigte Republikaner wie der neue Mehrheitsführer im Senat, Robert Dole, sind keine Isolationisten, die sich aus der Weltpolitik zurückziehen möchten. Es geht ihnen um eine möglichst ungehinderte Handlungsfreiheit der USA, wenn möglich im Einklang mit multilateralen Institutionen wie Uno oder Nato, wenn nötig aber auch im Alleingang.

Dagegen warnt der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger vor einer »Erosion der atlantischen Allianz«, die er als »den am meisten besorgniserregenden Aspekt der amerikanischen Außenpolitik« bezeichnet. In der »Washington Post« machte er zwischen den Zeilen klar, wessen Bändigung er für einen Hauptzweck der Nato hält. Kissinger kritisierte die Clintonsche Orientierung auf eine bilaterale Bevorzugung Deutschlands gegenüber Frankreich und England – also auf Kosten der multilateralen Nato-Strukturen. Dies werde »zu einer Trennung Westeuropas von Amerika, zu einer weitverbreiteten Furcht in Osteuropa und zur Isolation Deutschlands innerhalb Europas« führen. Eine Aushöhlung oder Verwässerung der bisherigen Nato-Strukturen (z.B. durch eine Aufnahme osteuropäischer Länder) werde nur »Deutschland und Rußland einladen, das Vakuum zu füllen«.

Die republikanische »Contract«-Wahlplattform nimmt auf solcherlei Überlegungen wenig Rücksicht, sondern liegt eher auf Helms' Linie. Gefordert werden eine Begrenzung von Uno-»Peacekeeping«-Einsätzen, höhere Militärausgaben, die »Wiederbelebung« des »Star Wars«-Programms SDI und eine Ausweitung der Nato gegen eine möglicherweise wiederauflebende russische Gefahr. Die »Washington Post« verspottet dieses Programm als »Nostalgie nach einem heroischen Zeitalter«, in dem ein eindeutiger militärischer Gegner noch für ein ordentliches Weltbild sorgte. Für imperialistische Realpolitik in der »New Global Disorder« von Stammeskonflikten, Armut und Migration tauge solche Nostalgie freilich wenig.

Die wichtigsten politischen Auseinandersetzungen werden in den nächsten Jahren innerhalb der Republikanischen Partei stattfinden. Der Spagat zwischen fundamentalistischen Kulturkämpfern, rechtspopulistischen Revolverhelden und (unterschiedlichen) Kapitalinteressen wird sich nicht durchhalten lassen. Die Konflikte werden spätestens bei den Präsidentschaftsvorwahlen Anfang 1996 offen ausbrechen. Unterdessen sind die Demokratische Partei und die US-amerikanische Linke weitgehend gelähmt – mobilisierungsfähig sind auf absehbare Zeit nur die Rechten.

Michael Hahn schrieb in KONKRET12/94 gemeinsam mit Günther Jacob über das US-amerikanische»Patchwork der Minderheiten«

Konkret 01/95 S. 26

Heinz Dieterich

Hormone f□ r die Revolution? Ernsthafte Konkurrenz

Von der westlichen □ ffentlichkeit nahezu unbemerkt, ist Kuba in den letzten zw□ lf Jahren zu einem bedeutenden Erzeuger und Exporteur biotechnologisch-medizinischer Produkte geworden. Heinz Dieterich sieht darin eine Chance f□ r den kubanischen Sozialismus wie f□ r die gesamte □ Dritte Welt□ . Ludger We□ widerspricht

Eines der bestgehüteten Geheimnisse westlicher Medien ist die Existenz einer biotechnologisch-medizinischen Großmacht in der Karibik: Kuba. In fröhlicher Zusammenarbeit verewigen bürgerlicher Journalismus und eurozentristische Solidaritätsgruppen die Vorstellung, daß die Revolution außer einigen positiven Maßnahmen im Ausbildungs- und Sozialsektor nichts Nennenswertes hervorgebracht habe.

Das Konkubinat zwischen den Medien des Kapitals und diesen Solidaritätssektoren ergibt sich organisch. Aufgabe der Medien ist schließlich nicht, den Zustand der Welt darzustellen und zum Nutzen des Lesers adäquat zu analysieren, sondern die Virtual reality zu erzeugen, welche handlungsleitende Entscheidungen der Staatsbürger – vom täglichen Konsum bis zu Wahlgang und Fremdenhaß – im Interesse der herrschenden Machteliten formiert. Journalistische Prostitution, die das Leitmotiv der täglichen Praxis bürgerlicher Massenmedien ist, paart sich dergestalt mit der theoretischen Misere jener selbstdefinierten kritischen Öffentlichkeit, deren Realitätsanalyse sich problemlos auf dem Niveau ihrer junghegelianischen Vorgänger tummelt: eine Realitätsanalyse, die deskriptive, analytische und wertende Erwägungen bewußtlos durcheinanderwirft und theoretische Kategorien jenseits ihrer spezifischen Inhalte benutzt (z.B. Produktivität und Rentabilität), kurz, ihre subjektive, eurozentrische Verfassung zur allgemeinen Norm erhebt.

Biotechnologie in Kuba

Unter Verletzung eben genannter Tabus läßt sich der Entwicklungsstand der biotechnologischen und medizinischen Forschung in Kuba skizzenhaft folgendermaßen erläutern: Allein im Jahr 1993 hat das »U.S. Patent and Trademark Office« drei kubanische Produkte patentiert: das Anti-Infarktmittel »Estreptoquinasa Recombinante«, den ersten Impfstoff gegen die Meningitis BC und ein industrielles Enzym. Mit der Patentgewährung erkennen die Vereinigten Staaten an, daß das Produkt 1. eine Innovation darstellt, 2. allen Herstellungs- und Qualitätsnormen der US-Aufsichtsbehörde FDA (Food and Drug Administration) entspricht und damit den anspruchsvollsten des Weltmarktes und 3. daß der Patentinhaber 17 Jahre lang in den USA ein exklusives Produktions- und Vertriebsrecht genießt.

Auf dem Gebiet der Aids-Forschung haben die kubanischen Institutionen drei Diagnosesysteme entwickelt – einschließlich der Computerprogramme – , welche mit geringen Kosten und hoher Effizienz umfangreiche Analysen in Blutbanken, Krankenhäusern usw. erlauben. Ein Medikament gegen Aids-verursachte sekundäre Krankheiten, welches die Lebensdauer eines Erkrankten um zwei bis drei Jahre verlängern könnte, ist in der Phase klinischer Erprobung. Ein wirksamer HIV-Impfstoff wird nach Angaben des Leiters des Centro de Ingenieria Genética y Biotecnologia (CIGB), Dr. Manual Limonta, etwa im Jahr 2.000 zur Verfügung stehen.

Durch eine Kombination von Mikrochirurgie und Ozon-Therapie ist es dem kubanischen Professor Ofelio Pelez erstmals gelungen, die Entwicklung der zur Blindheit führenden Augenkrankheit Retinitis pigmentosa zu stoppen. Ähnliche Erfolge hat die therapeutische Benutzung des Ozons u.a. bei bestimmten Augen-Infektionen und Diabetis-erzeugten Gefäßverengungen gezeitigt. Ozon wurde ebenfalls in Kuba zum ersten Mal als Kontrastmittel für Röntgenaufnahmen erfolgreich benutzt.

Mit dem aus Zuckerrohralkoholen gewonnenen Präparat PPG haben kubanische Wissenschaftler einen Wirkstoff gegen Cholesterin entwickelt, welcher für herzinfarktgefährdete Patienten von großer Bedeutung ist. Das Ciren en La Habana wird, gemäß der US-Zeitschrift »Time«, als das »weltbeste« für Neurotransplantationen gegen die Parkinsonsche Krankheit angesehen. Gleiches gilt für verschiedene »Software«- und »Hardware«-Entwicklungen.

Den Fortschritten in der Humanmedizin entsprechen jene der Veterinärmedizin und des Pflanzenschutzes, z.B. die Entwicklung des weltweit ersten Impfstoffes gegen die Rinder-Zecke (garrapata del ganado vacuno), ein Vakzin gegen die Colibacilosis porcina, die historisch erste genetische Modifizierung des Zuckerrohrs, die genetisch induzierte Resistenz u.a. von Tabak, Kartoffeln, Kohl und Bananen gegen bestimmte Krankheitserreger, ebenso die Verwendung von Bakterien, Fungi etc. zur biologischen Schädlingsbekämpfung und Düngung.

Die Entwicklungen dieser wissenschaftlichen Kapazitäten haben zu einer absoluten Sonderstellung Kubas in der »Dritten Welt« geführt: Es ist das einzige Entwicklungsland, welches gentechnologisch hergestellte nationale Produkte exportiert (über 30); es ist der einzige Staat auf dem amerikanischen Kontinent, der frei von Kinderlähmung und Cholera ist, dessen Kindersterblichkeitsrate (9.4 pro 1.000) weniger als die Hälfte derjenigen Los Angeles' (21.4 pro 1.000) beträgt und der

eines der weltbesten präventiven und kurativen Gesundheitssysteme besitzt.

Entwicklung im Global Village

Die Diskussion über die notwendigen Bedingungen der Überwindung imperialistisch induzierter Unterentwicklung in der »Dritten Welt«, welche Teil des tiefgehenden Demokratieversuchs der sechziger Jahre war, ist längst vergessen. Ihre wesentlichen Varianten, welche je nachdem die Notwendigkeit unternehmerischer Mittelschichten und institutioneller Modernisierung, die Ausgliederung aus dem Weltmarkt oder die abhängig assoziierte Entwicklung über selbigen propagierten, sind durch den Zusammenbruch des sozialistischen Weltwirtschaftskreislaufs zu ideengeschichtlichen Reminiszenzen geworden. Nationalstaatlicher Erfolg im Global Village realisiert sich heute – so die Geschichtslektüre der organischen Intellektuellen des Kapitals – ausschließlich auf den Spuren der asiatischen Tiger.

Doch selbst deren 4.000-Dollar-pro-Kopf-»Erfolgsmodell«, welches erprobte ideelle Gesamtkapitalisten des Systems à la Pinochet und Neophyten wie Fernando Henrique Cardoso mit IWF-Funktionären und Erstwelt-Akademikern in fröhlicher Runde vereint, ist für viele Länder der »Dritten Welt« unerreichbar, wie die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Systems zeigen.

Wohin die Reise der *fun society* für die Mehrheit der Bevölkerung geht, hat Konrad Seitz, Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, in einem aufschlußreichen Interview über »die japanische Herausforderung und die wachsende Bedrohung des Wohlstands in Deutschland« klassisch formuliert. Ihm zufolge sind Lebensstandard und nationale Souveränität unter den Bedingungen der dritten industriellen Revolution abhängig von der Beherrschung von fünf Schlüsseltechnologien: Informatik, Biotechnologie, neue Werkstoffe, neue Energie- und Raumfahrttechnik. Hohen Lebensstandard kann sich nur derjenige leisten, »der an der Spitze steht, d.h.: wenig oder keine Konkurrenz hat«. Die, die »an der Spitze stehen«, leben in den »Regionen ersten Ranges«, wie Deutschland, die USA und Japan. Wer sich jedoch »mit Produkten der zweiten industriellen Revolution zufriedengibt«, muß Lebensbedingungen wie »in Mexico oder Korea akzeptieren«. Wer auch an diese Produktionsstufen nicht heranreicht – so die logische Schlußfolgerung aus Seitz' korrekter Analyse – , wird am Tisch der Somalis und Haitianer Platz nehmen müssen. Ein angemessener Ort für die Plebs, die, wie schon Sir Winston Churchill feststellte, von den Herrenhäusern der Zivilisation fernzuhalten ist. Die Aneignung des globalen Mehrprodukts durch eine der fünf weltmarktbeherrschenden Spitzentechnologien ist also – jenseits aller akademischen Mystifikationen – die Conditio sine qua non der Entwicklung und Erstweltexistenz eines Nationalstaates in der Neuen Weltordnung.

Eine zweite definitive Entwicklungskondition – bei Seitz ebenfalls angedeutet – ist die Existenz eines »Entwicklungsstaats«, d.h. ideellen Gesamtkapitalisten, welcher die Ziele der Entwicklung setzt und über genügend politische Macht verfügt, die nationalen Ressourcen in relativer Unabhängigkeit von den internationalen Hegemoniezentren zu optimieren.

Biotechnologie und Entwicklung

Mißt man das Entwicklungspotential der lateinamerikanischen Länder an den genannten Kriterien, dann ist klar, daß lediglich Kuba beiden genügt und daher als einzige Nation eine strukturelle Möglichkeit besitzt, der fünfhundertjährigen Unterentwicklung zu entfliehen.

Die politische Souveränität der Revolution benötigt keine Erläuterung; ihre ökonomisch-technologische Basis liegt in der Biotechnologie. Bei einem für das Jahr 2.000 geschätzten Weltmarktumsatz von 200 bis 260 Milliarden Dollar in den entsprechenden Branchen dürfte es für Kuba kein Problem sein, einen bedeutenden Teil des Weltmarktes für sich zu erobern, der die Deviseneinnahmen für eine stetige und kontrollierte Entwicklung aus der Drittweltmisere liefern wird.

Die gegenwärtige technisch-wissenschaftliche Kapazität Kubas ist ein Erfolg seines sozialistischen Modells. Die humanistische Essenz der Revolution – gerichtet auf die Konstruktion einer gerechteren Gesellschaftsordnung – hat sich in einer langfristigen, umfassenden Bildungs- und Sozialpolitik konkretisiert, welche jene »kritische Masse« an Wissenschaftlern, Technikern, Krankenschwestern usw. hervorbrachte, deren ständige Innovationen die Schule kubanischer Biotechnologie und Medizin unter die ersten der Welt geführt und sie zu einem ernsthaften Konkurrenten der herrschenden multinationalen Konzerne hat werden lassen.

Da das globale gesellschaftliche Mehrprodukt seit 1492 den Regionen »ersten Ranges« vorbehalten ist, überrascht nicht, daß diese Konzerne, die CIA und die organischen Intellektuellen des Systems alles tun, um die unliebsame Konkurrenz totzuschweigen oder totzulügen. Daß die eurozentristischen Junghegelianer wieder einmal mit von der Partie sind, wird die Herrschenden der imperialen Demokratie erfreuen. Sie können sich auf ihre Fünfte Kolonne »nützlicher Idioten« und Opportunisten verlassen.

Heinz Dieterich ist Professor für Soziologie an der autonomen Universität Mexiko-Stadt

Konkret 01/95, S. 28

Ludger Weß

Hormone für die Revolution?
In der Klemme

Von der westlichen Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, ist Kuba in den letzten zwölf Jahren zu einem bedeutenden Erzeuger und Exporteur biotechnologisch-medizinischer Produkte geworden. Heinz Dieterich sieht darin eine Chance für den kubanischen Sozialismus wie für die gesamte »Dritte Welt«. Ludger Weß widerspricht

Dieterichs Beitrag weckt nostalgische Erinnerungen an die Anfangsphase der Debatte um die Atomkraft, als Sympathisanten der staatssozialistischen Länder immer wieder versuchten, dem staunenden Publikum glaubhaft zu machen, daß AKWs im Sozialismus nicht nur die sicherste Sache der Welt, sondern auch imstande seien, die »Sonn' ohn' Unterlaß« scheinen zu lassen. Wie oft wurde damals vorgerechnet, daß die Sowjetunion spätestens in der nächsten Ölkrise dank ihrer zahlreichen vorhandenen, in Bau befindlichen und geplanten AKWs den energiekrisengeschüttelten Westen mit Leichtigkeit überflügeln werde – Sowjetmacht aus AKWs! Damals hatte die Sowjetunion sogar eine, im Jargon Dieterichs, über-»kritische Masse« an Spezialisten hervorgebracht, deren »ständige Innovationen« das Land »unter die ersten der Welt geführt« hatten, und auch damals war die »technisch-wissenschaftliche Kapazität« ein »Erfolg des sozialistischen Modells«. Ökologische Katastrophen, Tschernobyl, Atomschmuggel und der Zerfall der einst so blühenden Forschungseinrichtungen zeigen mittlerweile jedoch, wie brüchig High tech sein kann, zumal wenn es mit dem wirtschaftlichen und politischen System bergab geht.

Sind denn gentechnisch produzierte Impfstoffe, gentechnisch veränderte Mikroorganismen und gentechnisch erzeugte Medikamente und Enzyme auf einmal nicht mehr riskant, nur weil sie aus den Retorten eines Landes stammen, das seinen Nachbarn eine in der Tat bemerkenswerte Reihe sozialer Errungenschaften voraus hat? Verkehren sich die Folgen für die Welternährung ins Positive, sobald Sortenverarmung, Monokulturen, Hybrid- und Hochreaktionssorten einmal nicht in den High-tech-Labors von Hoechst und Agrarcetus, sondern in denen der kubanischen Regierung entworfen werden? Und seit wann ist in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein exzellentes Produkt oder eine gute Produktionspalette eine Garantie dafür, daß man damit den Weltmarkt erobert und multinationale Konzerne in ihre Schranken weist?

Dennoch lohnt es sich, mehr als einen Blick auf die kubanische Biotechnologie zu werfen. In der Tat verfügt kein anderes Land der »Dritten Welt« über eine derart vielfältige biotechnologische Produktionspalette, und es stellt sich angesichts der auf dem Umweltgipfel von Rio in Gang gekommenen Diskussionen um den biologischen Nord-Süd-Transfer (biotechnologisches Know-how der »Ersten« gegen die biologische Vielfalt der »Dritten Welt«) die Frage, ob die kubanische Biotechnologie Vorbildcharakter haben könnte.

Technologisches Krisenmanagement

Biotechnologie wird in Kuba erst seit Beginn der achtziger Jahre energisch betrieben, und die Entscheidung für Investitionen in diesen Sektor ist eng verbunden mit der politischen Krisensituation. Naturwissenschaft hatte im Sozialismus schon immer zumindest theoretisch die Funktion, die Gesellschaft zu transformieren und sozialen Fortschritt herbeizuführen. So wurde auch in Kuba seit der Revolution von 1959 Wissenschaft als wichtige Basis für die ökonomische Entwicklung gepriesen und gefördert. Doch ernsthafte Investitionen in naturwissenschaftliche Forschung gab es in Kuba erst nach der Schweinebucht-Invasion von 1961 und der Verhängung des Wirtschaftsembargos durch die USA.

In dieser Lage versuchte die kubanische Regierung, das Land auf dem Nahrungsmittelsektor und in einigen Industriezweigen zu einem Selbstversorger zu machen. Die Landwirtschaft mußte zu diesem Zweck auf eine breitere Anbaupalette umgestellt werden. Der Zwang, Devisen zu sparen, führte überdies zu Überlegungen, auch im Gesundheitswesen mehr auf Selbstversorgung zu setzen. Um für diese Aufgaben genügend Studenten der Biologie und Medizin in Biochemie und anderen Fächern ausbilden und an die biomedizinische Grundlagenforschung heranführen zu können, wurde 1964 das Centro Nacional de Investigationes Cientificas (Cenic) gegründet und wurden Auslandsaufenthalte kubanischer Studenten – auch im westlichen Ausland – ermöglicht.

Nach wie vor aber blieb der Anbau von Zuckerrohr die wichtigste Devisenquelle. 1964 kam es zum Abschluß eines subventionierenden Exportvertrages mit der Sowjetunion, 1972 wurde Kuba Comecon-Mitglied und konnte seitdem Zucker zu einem sehr günstigen Preis für Öl tauschen. Innerhalb der Comecon-Wirtschaftsordnung wurde Kubas Ökonomie dann endgültig in eine zentral geplante und gelenkte Wirtschaftsordnung transformiert. Dieser Übergang forcierte auch die staatliche Planung von biotechnischen Forschungsprogrammen, zunächst auf dem Gesundheitssektor.

1982 gründete die Regierung das Centro de Investigaciones Biológicos (CIB), das zunächst vor allem auf dem medizinischen Sektor arbeitete und versuchte, Anschluß an westliche Technologien und Forschungsprogramme zu finden. Die CIB-Wissenschaftler begannen damit, das von der westlichen Medizin als Medikament gegen Krebs und Virusinfektionen hochgepriesene, letztlich aber enttäuschende menschliche Interferon zu produzieren – zuerst aus

menschlichen Zellkulturen, ab 1985 dann durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen. Das Verfahren diente zugleich als Modell für die gentechnische Produktion weiterer Substanzen. Die dabei gemachten Erfahrungen führten 1986 dazu, das CIB durch das wesentlich größer angelegte Centro de Ingenieria Genética y Biotecnologia (CIGB) zu ersetzen. Dessen Produktionspalette ist beeindruckend. Der »Biotechnology and Development Monitor« listete im September 1994 folgende Produkte auf: –

Diagnostika (für HIV, Hepatitis B, Lepra und diverse Tropenkrankheiten, aber auch für erbliche Krankheiten sowie Krankheiten von Nutzpflanzen), –

Impfstoffe gegen Hepatitis B und Hirnhautentzündung (gearbeitet wird u. a. an Impfstoffen gegen Aids und Cholera), –

Hormone und Proteine für Medizin und Veterinärmedizin, –

Enzyme für pharmazeutische und industrielle Zwecke.

Insgesamt sind dort bisher über 160 medizinische und pharmazeutische Produkte entwickelt worden. Hinzu kommen Forschungen zur Gentechnologie an Pflanzen, zur Konversion von Biomasse usw. Das CIGB bildet den Kern eines Netzwerks, dem drei weitere Institute angehören: das Centro de Immunoensayo (CIE), das Reagenzien, Ausrüstung und Software herstellt, das Centro Nacional de Biopreparados (CNB) – es produziert Chemikalien, Diagnostika und Hilfsmittel – und das Centro Nacional para la Produccion de Animales de Laboratorio (Cenpalab), das sich mit der genetischen und gentechnischen Leistungssteigerung von Tieren beschäftigt. Insgesamt gab es 1993 auf dem Biotechnologie-Sektor Kubas etwa 200 Forschungseinrichtungen mit ungefähr 8.000 Beschäftigten, und von 1988 bis 1992 wurden mehr als 300 Millionen US-Dollar in industrielle Biotechnologie investiert.

Nach dem Wegbrechen des sozialistischen Blocks als Hauptabnehmer kubanischer Produkte hat die Regierung vor vier Jahren eine »Spezielle Friedensperiode« ausgerufen und Prioritäten für weitere Investitionen gesetzt. Zu den bevorzugten Feldern gehört die Biotechnologie. Daher sind die Anstrengungen auf diesem Gebiet nochmals verstärkt und auf landwirtschaftliche Probleme fokussiert worden. Der Biotechnologie soll dabei in erster Linie das Kunststück gelingen, bei einer Halbierung des Imports von Dünger und Pestiziden die Lebensmittelproduktion zu verdoppeln, und das, ohne gleichzeitig die devisenbringende Zuckerrohrproduktion einschränken zu müssen. Auf der Forschungsagenda steht daher zum einen die gentechnische »Verbesserung« des Zuckerrohrs, so daß es unempfindlicher gegen Schädlinge, Salz und Trockenheit wird, zum anderen geht es ganz allgemein um die Herstellung »optimierter« Nutzpflanzen. Die kubanische Agrarwirtschaft muß nämlich damit fertigwerden, daß die jahrelang aus Comecon-Ländern preiswert bezogenen Pestizide, Herbizide und Düngemittel nun nur noch zu Weltmarktpreisen gekauft werden können. Daher sollen die Nutzpflanzen schädlingsresistent werden, mit weniger Dünger auskommen, pflegeleichter sein und dabei noch höhere Erträge liefern. Mit Hochdruck wird auch daran gearbeitet, die Bekämpfung von Schädlingen und Unkraut auf biologische Verfahren und Produkte umzustellen – dies offenbar mit Erfolg, denn schon 1991 wurden über 50 Prozent der kultivierten Flächen mit im eigenen Land produzierten Bio-Pestiziden behandelt. Insgesamt konnten die Ausgaben für den Import von Pestiziden von 80 auf 30 Millionen US-Dollar reduziert werden.

Daneben soll in der »Speziellen Periode« auch die medizinische Biotechnologie weiterentwickelt werden. Die Stärke dieses Sektors liegt beim Export von Impfstoffen, Enzymen und menschlichen Wachstumsfaktoren, die hauptsächlich nach Lateinamerika verkauft werden. In Kolumbien wurde beispielsweise vor vier Jahren eine Meningitis-Epidemie durch einen kubanischen Impfstoff verhindert.

Ausweg aus der »Drittweltmisere«?

Doch auf dem Weltmarkt sieht sich Kuba einer Reihe von Problemen gegenüber. Da ist zum einen das unter Clinton noch einmal bekräftigte Handelsembargo, das kubanischen Produkten nicht nur den Zugang zum wichtigen US-Markt versperrt, sondern auch verbietet, Geräte, Rohstoffe oder Hilfsmittel an Kuba zu liefern, die in der Bio- und Gentechnik eingesetzt werden. Auch das neue Gatt-Abkommen macht Kuba zu schaffen, denn ein beträchtlicher Teil des kubanischen Biotechnologie-Erfolgs beruht auf der Nachahmung patentierter Verfahren des westlichen Auslands. Die neuen Gatt-Regelungen werden über kurz oder lang dazu führen, daß Kuba diese Patente anerkennen und damit Lizenzen zahlen muß. Die Produktionskosten werden dadurch weiter steigen. Und im übrigen werden schon jetzt die Devisen immer knapper, die eingesetzt werden müssen, um die notwendigen Geräte und Grundstoffe für biotechnologische Verfahren auf dem Weltmarkt einzukaufen. Überdies wird Kuba auf Betreiben der USA noch immer von internationalen Krediten ausgeschlossen.

Illusorisch ist auch die Hoffnung, Kuba könne sich mit guten Produkten ohne weiteres auf dem Weltmarkt behaupten, denn solche Erfolge hängen u. a. von der Fähigkeit zu weltweitem Marketing, schneller Distribution und flexiblen Produktionskapazitäten ab. Dies alles haben multinationale Konzerne Kuba voraus, das außerdem keinerlei internationale Reputation auf diesem Gebiet besitzt. In diesen kontrollierten Markt einzudringen und sich zu behaupten, gelingt sogar kleineren westlichen Biotechnologie-Firmen nur über Allianzen mit international operierenden Großkonzernen.

Die durchaus vorhandenen technologischen und wissenschaftlichen Erfolge lassen Kuba also noch lange nicht zu einem »ernsthaften Konkurrenten der herrschenden multinationalen Konzerne« (Dieterich) werden. Vielmehr steckt die Biotechnologie in Kuba in der Klemme: Die Wirtschaftskrise hemmt auch die Produktivität dieser High-tech-Industrie, die von der Regierung zunehmend weniger mit Devisen und Sonderzuteilungen gestützt werden kann. Andererseits ist dieser Industriezweig wie kein anderer gefordert, Gesundheitswesen und Landwirtschaft Kubas unabhängiger und die Wirtschaft insgesamt wieder flott zu machen. Realistischer ist es da schon, zu erwarten, daß Kuba innerhalb Lateinamerikas seine Absatzmärkte erweitern kann. Aber auch dort ist die Konkurrenz groß, denn China drängt verstärkt auf den lateinamerikanischen Markt.

Bleibt die Frage, ob das kubanische Modell, die Biotechnologie der Industrienationen zu adaptieren, Vorbild für andere Länder sein kann. Zunächst einmal muß daran erinnert werden, daß es illusorisch ist und bleibt, von einer neuen Technologie zu erwarten, daß sie soziale Prozesse positiv determinieren kann. Gerechtere Verteilung von Ressourcen, eine an die lokalen Verhältnisse und gesellschaftlichen Bedürfnisse angepaßte Landwirtschaft, ja selbst die Züchtung neuer Pflanzen, sind solche sozialen Prozesse, für die *soziale* Lösungen gefunden werden müssen.

Mit der Biotechnologie der »Ersten Welt« in Wettbewerb zu treten aber heißt, sich auf Ziele und Technologien einzulassen, die auf Patente, uniforme große Märkte und hochtechnisierte Landwirtschaft abzielen. Kleine, an örtliche Gegebenheiten angepaßte Lösungen, für die biotechnologische Verfahren durchaus eingesetzt werden können, sind in diesem Kontext keine verkaufbaren Produkte und damit keine Investition wert. Solche Versuche gibt es bereits, wenn auch noch mit stark experimentellem Charakter. In Vietnam z. B. kooperieren Bauern mit lokalen Biotech-Firmen auf der Basis einer erfolgsabhängigen Bezahlung.

Das Beispiel der kubanischen Biotechnologie ist kein Modell, das der »Dritten Welt« eine Lösung für ihre drängenden Probleme weist. Es ist der Versuch, dem Wirtschaftsembargo des Westens zu widerstehen und diesen mit seinen eigenen technologischen Mitteln zu schlagen. Doch mehr als etwas Zeit für politische Lösungen wird die Biotechnologie Kuba wohl nicht verschaffen können.

Ludger Weß schrieb in KONKRET 12/94 über »Rassenkunde« in den USA

Konkret 01/95, S. 30

Jürgen Elsässer

Lob der Fremdherrschaft

Fünf Jahre nachdem in Afghanistan die Kannibalenparole der nationalen Selbstbestimmung gesiegt hat, eine kleine theoretische Reflexion

Wer erinnert sich nicht an die wilden 80er Jahre, als Sylvester »Rambo« Stallone mit bloßem Bizeps, Stirnband, Pfeil und Bogen gegen sowjetische Kampfhubschrauber kämpfte; als der Grüne Milan Horacek – in ähnlich abenteuerlicher Kostümierung, wenn auch von eher kümmerlicher Statur – mit Mudjahedin am Khaiber-Paß auf liegengebliebenen Panzern der Roten Armee posierte; als Jürgen Reents im Bundestag für das geknechtete afghanische Volk stritt und deswegen Streit mit seinen damaligen Genossen Trampert und Ebermann bekam; als die Friedensbewegung jedes »Amis raus aus Grenada« mit »Russen raus aus Afghanistan« beantwortete; als die Tagesschau täglich die CIA-Geschichten von sowjetischem Giftgas und Spielzeugbomben erzählte?

Kaum war die Rote Armee im Februar 1989 abgezogen, wandten sich Westdeutschlands linke Volksbefreier näherliegenden Betätigungs- und Schlachtfeldern zu. Wer wissen will, wie die Geschichte des nun befreiten Afghanistan weiterging, muß schon die Bürgerpresse bemühen. Die »FAZ« schildert die Zustände, die auch sie herbeigeschrieben hat, recht ungeniert: »Daß Menschen, nur weil sie das falsche Religionsbekenntnis haben, erschossen werden, ist noch das ›humanste‹. Das Quälen von unschuldigen Frauen und Kindern mit anschließender Ermordung in einer Form, wie man sie nur aus Horrorfilmen kennt, ist keine Seltenheit.« Die Korrespondentin der »Zeit« ergänzt: »200.000 Menschen, so fürchten die Vereinten Nationen, werden womöglich den Winter (1994) nicht überstehen. Auf 800.000 ist die Bevölkerung von Kabul geschrumpft, die beim Einmarsch der Mudschahedin vor zweieinhalb Jahren noch über zwei Millionen zählte. Fast unbeschädigt hatte die Hauptstadt dreizehn Jahre Bürgerkrieg überstanden, aber seit dem Sieg der Mudschahedin, die erst einen ›heiligen Krieg‹ führten und nun nur noch auf Macht und Beute aus sind, funktioniert nichts mehr. Der größte Basar Mittelasiens ist nur noch ein Trümmerhaufen, die Front verläuft mitten durch die Stadt. Die Vororte im Süden, Westen und Osten existieren nicht mehr.«

Nach dem Abzug der Sowjets im Februar 1989 hatte sich die nur noch halbherzig von Moskau unterstützte Nadjibullah-Regierung bis April 1992 halten können. Den Sieg errangen die Islamisten allerdings nicht auf dem Schlachtfeld, sondern durch eine Palastrevolte. Seither sitzt Nadjibullah im Keller der UN-Vertretung von Kabul, das Verlassen des Gebäudes käme einem Selbstmord gleich. Es sind im wesentlichen vier Guerillagruppen, die seit 20 Monaten in ständig wechselnden Koalitionen um die Macht in der Hauptstadt und den Provinzen kämpfen: der formelle Präsident Rabbani, der zusammen mit seinem Kommandanten Massud ein Drittel des Landes kontrolliert; die Milizen des Generals Dostam, der im April 1992 Nadjibullah und im Januar 1994 Rabbani verraten und die Seiten gewechselt hat; der Ultra-Fundamentalist Hekmatyar, der frühere Günstling des CIA, sowie die schiitische Hazara-wahdat. Waren sie ursprünglich allesamt unter dem Banner eines internationalistischen Islam angetreten, grenzen sie sich mittlerweile völkisch-tribalistisch voneinander ab: Rabbani und Massud haben ihre Machtbasis unter den Tadschiken, Dostam halluziniert sich als Usbeke, Hekmatyar hat beim Wühlen in der Ethnik die Paschtunen wiederentdeckt. Die vielfältige Kostümierung dient der vielfältigen Unterstützung von draußen: Hinter den Schiiten steht der Iran, hinter Dostam Usbekistan, hinter Hekmatyar Pakistan, hinter Rabbani stehen Rußland, Saudi-Arabien und Indien.

»Ganz sicher ist das Regime in Kabul auch bei vielen auf Zustimmung gestoßen, weil es im eurozentristischen Sinne Teile unserer Wertvorstellungen umzusetzen versucht hat, mit welch mörderischen Mitteln auch immer, anders als die islamischen Mudjahedin, deren Wertvorstellungen wir dort besonders vehement ablehnten. Wir glauben, gesellschaftlich schon viel weiter zu sein, zum Beispiel in der Beurteilung der Rolle der Frauen.« Mit diesen Worten hatten die Bundestags-Grünen ihre Klientel 1988 eingestimmt auf das, was nach dem Abzug der sowjetischen »Eurozentriker« kommen mußte. In der Tat widmeten die Ayatollahs gleich ihre erste Verordnung nach dem Fall von Kabul 1992 ihren deutschen Ehrenmuezzin: Frauen durften sich ab sofort nur noch mit bedecktem Kopf und weiten Hosen in der Öffentlichkeit zeigen. Frauen, die das allzu wörtlich nahmen und glaubten, ein Kopftuch genüge, wurden schnell eines Besseren belehrt. Die neuen Herren bespuckten sie wegen nicht ausreichender Bekleidung, manche schlugen auch zu. Seitdem sind die Frauen von Kabul verschwunden: unter unförmigen, verhüllenden Tüchern, Burqua genannt, oder unterm traditionellen Tschador ihrer Mütter.

Der Gleichheitsgrundsatz aus der früheren Verfassung wurde getilgt, das Recht auf Arbeit und Bildung gestrichen. Die Universität von Kabul, die früher beiden Geschlechtern offenstand, ist geschlossen. Vor den Grundschulen zogen bewaffnete Mudjahedin auf, die die ordnungsgemäße Kleidung der Mädchen kontrollieren, viele Schülerinnen bleiben aus Angst zu Hause. Vierzig Prozent der Behördenarbeitsplätze sind leer, hier waren bis 1992 Frauen beschäftigt. Überall in der Welt läßt sich der Status der Frau an vier Kriterien ermessen, in allen vier Punkten hält Afghanistan den negativen Weltrekord, resümiert Gabriele Venzky, deren Analyse diese Angaben entnommen sind: Drei von zehn Babys erleben ihren fünften Geburtstag nicht, jede zehnte Frau stirbt bei der Geburt ihres Kindes, das Bevölkerungswachstum ist mit 6,7

Prozent dreimal so hoch wie in Indien, der Anteil der Analphabetinnen liegt auf dem Land bei 99, in der Stadt bei 90 Prozent.

Um solche Zustände zu verhindern, war König Zaher Schah 1974 gestürzt worden, hatte eine Koalition unter Beteiligung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) die Regierung übernommen. Als Regierungschef Daud die Annäherung an die USA und den Islam betrieb und der Terror gegen die Kommunisten wuchs, ergriff die DVPA 1978 die Macht allein. Und als der neue starke Mann Haffi Zulaf Amin Kontakte zu den Rebellen Hekmatyars anknüpfte und seinen innerparteilichen Gegenspieler Taraki ermorden ließ, marschierte 1979 die Rote Armee ein und stützte Tarakis Nachfolger Karmal. Hauptinhalt der DVPA-Regierungspraxis war neben der Emanzipation der Frau und einem ehrgeizigen Alphabetisierungsprogramm eine umfangreiche Landreform: Die 5 Prozent der Bevölkerung, die über 50 Prozent des Landes besaßen, wurden enteignet, das durchschnittliche Jahreseinkommen von 270 Mark sollte durch eine gleichmäßige Verteilung von Grund und Boden erhöht werden.

Was westdeutsche Ökopaxe und MLer als »sowjetischen Imperialismus« geißelten, war ökonomisch das genaue Gegenteil: Keinen Rubel hat Moskau aus dem Land am Hindukusch herausgeholt, sondern für die Stabilisierung halbwegs humaner Verhältnisse einen hohen Preis gezahlt. Daß die Machtübernahme der Mullahs 13 Jahre aufgeschoben werden konnte, verschlang Milliarden Rubel aus dem sowjetischen Staatshaushalt und kostete das Leben von 14.454 Rotarmisten. Das »Neue Deutschland«, das es einmal besser wußte, weiß heute, daß diese Soldaten im »unmoralischen Afghanistan-Krieg der UdSSR« gefallen sind.

Doch reden wir nicht über die Peinlichkeiten der anderen, konzentrieren wir uns auf die Leichen im eigenen Keller – die Einschätzungen von Autoren dieser Zeitschrift. Vorausgeschickt sei, daß der Verfasser dieses Beitrages, hätte er sich damals geäußert, wohl kaum weniger daneben gelegen hätte – aber das spendet wohl nur wenig Trost. Wie war es möglich, daß Oliver Tolmein 1989 den Abzug der Sowjets mit der zynischen Parole »Schafft 2, 3, viele Afghanistans« abfeiern konnte? Welcher Wahnsinn hatte Gaby Gottwald gepackt, als sie 1988 postulierte: »Voraussetzung jeder Afghanistan-Diskussion sollte es sein, daß Einigkeit darüber besteht, daß die Sowjets aus dem Land raus müssen?« Und selbst Hermann Gremliza gab 1980 der Meute darin recht, daß »der sowjetische Einmarsch tatsächlich Werte und Normen verletzt, die der Linken teuer sein müssen«. Seine Begründung wird vermutlich heute nicht mehr von ihm geteilt und verdient dennoch gewürdigt zu werden, da sie ins Zentrum der linken Verwirrungen führt: Lenin habe auf dem Dritten Gesamtrussischen Rätekongreß den freien Nationen versprochen, daß sie sich um das revolutionäre Rußland sammeln dürften, »ganz freiwillig, ohne Lüge und Waffen«.

Unter Berufung auf diese und ähnliche Passagen macht seit den Anfängen der kommunistischen Bewegung das dumme Schlagwort die Runde, daß man die Revolution nicht exportieren dürfe. Das ist allerdings nur in dem Falle richtig, den Lenin selbst gar nicht gemeint hat – wenn es um die kommunistische Revolution geht; die muß tatsächlich ein Aufstand der Produzenten gegen Kapital und Arbeit sein, das kann nicht oktroyiert werden. Ganz anders im Falle der bürgerlichen Revolution: Hat nicht Napoleon sehr erfolgreich bürgerliche Verkehrsformen, Menschenrechte und den zivilisatorischen Mindeststandard des Code Civile auf den Spitzen seiner Bajonette nach ganz Europa exportiert? Ist nicht Deutschland das beste Beispiel dafür, daß die bürgerliche Revolution sehr wohl von außen gebracht werden kann? Die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie, die Zerschlagung vorbürgerlicher Autoritätsstrukturen und der sie tragenden junkerlich-militaristischen Eliten wurde durch den Sieg der Alliierten in den beiden Weltkriegen durchgesetzt oder auf Grundlage dieser Siege verordnet.

Leider ist es so, daß die kapitalistischen Staaten nur in ihrer Frühphase oder in historischen Ausnahmesituationen wie der Bedrohung durch den deutschen Faschismus willens waren, die Prinzipien der französischen Revolution auch außerhalb ihrer direkten ökonomischen Interessenssphäre durchzusetzen. Im allgemeinen herrschte in den Kolonien und Halbkolonien eben nicht der von den Ökopaxen und linken Schamanen geschmähte Eurozentrismus der Menschenrechte, sondern eine modernisierte Sklavenhaltergesellschaft. Zur Eindämmung der Roten Gefahr wurden von Reza Pahlevi bis Pinochet die blutigsten Diktatoren gestützt und, als auch das nichts mehr nützte, schließlich bedenkenlos jene Geister gerufen, die sich heute gegen die westliche Welt selbst wenden. Saddam Hussein, die Hamas, die iranischen Mullahs – allesamt Zombies, gezeugt in den Giftküchen der westlichen Geheimdienste oder gefüttert vom militärisch-industriellen Komplex. Die afghanischen Mudjahedin äschern Städte und Dörfer heute mithilfe der Stinger-Raketen ein, die ihnen die CIA geliefert hat.

Der Export der bürgerlichen Revolution wurde in der Zeit der Bipolarität eher von der Sowjetunion betrieben: Die weltweit von ihr unterstützten Befreiungsbewegungen setzten nirgends die Herrschaft der Produzenten oder eine gebrauchswertorientierte Wirtschaft durch, erreichten aber von Angola über Vietnam bis Kuba wenigstens eine korporativistisch gestützte Balance von Arbeit und (Staats)kapital, den medizinischen und juristischen Schutz der Proletarier im Ausbeutungsprozeß und die annähernde Gleichberechtigung der Geschlechter. Zugespitzt könnte man sagen: Soziale Marktwirtschaft und Zivilisation gab es auf der Südhalbkugel nur im sowjetischen Einflußbereich.

Mit der Implosion des Sowjetblocks verloren die nationalen Stützpunkte dieses Zivilisationsmodells ihren Rückhalt und mußten Zug um Zug vor ihren barbarischen Gegnern kapitulieren. Die afghanische DVPA benannte sich mit dem Abzug der Sowjets in Heimatpartei um, konvertierte zur Verteidigung islamischer Werte und bot den Mudjahedin eine Teilung der Macht an. Ähnliches kann man in Algerien und im autonomen Westjordanland beobachten: Progressive Kräfte wie Militärjunta und PLO versuchen, die Fundamentalisten durch Konzessionen zu schwächen. Daß das in Algier und Jericho anders endet als in Kabul, darf bezweifelt werden.

Ob die Uno als ideeller Gesamtimperialist die Rolle des Zivilisationsbringers substituieren kann, die die UdSSR gespielt hat? Die das hoffen, sind im wesentlichen dieselben Leute, die sich ihre heutige Reputation durch wütenden Antisowjetismus erkauft haben. Auch ein Blick auf die Uno-Aktionen der letzten Jahre zerstört solche Illusionen: Auf dem Balkan griff sie nicht ein, um das multikulturelle Jugoslawien zu schützen, sondern seine Totengräber; in Somalia ging es um eine Publicity-Aktion für die USA vor den Scheinwerfern von CNN, die außer als Staffage für den ersten Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr nichts getaugt hat; in Ruanda wurde nicht der Völkermord der Hutu-Faschisten verhindert, sondern deren Rückzug gedeckt; in Haiti die Macht der Macheten-Militärs nicht gebrochen, sondern als Gegengewicht zu Aristide konserviert.

Was als Zufälligkeiten oder Startschwierigkeiten des Weltpolizisten interpretiert wird, ist Ergebnis einer weltwirtschaftlichen Tendenz: Der Waren- und Kapitalverkehr reduziert sich zunehmend auf den Austausch zwischen den Metropolen, die Peripherie wird abgeschrieben – warum sollte man in deren demokratisch-humanistische Grundausstattung noch etwas investieren? So anfällig für Sentiments, wie der sowjetische Staatskapitalismus es war, ist der gewöhnliche Imperialismus nicht.

So wenig die Linke auf die Chimäre von den zivilisierenden Interventionen des ideellen Weltimperialisten Uno hereinfallen darf, so sehr muß sie mit Lenins prinzipieller Ablehnung von Annexion und Fremdherrschaft brechen. Der vernünftige Fremde ist der Verbündete im Kampf gegen die Verrückten zu Hause, seine Einmischung prinzipiell wünschenswert, das Nähere bestimmt der konkrete Einzelfall. Wäre das sozialistische Element in der IRA nicht völlig durch das nationale paralysiert, würde Gerry Adams den Anschluß an das Mutterland von Rolling Stones und Minirock propagieren – statt für die völkische Einheit mit Abtreibungsgegnern und religiösen Fanatikern Reklame zu machen. Und die Kommunisten in der PKK hätten von einem Bündnis mit den laizistischen Teilen des türkischen Militärs Besseres zu erwarten als von den Gegnern beider, den Mullahs und Muftis.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 12/94 über die PDS im Bundestag

Konkret 01/95, S. 33

Horst Toma□ er

Toma□ ers ehrliches Tageb□ ch

Wenn im Dezember im proteinarmen Zwielicht der Jahrausverkaufszeit die Schilddrüsenunterfunktionsstürme um Depress-Eiländ toben und drohn, unsereinen, den von den Wirkkräften der Saison auf die unwirtlichste Scholle des neurasthenischen Archipels Verschlagnen, in die von haushohen Plagenwogen beunruhigte See zu steßßen, dann hält man sich nicht nur nicht lange, sondern erst gleich gar nicht auf mit dem mal kerzengraden/mal gekräuselten Elend geschweig daß man nach einem (alles!) verhüllen mögenden Schlafsack winselt; sondern man greift sich, und zwar fröhlich pfeifend, den famosen Thomas Carlyle und weiß schon wieder, was sich (»Eine Probezeit ist Dir gegeben; nie wirst Du eine zweite haben. Ewigkeiten werden dahinrollen, aber Dir wird keine zweite Probezeit vergönnt sein«) schickt, nämlich: Arbeiten und nicht verzweifeln. Denn: »Gesegnet ist, wer seine Arbeit gefunden; möge er keinen anderen Segen verlangen. Gleich einem frei fließenden, mit edler Kraft durch den sauren Sumpf des Menschendaseins gezogenen Kanal, gleich einem sich immer tiefer waschenden Strome führt er nach und nach selbst von der Wurzel des fernsten Grashalmes das saure, eiternde Wasser mit sich fort und verwandelt den pestilenzalischen Sumpf in eine grüne, fruchtbare Wiese mit ihrem klar fließenden Strome.« Und schon gehts los:

Lob des Kerpeners

Alle Jahre wieder müssen so viel tausend deutsche Raser sterben

Weil sie ihren VW Veilchen oder ihren Opel Popel oder ihren Daimler Dödl nicht beherrschen

Und sie sterben aufgeprallt mit hundertsiebzig KmH im Gurte hängend teils zerquetscht und teils vom Feuer unter ihren werten Ärschen

Und die Raserwitwen und die Raserwaisen scharrn sie auf dem Menschenschrottplatz ein wo sie dann restverderben.

Du jedoch o Schumi auf in Kurven glühndem Gummi bleibst wohlauf im Rennen

Wrrrm Wrrrm brausest du asbestbeschirmt vorüber an den Werbebanden hinter strohnen Ballen

Millionen deutschen Rasern an der Glotze zum Entzücken respektive zu Gefallen

Und du Sieger du du spritzst aus Magnumpullen Schaumwein auf die unter dir placierten und die Pistengroupies und du lächelst Hohn dem Sichbeimüberholenüberschlagen und dem in der Kanzel des Boliden wie ein Streichholzkopf Kurzmaverbrennen.

Randvollen Tanks und Schadlastmindrung wegen bis auf Null entleerter Blase

Fährst du schlichten Sprit in Seinssinn wandelnd wenn auch nicht grad leise

Boxenstops und Kollisionen meidend einfürallemal im Kreise

Für Deutschlands Wrrrmwrmmmruhm und deine goldne Nase

Gebenedeit sei 50171 Kerpen die von A4 und A61 durchkreuzte sympathische kleine rheinische Stadt

Die einen so meisterlich deutschen Raser hervorgebracht hat

Honorable Mister Reagan, dear Ronald!

We are shudderd about your Open Letter to the US-Nation and the World. By Lord, we deal the meaning about your housedoctors diagnosis: Alzheimer is no fun. Else yesterday high by horse – today to stupid to shab the Beard. What a beautiful brain had you, and what so fine things brought you on the way with this Fourpoundorgan for the wellness of the american folks and the whole menhood, you know (ou, excuse, we forgot, that you can't remember). But we, the International worker-, Farmer-, Women- and Coloured Class, tell at our Stammtables always always again with lighty eyes from your mightiest brainstorm: The war of the stars (starring: Stares and Stripes versus Communism). Ou with how much pleasure would we see this most entertaining spectacle, but you have not enough money for the rockets and so died the project in children shoes. Your Brain, Mister President out of desc, is dead like a bathmushroom, but in our heart, dearRonnie, are you living far far away, maybe – in eternity. Till the days, good boy...

Herr Handke!

In Ihrem jüngstn dickstn und poetschstn Werk da steht et

schwarz auf weiß wie Sie, Herr Handke, dem Herrn Marcel Reich-Ranicki wieder einmal übel nachgeredet

Hinwiedrum hört von Ihnen man, Herr Reich-Ranicki, daß die Invektiven des Herrn Handke, die Ihrn Namen zu entweihen

Trachteten besonders schlecht geschrieben seien

Bihac umzingelt, Ruanda Schädelstätte. Der Kaukasus in Flammen

Und Sie bekriegen liter*ar□sch*r Pienatz wegen sich aufs prätentiöseste, ich frage: Ham Sie alle noch beisammen?

In den existentiellen Knackpunkten (Amore, Festgeld, Tod) sind Sie doch d'accord, total übereinstimmen Sie auch in Ihrer beider Forderung nach der Wiedervereinigung von Umwelt und Welt und des sofortigen Stop des Vormarsches der Aushöhlung der geschriebenen Sprache seitens der Elektronik. Das ist ein Haufen Gemeinsamkeit. Aber statt damit zu pfunden, nerven Sie Ihre Fans mit postpubertären bzw. präsenilen Silbensticheleien.

Herr Handke! Sie sind der Jüngere. Sie sind in der Pflicht des ersten Schritts. Laden Sie Herrn Reich-Ranicki ins Cafe Niemandsbucht ein. Und Sie, Herr R. R., schlagen Sie den Versöhnungsschoppen nicht aus. Freunde sollt ihr werden itzo auf der Erden.

Geehrte Kinofreundin, geehrter Kinofreund!

In Hans Christoph Blumenbergs Budget-low / Filmkunst-high-Thriller »Rotwang muß weg« darf ich den ehemaligen (tennisnärrischen) BKA-Mann Bruno Budnikowski geben, der sich als Würstelbrater durchschlägt und in die Ermordung eines Treuhand-Chefs involviert wird. Und da wollt ich Sie unauffällig fragen, ob Sie sich diesen Film nicht mal anschauen wollten, in Ihrem Programmkino. Hier sehen Sie links Partnerin Patricia Thielemann sowie meine W'keit in »Brunos Bruzzlbude«:

Konkret 01/95, S. 34

Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow

»Vorwärts durch alles«

Vieles spricht dafür, daß die chauvinistischen Ambitionen des wieder einmal größeren Deutschland mit Hilfe einer staatlichen Tarnorganisation umgesetzt werden, die bereits Kaiserreich, Weimarer Republik und NS-Regime subversiv zu Diensten war. Heute wie damals arbeitet der angeblich private »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) als Vorfeldorganisation einer hegemonialen Außenpolitik. Von der Bundesregierung finanziell großzügig ausgestattet, hat er zur Zeit vor allem in der ehemaligen Sowjetunion alle Geldkoffer voll zu tun

»Ein Tabu, das nicht mehr existiert«

Am Montag, dem 12. Februar 1990, erreichte die soeben fertiggestellte Kabinettsvorlage für den Nachtragshaushalt des erst sechs Wochen alten Jahres das Ende des Bonner Ministerienumlaufs. Obwohl Kabinettsvorlagen Chefsache sind und gewöhnlich eine Serie letzter telefonischer Abstimmungen, mittäglicher Änderungssessen sowie vorbeugender Aktenvermerke auslösen, galt an diesem Tag das Interesse selbst routinierter Umlaufempfänger einem anderen, wahrlich wichtigeren Ereignis. Es hatte sich am späten Samstagabend zugetragen, war am Sonntag in den Nachrichten gewesen und nun, schwarz auf weiß, zur Gewißheit geworden: In nebulösen Worten kündigte die Sowjetunion die Löschung der Beschlüsse von Jalta und ihren Rücktritt vom Potsdamer Abkommen an. Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten verschwand. Die europäische Nachkriegsordnung wankte.

Im Luftzug ihres vorstellbaren Zusammenbruchs sah das politische Bonn die deutsche Teilung in Trümmer fallen. Ein Traum schien wahr zu werden. Seine jahrzehntelang aufgestauten Verheißungen legten sich konkurrenzlos über den Nachrichtenalltag – so auch über jene 27,5 Millionen Mark, die übermorgen, am 14. Februar, im Bonner Kanzleramt dem aktuellen Gesamthaushalt des Innenministeriums zugeschlagen werden und nach dem Willen der Bundesregierung der Unterstützung der »Deutschen in den Aussiedlungsgebieten« dienen sollten, »die dort Nachteile erleiden«.

Die Etatwidmung unter Ziffer 68401-249 ließ alle prinzipiellen Fragen offen. Vor allem aber barg sie ein Geheimnis, welches im Parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt, einerseits Privatperson, andererseits Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, seinen organisierten Ausdruck fand. Dieses Geheimnis legierte die offiziellen mit den unausgesprochenen Interessen des westdeutschen Staates, der beim gerade freigegebenen Sprung von seinen Nachkriegsgrenzen auf kommende Ufer nicht zögerte. Unter Eingeweihten wurde das Geheimnis mit drei Buchstaben abgekürzt: VDA.

Als »Verein für das Deutschtum im Ausland« unter Ziffer 5543 vom Amtsgericht München registriert, angeblich privat, selbstredend steuerbegünstigt, konnte sich der VDA nach einer langen und verschwiegenen Karriere in diesen Tagen am vorläufigen Ziel seiner Wünsche fühlen. Von der deutschen Öffentlichkeit wurde er so wenig wahrgenommen wie die 27,5 Millionen des Nachtragshaushalts. Dabei hätte ein Blick auf mögliche Zusammenhänge sehr gelohnt – auch wegen der sorgenvollen Überlegungen, die man im westlichen Ausland zur deutschen Vereinigung anstellte. Der Zusammenhang war zumindest optisch offenbar. Zwischen der unscheinbaren VDA-Zentrale im Bonner Vorort St. Augustin, Kölnstraße 76, und Horst Waffenschmidts Hochhausbüro beim Bundesminister des Innern, auf der anderen Rheinseite, bestand an klaren Tagen beinahe Sichtverbindung. Der nahe Kontakt entsprach den materiellen Verhältnissen. Denn zuallererst ihm, dem »Verein für das Deutschtum im Ausland« wurden die Regierungsmillionen ausgezahlt. Auf VDA-Konten parkten immer größere Steuersummen, bevor sie in Osteuropa weniger »Bleibevorhaben« als vielmehr strategischen Maßnahmen zugute kamen – merkwürdigen Operationen, die sich »Inselbildung« oder »Brückenschlag« nannten und von östlichen Beauftragten, ja von ganzen VDA-Niederlassungen angeleitet wurden.

Der privat auftretende VDA agierte dabei nicht nur in Osteuropa, er arbeitete weltweit: in Belgien ebenso wie in den USA, in Chile nur wenig anders als in Namibia. Mit deutschsprachigen italienischen Staatsbürgern aus Südtirol, mit Österreichern und Dänen waren seine Führungszirkel alldeutsch besetzt. Seine Analysen der regionalen Wirtschaftsverhältnisse konnten deutschen Unternehmen nutzen, seine Pflege einflußreicher Gesellschaftsbeziehungen bei der Spionage deutscher Auslandsagenten hilfreich sein. Aus dieser vielschichtigen, vorgeblich privaten, jedenfalls höchst staatstreuen Tätigkeit erwuchs die Erklärung für den vermeintlichen Verzicht der deutschen Regierung (»Entscheidung zum Verbleib in den Aussiedlungsgebieten unterstützen«) auf ihre potentielle Aussiedlerklientel: Würde diese innerhalb der deutschen Grenzen nur sozialen Sprengstoff anhäufen, so konnte sie außerhalb die Grundlage weltweiten Handelns sein. Abgewandelt betraf dies sämtliche Auslandsdeutschen, die in anderen Staaten als Minderheiten lebten, nach ungesicherten VDA-Zählungen 15 bis 20 Millionen. Mit dem größeren Deutschland, das man immer erhofft und seit der Moskauer Perestroika für möglich gehalten hatte, sollte auch das Beziehungsgeflecht wachsen, welches diese Deutschen in aller Welt verband. Herkunftsbewußt, aber unter Anpassungsdruck wie jede Minderheit, empfanden sie ihre politische Lage oft als prekär und wünschten sich die Protektion ihrer einstigen Heimat. Zwischen ihnen und dem deutschen Staat brauchte es einen balancierenden Mittler, der als privat auswies, was offiziell nicht gewagt, weil diplomatisch folgenreich werden

konnte. Mit anderen Worten: Man bedurfte einer erfahrenen Tarnung für die auswärtige Minderheitenpolitik. In dem wie zufällig bereitstehenden »Verein für das Deutschtum im Ausland« war zum Abschluß der Maßnahme nur noch ein lebendiges Scharnier einzusetzen, damit die staatliche Kontrolle allzeit gewährleistet blieb – eine Person wie Dr. Horst Waffenschmidt war vonnöten.

Im Oktober 1989, die Mauer hatte bereits Risse, begann der Parlamentarische Staatssekretär, die höheren Ränge des VDA zu erobern. Vorgeblich nur als Privatmann wurde Waffenschmidt umstandslos in den VDA-Verwaltungsrat gewählt, wo ihm die Finanzen offenlagen – neben nicht unbedeutenden, aber vergleichsweise geringfügigen Beträgen der 18.000 Vereinsmitglieder und Förderer Millionensummen aus dem Etat für die Auslandsdeutschen. Da diese Mittel u. a. dem Bundesministerium des Innern entstammten, verwaltete der Privatmann Waffenschmidt in seiner Freizeit Vereinsgelder, die er in seiner Arbeitszeit als Aussiedlerbeauftragter eben jenem Verein zukommen ließ – eine mehr als merkwürdige Interessenkollision, die den Staatsanwalt hätte auf den Plan rufen müssen, wäre es nur um die juristische Person Waffenschmidt gegangen. Daß davon keine Rede sein konnte, ergab sich aus anderen Überschneidungen zwischen VDA, Bundesregierung und deutscher Ministerialbürokratie. Auffällig häufig entwickelten 1989 hochrangige Mitglieder des Auswärtigen Amtes eine Vorliebe für den Deutschtumsverein, ganz als wollten sie – ihre engen beruflichen Verbindungen wie zufällig verlängernd – einander unbedingt bei VDA-Treffen begegnen. So nahm der Legationsrat 1. Klasse und Referent des Historischen Archivs des Auswärtigen Amtes, Dr. Ludwig Biewer, im obersten VDA-Gremium an der Seite von Horst Waffenschmidt Platz. Biewer mußte nicht lange nach Angehörigen des Auswärtigen Amtes suchen. Gerade in seine neue Funktion gewählt, traf er im VDA auf Dr. Barthold Witte, eine ihm dienstlich wohlbekannte Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes, die dem Verein programmatisch die Zukunft wies. Witte, Abteilungsleiter für auswärtige Kulturpolitik, gab im Oktober 1989 zu VDA-Protokoll, daß der außenpolitischen Rücksichtnahme auf die NS-Zeit nun endgültig die Stunde geschlagen habe: »Die Deutschen im Ausland – ein Tabu, das nicht mehr existiert«.

Eingedenk dieser Wegweisung leistete im VDA-Verwaltungsrat auch Dr. Karl-Heinz Hornhues Arbeit, mit Witte und Biewer gut bekannt durch seine Tätigkeit im Ausschuß »Auswärtige Kulturpolitik« des Bundestages, jener parlamentarischen Institution, welche die zum VDA weisenden Ministerialbeziehungen im Auswärtigen Amt eigentlich hätte für auffällig halten müssen. Doch statt Kontrolle herrschte Personalidentität. Zwischen VDA und Auswärtigem Amt waren offenkundig ähnliche Fäden gezogen, wie sie auch zu Waffenschmidt und dem Innenministerium reichten. Dieser inneren Verknüpfung der Behörden stand die VDA-Mitgliedschaft zumindest eines Bundesministers zur Seite, des stets sympathisch lächelnden Leiters des Bonner Bundespresseamtes, Hans Klein. Und der wiederum wußte an höherer, an sozusagen allerhöchster Stelle ebenfalls einen VDA-Förderer sitzen: im Amt seines sudetendeutschen Landsmanns Horst Teltschik den Bundeskanzler Helmut Kohl. Wer wollte bei solchem Gleichklang zwischen VDA, Bundesregierung und Ministerialbürokratie den privaten Charakter des Vereins noch für glaubhaft halten? Privat waren allenfalls die wirtschaftlichen Interessen der in den VDA-Reihen wirkenden Industrievertreter von Rodenstock bis Heitkamp. Ansonsten funktionierte der VDA als ein staatliches Instrument deutscher Außenpolitik, gleich, wie man diese Funktion tarnte, juristisch verbrämte und gegenüber dem Ausland im unklaren ließ.

Die Vernebelungsmethode hatte in Bonn Tradition. Immer wieder benutzte der Regierungs- und Ministerialapparat Vereine als Deckmäntel, unter denen amtlich verborgene Absichten finanziert wurden, wie sie zum Beispiel das Bundesverteidigungsministerium verfolgte. Aber die deutsche Öffentlichkeit behandelte diese Übergriffe mit dem sportlichen Amüsement, das bei Verkleidungskomödien angebracht wäre, statt einen grundsätzlichen Angriff der staatlichen Macht auf die gesellschaftliche Sphäre zu erkennen. Wenn nicht mehr zu identifizieren ist, wo die regierenden oder verwaltenden Interessen auf das öffentliche Leben einwirken, ja wenn man befürchten muß, die Gesellschaft sei durch vermeintlich staatsferne Organisationen amtlich gesteuert, wird sich die Gewaltenteilung in behördliche Willkür auflösen: So etwa hatte die Nachkriegslehre gelautet, die von den Alliierten der westdeutschen Öffentlichkeit ins Stammbuch geschrieben worden war. Seitdem trieben bundesdeutsche Ministerien mittels unzähliger Deckadressen ihr Unwesen, ohne daß es gelang, nach dem jeweils letzten Enttarnungsskandal eine Wiederholung auszuschließen.

Und doch unterschied sich der Einsatz des VDA von allen anderen Fällen staatlicher Tarnarbeit, die außerhalb der Geheimdienste in der Bundesrepublik vonstatten ging: Die Täuschung richtete sich nicht vorrangig gegen die deutsche Öffentlichkeit, sie zielte auf Interessen jenseits der Grenzen, wo Deutschland, am Vorabend seiner kommenden Größe, auf vielerlei Möglichkeiten vorbereitet sein wollte. Das Tabu der auswärtigen Minderheitenpolitik, hatte Ministerialdirektor Witte vor dem VDA gesagt, existiere nicht mehr. Aus dem Munde des Mannes aus dem Auswärtigen Amt klang diese Entgrenzung deutscher Vergangenheit wie ein Fanfarenstoß. Er rief zur Neubestimmung der deutschen Rolle in der Welt, und wie schon mehrmals in diesem Jahrhundert sollte dem VDA die Verstärkung, den Auslandsdeutschen das Echo obliegen. Bundesregierung und Ministerialbürokratie nahmen hin, daß die Aufdeckung ihrer VDA-Option weltweite Erinnerungen wachrufen würde, die mit dem identischen Namenskürzel »VDA« verschmolzen waren: an Subversion und Verbrechen in der Tschechoslowakei und in Polen, in Rumänien und der UdSSR, in den Niederlanden, Frankreich und in den USA – überall, wo sich der deutsche Nationalismus deutscher Minderheiten bedient hatte, um im Schatten ihres angeblichen Schutzbedürfnisses seine internationalen Herrschaftsansprüche auszubreiten. Vierzig Jahre nach der von

Deutschen verursachten Katastrophe nunmehr erneut und unter der identischen Bezeichnung im Ausland getarnte Minderheitenpolitik zu betreiben, dies war eine gesteigerte Qualität des neuen Bonner Machtbewußtseins.

Abgesehen von der nur taktisch korrigierenden FDP fand sich keine Opposition zu seiner Mäßigung. Glaubten weite Teile der Sozialdemokratischen Partei, bei der Verhinderung auslandsdeutscher Masseneinwanderungen gehe es lediglich um die soziale Stabilisierung der Bundesrepublik, so hielten die Grünen das Thema für erledigt, sofern ihre Sorge um die Einschleusung konservativer Wählerstimmen aus Osteuropa beruhigt wurde. Die Regierung tat ihnen (vorläufig) den Gefallen, ebenso wie sie die SPD mit dem durchsichtigen Versprechen einband, an einem staatstragenden Konsens teilnehmen zu dürfen. Ohne daß den Beteiligten der parteiübergreifenden Interessenkoalition ihr eigener Anteil ins Auge fiel, förderten sie gemeinsam den Durchbruch einer über Jahrzehnte rekonstruierten Handlungsvariante nationalistischer deutscher Außenpolitik.

Vor einer überdimensionierten schwarz-rot-goldenen Fahne sitzend und auf der Büroablage einen pietistischen Sinnspruch im Blick (»Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln«), konnte Horst Waffenschmidt den Kabinettsentscheidungen am 14. Februar 1990 beruhigt entgegensehen. Die Gesetzesvorlage war wasserdicht. Gemeinsam mit den Herren vom Auswärtigen Amt ließ sich der VDA-Abschlag, informell als »Bleibehilfe« bekannt, im Nachtragshaushalt unschwer vertreten. Die Zusatzmittel in Höhe von 27,5 Millionen Mark steigerten den Gesamtbetrag der Etatziffer 68401-249 auf insgesamt 43 Millionen. Auch das Auswärtige Amt zahlte seinen Teil. Aus der gemeinsamen Summe würden Dutzende Millionen in VDA-Projekte nach Osteuropa fließen, wo die deutschen Minderheiten, an strategischen Orten konzentriert, ökonomisch neu gegliedert und politisch verpflichtet, der zukünftigen Bonner Steuerung harrten. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär und Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, konnte dem Verwaltungsratsmitglied des privaten »Vereins für das Deutschtum im Ausland«, ebenfalls Horst Waffenschmidt, herzlich gratulieren.

»Unter Führung Deutschlands«

Als im Morgengrauen des 1. September 1939 deutsche Soldaten polnische Grenzbarrieren in den Boden rammten und von Norden, Süden und Westen auf Warschau zumarschierten, wurde der neue VDA-Vorsitzende von geopolitischen Hochgefühlen übermannt. Die Eröffnung des zweiten Krieges, den Deutschland binnen weniger Jahrzehnte gegen den Rest der Welt zu führen gedachte, begrüßte Karl Haushofer, der Intimfreund des Hitler-Stellvertreters Heß, als Heldengang »von selten erhörter Größe, Weltweite und Wucht«. Die Vernichtung Polens, zu der die UdSSR ihre Zustimmung gegeben hatte, würde nur der Anfang sein. Endlich konnte die vom VDA seit Jahrzehnten geforderte Rassenpolitik auf dem Territorium des europäischen Ostens in die Praxis umgesetzt werden.

Um das Stammgebiet der pangermanischen Berufung systematisch zu erschließen, erließ das »Rassepolitische Amt der NSDAP« unmittelbar nach Kriegsbeginn Richtlinien über die »Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassepolitischen Gesichtspunkten«. In ihnen rangierte der Reflex auf die ewige deutsche Untertänigkeit an erster Stelle: »Bei allen Maßnahmen zur Besiedlung der neuen Ostgebiete ist zunächst zu berücksichtigen, daß sich das Deutschtum dieser Provinzen als die natürliche Herrenschicht dem Osten gegenüber empfindet.« Aber nicht jeder dem »Deutschtum« Angehörige war berechtigt, der Staatsangehörigkeit des Reiches teilhaftig zu werden. Damit die »natürliche Herrenschicht« von minderwertigen Einflüssen gereinigt würde, mußte sie sich die Einordnung in vier Merkmalsgruppen gefallen lassen. Für Gruppe 1 waren Nationalisten und Nationalsozialisten vorgesehen, für Gruppe 2 Personen, die »ihr Deutschtum bewahrt«, jedoch als nationale Kämpfer nichts vorzuweisen hatten. Angehörige dieser Gruppen durften die sofortige deutsche Staatsangehörigkeit beanspruchen. Wer hingegen der 3. Gruppe zugeschlagen wurde, mußte sich erst bewähren, da er zwar über »deutsches Blut« verfügte, aber wegen zu großer Anpassung an seine polnische Lebensumgebung auffiel. Ihm wurde die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf verliehen. Angehörige der 4. Gruppe galten als eingliederbar, obwohl sie sich »mit fremdem Volkstum stark eingelassen« hatten, sofern eine Zwangseindeutschung absolviert wurde. Bei Widerstand oder offenkundiger Rassefremdheit war für Personen der Gruppe 4 Deportation in ein Konzentrationslager vorgesehen.

Die blutspolitische Klassifizierung nach diesen Grundsätzen der »Deutschen Volksliste« rundete den rassistischen Charakter des »Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes« von 1913 ab, differenzierte das »Reichsbürgergesetz« von 1935 und erfüllte die Anforderungen, die der VDA stets an das von ihm vertretene »Deutschtum« gestellt hatte. Rasserein thronte es über seinen Sklaven, über jenen, die nicht einmal der Kategorie 4 würdig waren: Polen und jüdische Bürger gleich welcher Staatsangehörigkeit. Die Menschen, deren Land die deutschen Armeen überfallen hatten, beschied das »Rassepolitische Amt« der NSDAP: »Assimilierte Polen, selbst dann, wenn sie zuverlässig deutsch erscheinen, sind grundsätzlich vom Broterwerb ausgeschlossen.« Der Broterwerb war jenem »Deutschtum« vorbehalten, das der VDA von Anbeginn in eine nationalistische Frontstellung gebracht hatte und das er nun zur Germanisierung Polens bereithielt. »Neben den aus dem Reich nach Osten kommenden oder zurückströmenden Schichten ist mit Siedlern zuerst aus den Kreisen der Baltendeutschen und der Deutschen aus Restpolen und den zu Rußland gekommenen Ostgebieten zu rechnen ... Aus Nordamerika wird es sich dabei hauptsächlich um solche Deutsche handeln, die selbst aus Ostdeutschland oder

Osteuropa stammen ... Eine größere Rückwanderungswelle ist aus Kanada zu erwarten. Aus Südamerika liegt bereits die Nachricht vor, daß eine große Anzahl von Rußlanddeutschen aus Argentinien den Wunsch hat, in Neu-Ostdeutschland angesiedelt zu werden.«

Die Daten für den geplanten Menschentransfer konnten bei der vom VDA reorganisierten »Hauptstelle für auslandsdeutsche Sippenkunde«, spezielle Informationen über Nordamerika bei dem USA-Spezialisten des VDA abgefragt werden. Die Pläne sahen vor, insgesamt 6,6 Millionen Polen aus den einverleibten Gebieten zu vertreiben und 1,5 Millionen Menschen »umzuvolken«. Es war folgerichtig, daß damit die pangermanische Organisation des SS-Führers Himmler betraut wurde, der ab sofort als »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« zeichnete. Spätestens jetzt offenbarte die großdeutsche Rassenlehre die ihr innewohnende Handlungsenergie: Die »großen Kriegszüge gegen die Slawen« begannen. Über »die volksdeutsche Rückwanderung und Umsiedlung« äußerte sich Himmlers Arbeitsstab im Ton unüberbietbaren Größenwahns: »Bei der zur Zeit in Gang befindlichen Umsiedlung handelt es sich um die gewaltigste staatsgelenkte Völkerwanderung aller Zeiten.« Ihr lag die geopolitische Anschauung zugrunde, »daß ein Recht auf denjenigen Boden bestehe, den ein Volk zu bebauen in der Lage sei, und daß ein Volk das Recht habe, den Boden in Einklang zu bringen mit seiner Bevölkerungszahl«.

An den Folgen dieses vorgeschichtlichen Rechtsguts arbeitete Max Hildebert Boehm. Erst VDA-Rechtsextremist im Dienst des Weimarer Außenministeriums, im NS-Staat mit einer »fremdvölkischen Parasitenschicht« und der »Judenfrage« beschäftigt, machte sich Boehm Gedanken über die »Massenumvolkung« oder »Umschmelzung«. In der Werkstattsprache verdinglichter Menschenverachtung begrüßte Boehm die »Umsiedlung von Volkssplittern zur Bereinigung der Völkerbeziehungen« und wünschte den auslandsdeutschen Kolonisten »gemeinsames Kampferleben ... im Schoße der alten Urväterheimat«, wo sie »Volksgenossen im großen Reich« werden sollten.

In Erwartung weiterer Eroberungen ging der zu dieser Zeit »Volksbund für das Deutschtum im Ausland« genannte VDA auf die Suche nach europäischem Personal, mit dem sich die zukünftigen Herrschaftsgebiete unter Kontrolle halten ließen. Dabei stieß der VDA-Geschäftsführer Minke auf die »schon absolut großgermanisch denkenden Führer« verschiedener Nationalitäten, die einem deutschen Europa nicht abgeneigt waren. »Wir haben so starkes Vertrauen bei diesen geistigen und politisch schöpferischen Köpfen Skandinaviens, Hollands, Flanderns, Luxemburgs, Lothringens, Burgunds, Elsaß' und der deutschen Schweiz, daß sie sich in den Aussprachen mit uns ganz erschlossen und von kleinerem staatlichen oder großniederländischen Denken zu großgermanischem Denken ausweiten ließen.«

Bei der Jahrestagung des VDA im Oktober 1940 fielen für einen kurzen Augenblick einige Schlaglichter auf dieses Netz, das Hans Steinacher, der erste VDA-»Reichsführer«, im Vorkriegsdunkel diverser »Botenfahrten« seiner nationalsozialistischen Zwischenträger geknüpft hatte. In ihm zappelten Vertreter deutschstämmiger Minderheiten mit französischem, niederländischem, dänischem oder jugoslawischem Paß. Jetzt führte der VDA seinen weiterhin verdeckten Auftraggebern im Auswärtigen Amt und in Himmlers SS die internationalen Kollaborateure der zukünftigen germanischen Herrschaft vor: »die gesamten Volksgruppenführer des Südostens, jene erwähnten Vertreter des Westens und des Nordens und eine entsprechende Elite des Ostens ... mit einem einmalig großen und stolzen Kreis des Großreichs«. Selbst »wenn es kein Deutschtum im Ausland mehr geben sollte, das noch draußen zu betreuen oder heimzuführen ist«, wagte Karl Haushofer schon einen Blick in die fernere VDA-Zukunft, gelte es, »diesen Schatz von außeramtlicher (!) Erfahrung gebrauchsfertig und lebendig« zu erhalten. Den »Volksbund« sah die Führungsspitze zu einem »Großgermanischen Kampfbund« wachsen, dessen Leitruf durch »die Vereinigten Staaten Europas unter Führung Deutschlands« erschallen sollte: »Vorwärts durch alles«. Noch »vor den endgültigen Schritten zur Aufrichtung des großen neuen Volksverbandes« bat Karl Haushofer um ein vertrauliches Gespräch beim »Reichsführer SS«, dessen pangermanische Phantasien die Legenden der Geschichte nachvollzogen: »Nach dem Großdeutschen Reich kommt das germanische Reich, dann das germanisch-gotische Reich bis zum Ural, und dann vielleicht dazu auch noch das gotisch-fränkisch-karolingische Reich.«

Himmlers befremdlich erscheinende Vorstellungen variierten nur unwesentlich, was vor ihm längst andere entwickelt hatten. War die Rassegrundlage deutschen Herrschaftsverlangens von sämtlichen VDA-Vorständen gepriesen worden, so kannte man die in Aussicht genommenen Territorialbesitzungen aus den Kriegszielforderungen der kaiserlichen Armee. Der VDA hatte ein Europa unter deutscher Führung bereits im 19. Jahrhundert gefordert. Himmlers Pangermanismus bündelte jenes Material, das seine Urheber von Generation zu Generation durch die deutsche Geschichte trugen. Bei den vertraulichen Gesprächen mit Haushofer herrschte Übereinstimmung.

»Eine deutsche Untergrundbewegung«

Nachdem das US-State Department 1943 zu dem Schluß gekommen war, beim »Verein für das Deutschtum im Ausland« handele es sich um eine »pseudo-independent agency«, die von »Pan-Germanists« gesteuert werde, verboten die Alliierten den VDA mit Gesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945. Nicht einmal zwei Jahre später betrieben die VDA-Führer den Wiederaufbau der Organisation und konspirierten ab 1949 mit den Spitzen des Bonner Staates.

Im Sommer 1952 konnten die Vorbereitungen abgeschlossen werden. Das erste große VDA-Treffen der Nachkriegszeit wurde vom Hitler-Gesprächspartner Steinacher nach Frankfurt am Main einberufen. Die Zusammenkunft fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit, doch mit Kenntnis verschiedener Bonner Ministerien statt, die angesichts der kommenden Weichenstellungen beim Neubeginn deutscher »Volkstums«-Aktivitäten koordinierend tätig wurden. Ende Oktober trafen sich deswegen sechs hochgestellte Beamte in Bonn zu einer Besprechung. Sie vertraten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Vertriebene. Ohne daß davon die Rede war, kreiste die Zusammenkunft um das deutsche Selbstverständnis nach Hitler und die Vorbereitungen für eine verhängnisvolle Wiederkehr.

Die Runde hielt sich mit historischen Einordnungen nicht lange auf, direkte politische Wertungen unterblieben. Was von der seit 1881 tätigen Massenorganisation des staatlichen Pangermanismus zu halten war, drückte Legationsrat Dr. Frahne, der für das Auswärtige Amt sprach, auf Umwegen aus. Frahne hielt es für notwendig, den VDA gegen Unterstellungen »in der angloamerikanischen Welt« zu schützen. Dort werde der VDA »völlig zu Unrecht ... als eine deutsche Untergrundbewegung betrachtet«, eine Betrachtung voller Vorurteile, wie Frahne meinte, »aber solche Vorurteile sind schwer aufzulösen«. Demgegenüber hielt der Legationsrat fest, daß die allgemeine Vergangenheit der fraglichen Organisation keinesfalls ihre Herabsetzung rechtfertige; bei den »angloamerikanischen« Vorurteilen handele es sich um »eine Diskreditierung des alten VDA-Gedankens, an dem das 3. Reich allein schuld ist«. Allerdings könnten die Vorurteile im Ausland Erinnerungen wachrufen und bei der vorsichtigen Erweiterung des deutschen Spielraums stören. Deswegen, so pflichtete Regierungsdirektor Gussone vom Innenministerium der noch nicht voll souveränen Bundesrepublik bei, solle »die Wiedergründung des VDA aus außenpolitischen Gründen im gegenwärtigen Augenblick« zurückgestellt werden. »Das Ausland würde mißtrauisch ..., und es wäre zu erwarten, daß es sich dann allen Wünschen gegenüber verschlossen zeigen würde.« Wegen dieser bloß vorläufigen Rücksichtnahme auf Vorurteile im Ausland und weil die Frage der eventuellen Betätigungsfelder eines wiedergegründeten VDA noch geklärt werden müßte, »sollte überhaupt mit dieser Idee nicht an die Öffentlichkeit getreten werden«.

Zwischenzeitlich empfahl die Runde aber zu überdenken, wer für kommende Führungsaufgaben geeignet wäre, »ob schließlich alte Kräfte sich damit befassen sollten, oder ob man auch hier ganz neue und andere Kreise heranziehen sollte«. Die Entscheidung des ministeriellen Staatsapparats für »alte Kräfte« oder »ganz neue Kreise« fiel nicht schwer. Den Vorstoß Göttinger Burschenschafter, anstelle des VDA eine Organisation mit anderem Namen zu gründen, beschieden die Versammelten abschlägig. Steinacher und sein Ex-NSDAP-Stab schienen im Falle einer »Heranziehung« mehr bieten zu können. »Die in Frankfurt stattfindende Besprechung alter VDA-Leiter ist sicherlich für die Sache selbst sehr viel interessanter ... Es könnte geprüft werden, ob ein Beobachter zu dieser Frankfurter Tagung entsandt wird, um die Gesichtspunkte der Bundesressorts dabei zur Sprache zu bringen.« Damit war es gelungen, innerhalb ein und derselben Ministerialrunde die seit Gründung des VDA subversiven Umtriebe auf den NS-Staat abzuladen und gleichzeitig dessen über Jahrzehnte führende Spezialisten für pangermanische Außenpolitik als zukünftige Partner in Aussicht zu nehmen.

Das ministerielle Interesse sollte nicht enttäuscht werden. Wie avisiert, trafen sich Anfang November »eine Reihe früherer ehrenamtlicher und hauptamtlicher Mitarbeiter« des VDA in Frankfurt – neben Steinacher fast der gesamte Hauptvorstand aus der NS-Zeit. Wie Regierungsdirektor Gussone vorhergesehen hatte, waren von diesen erfahrenen Männern »übereilte und unangebrachte Schritte nicht zu erwarten«. Vor neuen Aktivitäten wollten sie »über die Entstehung und den geistigen Inhalt der volksdeutschen Arbeit« nachdenken und »an Hand von einwandfreiem geschichtlichen Material« ein zeitgemäßes Bild der Vergangenheit entwerfen. Danach hieß es, »Grundsätze über das Recht und den Wert volklichen Denkens« niederzulegen. Dieser Rechtsanspruch sollte helfen, »ein neues Europa, das sich als ein Ganzes fühlt und daraus die Kraft zu seiner Selbstbehauptung gewinnen soll, nicht nur auf Grund von Staatsverträgen, sondern sicherer und ehrlicher aus einem verständnisvollen Zusammengehen der Völker« zu bilden. Bei direkter Kontaktanbahnung und abseits irgendwelcher Vertragsgrundlagen würden die Deutschen ihre gesamten Erfahrungen einbringen, auch eine sogenannte Tragödie. »Das deutsche Volk wird gerade aus seiner eigenen Entwicklung, aus den Leistungen, aus der Blüte und dann aus der Tragödie seiner Volksgruppen im Auslande ein besonderes, offenes Verständnis für den Plan eines geeinten Europas aufbringen.« Mehr, etwa ein Wort des Bedauerns über die Folgen »volksdeutscher Arbeit« und »volklichen Denkens«, hatte der VDA-Führungszirkel nicht zu sagen. Obwohl von den Alliierten laut Kontrollratsgesetz Nr. 2 und Kontrollratsdirektive Nr. 50 als Nazi-Organisation seit 1933 eingestuft, wurde dem VDA eine bis 1937 reichende Legende demokratischer Wohlanständigkeit angedichtet.

Nach dieser vorläufigen Willensbekundung für ein nachkriegsgerechtes Mitteleuropa-Programm vereinbarten der Frankfurter Kreis und das Auswärtige Amt vertiefende Gespräche. Man traf sich in Bonn, wo der bekannte Antisemit und VDA-Aktivist Friedrich Carl Badendieck, nunmehr Hauptschriftleiter des parteiamtlichen Informationsdienstes der CDU/CSU (»Union in Deutschland«), Herrn Dr. Rumpf von der Abteilung VI des Auswärtigen Amtes für Nachfragen und Aufträge gerne zur Verfügung stand. Um Mißverständnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen, berichtete Badendieck freimütig über seine vormaligen VDA-Funktionen. »Herr Badendieck war bis 1936 Pressechef des alten Vereins für das Deutschtum im Ausland«, notierte Dr. Rumpf. Auch die Lebensgeschichten der übrigen Herren um den NS-Täter

Steinacher waren Gesprächsgegenstand, aber keinesfalls Anlaß für Zweifel. Die »alten Vorstandsmitglieder« des VDA, »dessen Arbeit und Gesinnung überparteilich war und sich auf kulturelle Ziele beschränkte«, hatten im Archiv des Auswärtigen Amtes nicht wegen rassistischer Propaganda und Völkerhetze für Aufmerksamkeit gesorgt, sondern weil sie »auf Betreiben der Partei ... zum Teil persönlich geschädigt« worden seien. Bei der schädigenden Partei handelte es sich um jene Organisation, in die Hans Steinacher noch 1940 unbedingt aufgenommen werden wollte und aus der weder er noch seine Frankfurter Kameraden je ausgetreten waren: die NSDAP.

Mit diesen »leitenden Männern«, die sich wegen ihrer Zuverlässigkeit empfahlen, peilte Dr. Rumpf eine engere Zusammenarbeit an. Auf jeden Fall, umschrieb der Beamte die angestrebten Beziehungen, würde sich ein Verein, eine »Gesellschaft oder was die Form der Gruppe auch werden mag, ... insofern nützlich erweisen, als ihr bestimmte konkrete Aufgaben ... übertragen werden könnten, die das Auswärtige Amt aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit in dem einen oder anderen Land nicht selbst erfüllen möchte«. Selbstverständlich handelte es sich um verdeckte außenpolitische Maßnahmen, die aus dem Staatshaushalt zu begleichen wären. »Auch zur Zeit Stresemanns erhielt der VDA vom Auswärtigen Amt Geldmittel zur Unterstützung ... in ausländischen Gebieten, wo die deutsche Regierung offiziell nicht in Erscheinung treten wollte.« An diese Erfahrung ließ sich anknüpfen. »Wie in der Vergangenheit wird auch in der Zukunft die Existenz auslandsdeutscher Gruppen in den verschiedensten geographischen, politischen, soziologischen, ideologischen und kulturellen Umständen und in der verschiedensten Siedlungsweise eine Tatsache sein, mit der die deutsche Innen- und Außenpolitik rechnen muß.«

Angesichts dieser vielgestaltigen Tatsache blieb dem neuen deutschen Staat keine Wahl, meinte der Beamte und drohte mit den Nazis: »Falls die amtlichen Stellen der Bundesregierung jegliche private Initiative zur Aufnahme einer Arbeit im Interesse des Auslandsdeutschtums ablehnend behandeln würden, besteht meines Erachtens die Gefahr, daß sich ehemalige Nationalsozialisten oder nationalistische Kreise dieser Gedanken und Bestrebungen bemächtigen und der Bundesrepublik Gleichgültigkeit gegenüber dem, was sie dann als nationale Sache bezeichnen könnten, zum Vorwurf machen.« Nach diesem süffisanten Exkurs eines Mannes, der sein Fach verstand, wurden als Retter vor der drohenden Gefahr eben jene angeboten, vor denen Dr. Rumpf eben noch gewarnt hatte: »Es scheint mir daher zweckmäßig, sich den Kreisen des alten VDA gegenüber aufgeschlossen zu zeigen, die mit ihrer Gesinnung auf dem Boden der Bundesrepublik stehen und der Politik der Bundesregierung weder nach innen noch nach außen Schwierigkeiten bereiten wollen.«

Die Aufzeichnungen des Beamten leitete die Abteilung VI den Abteilungen II und III zu. Nach einer hausinternen Detailabstimmung ging man an die Vorbereitungen für interministerielle Besprechungen in Sachen Auslandsdeutsche. Ein weiterer Schritt zur Wiederherstellung traditioneller Zielprojektionen der deutschen Außenpolitik war getan.

»Aufgabenbereich ‘UdSSR’«

Schnell und auf unverdächtigem Wege sickerte der VDA 1990 in die Sowjetunion ein. Die von der Moskauer Botschaft präsentierten »Mitglieder der neugegründeten Allunions-Gesellschaft ›Wiedergeburt‹« erwiesen sich als hervorragende Sherpas. Während ihren Repräsentanten die Einrichtung eines Verbindungsbüros in Bonn versprochen wurde, war der VDA schon im Begriff, die Organisationsstrukturen der Rußlanddeutschen in Moskau zu übernehmen. Voll naiven Vertrauens lieferte die »Wiedergeburt« die von ihr betreuten zwei Millionen Sowjetbürger deutscher Herkunft der außenpolitischen Vorfeldarbeit des Bonner Apparats aus. Seine Steuerungszentren gingen arbeitsteilig vor.

Das Innenministerium stellte den Autor der rechtsextremen »Österreichischen Landsmannschaft«, Alfred Eisfeld, zur Verfügung, dessen Fähigkeiten u.a. von Staatssekretär Waffenschmidt bereits seit längerem geschätzt wurden. Eisfeld stand dem VDA-Bundesvorstand ab sofort als »Berater« im »Fachgebiet UdSSR« zur Verfügung. Der aus der Uralregion stammende Ostspezialist konnte in der sowjetischen Hauptstadt Beziehungen bereitstellen, die sich für einen weichen Einstieg bei der »Wiedergeburt« bestens eigneten.

Während Eisfelds Bekannte umgehend in Moskau tätig wurden, kümmerte sich Ministerialdirektor Barthold Witte um die personelle Ausstattung der bevorstehenden Aktivitäten. Über Witte fanden Fachkräfte zum VDA, die den Organisationsnamen zuvor nie gehört hatten, aber dringend gebraucht wurden, um ein fieberhaft geplantes Moskauer VDA-Büro zu besetzen. Kaum hatte Kanzler Kohl gefordert, »daß für die Deutschen in der Sowjetunion Verhältnisse geschaffen werden, die ihnen ein Bleiben in ihrer Heimat ermöglichen«, machte sich das im Außenministerium bekannte Personal auf die Reise nach Moskau. Russische Vorbehalte existierten nicht mehr. Kohls Verhandlungen mit Partei- und Staatschef Gorbatschow im Februar 1990 waren in jeder Hinsicht erfolgreich gewesen: »ein guter Tag für Deutschland« und eine ideale Ausgangsposition für den VDA.

Zu den ersten Hilfsmaßnahmen, die der Moskauer Vorposten dem bedrohten »Deutschtum« zuteil werden ließ, gehörte die organisatorische Durchforstung der »Wiedergeburt«. Ihrer hauptstädtischen Zentrale unterstanden zehn Außenbüros, die mit Gebiets- und Ortsbehörden in fast sämtlichen Industrieregionen der Sowjetunion verkehrten. Beim »Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft« war »das Interesse ... sehr groß«, diese Verbindungen zu nutzen, so daß »Ansprache und

Unterrichtung« deutscher Betriebe erfolgen konnten, »die in der UdSSR investieren wollen«. Es traf sich, daß der VDA auf die Idee kam, die Basisbüros der »Wiedergeburt«, die noch nicht einmal über genügend Schreibmaschinen verfügten, mit einem Computersystem zu vernetzen. »Ansprache und Unterrichtung« ließen sich auf diese Weise systematisieren, und das hohe technologische Niveau machte längere Einweisungsarbeiten der Aufsteller notwendig.

Für die Durchführung dieser großzügigen Modernisierung bis dahin autonomer Strukturen der »Wiedergeburt« stand seit kurzem ein Unternehmen bereit, das vom VDA auch für andere Maßnahmen herangezogen wurde. Nach seinem Eigentümer hieß es »Aselborn«. In Moskau benutzte das VDA-Personal zuerst die Firmentelefone, bald darauf auch die Büros der gut ausgestatteten Niederlassung. Sie beschäftigte sich mit »Industrieberatung und Datentechnik«, wobei insbesondere der letztgenannte Unternehmensbereich sehr ernst zu nehmen war. Er führte zu einem Mann in Salzgitter (Waldemar Aselborn), den VDA-Mitarbeiter als ehemaligen Aussiedler aus der Uralregion und langjährigen Weggefährten von Alfred Eisfeld identifizierten.

Obwohl damit in Moskau sämtliche deutschen Interessenten vertreten waren, denen sowohl die »Datentechnik« als auch die Förderung der »Wiedergeburt« sehr am Herzen lag, schien es noch weiterer Maßnahmen zu bedürfen, um die Rußlanddeutschen auf den Weg der Selbstbestimmung zu führen. 33 ihrer Führungskräfte wurden deswegen im Juni 1990 nach Bonn eingeflogen, wo der VDA mit einem zweiwöchigen Seminarprogramm aufwartete. Der Vorsitzende der »Wiedergeburt« erhielt bei Besuchsantritt ein Papier in die Hand gedrückt, aus dem er unter Punkt 7 erfuhr, welche »Forderungen ... der Wiedergeburt« die Bonner Gastgeber empfahlen: Wegen unbotmäßigen Verhaltens der sowjetischen Behörden im Wolgagebiet »müßte also die politische örtliche Führung ausgewechselt werden«. Nach Instruktionsende kehrten die rußlanddeutschen Funktionsträger in die UdSSR zurück, um auf der »3. Außerordentlichen Konferenz« ihrer Organisation die unverzügliche Wiederherstellung eines selbstverwalteten Territoriums zu fordern. Als vor den 700 Delegierten auch noch der stellvertretende Vorsitzende des VDA-Verwaltungsrats, der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff, gesprochen hatte, konnte am Ausgang der Beratungen kein Zweifel mehr sein. Von innen und außen, von oben und unten bearbeitet, stimmten die Rußlanddeutschen für weitgehende Gebietsforderungen.

Als sich Staatssekretär Wabro, Ministerialdirektor Witte und die VDA-Spitze gegen Jahresmitte trafen, um Überschau zu halten, bestand aller Anlaß für ein »gutes, freimütiges, konstruktives Gespräch«. Die günstigen Entwicklungen im Ausland ließen den Einfluß des VDA beinahe wöchentlich wachsen. Aus dem Innenministerium waren Steuergelder in Millionenhöhe angekündigt, die Übernahme paralleler Einrichtungen des Bildungsministeriums der DDR stand bevor, und die deutsche Wirtschaft zeigte an »Volkstums«-Projekten Interesse. Bei diesem Tempo geriet das Außenministerium in Gefahr, den Anschluß zu verlieren. Der Leiter der Kulturabteilung beeilte sich, zu den ersten Reihen aufzuschließen. »Dr. Witte gab zu verstehen, der VDA würde künftig stärker ... eingebunden ... insbesondere bei dem weiten Aufgabenbereich ›UdSSR‹ ist 1991 an eine enge Zusammenarbeit gedacht.« Statt der fallweisen Finanzvergabe kündigte Witte institutionelle Mittelzuwendungen an, um den VDA auf das Haushaltsniveau der »Goethe-Institute« zu heben: »Ab 1992 ist institutionelle Förderung anzustreben; die ›Haushälter‹ der Fraktionen sollen rechtzeitig eingebunden werden. StS Wabro wird zu gegebener Zeit (Frühjahr 1991) zu einem gemeinsamen Gespräch in die Landesvertretung einladen, an dem Dr. Witte teilnehmen wird.« Institutionelle Förderung bedeutete, daß Gelder fließen würden, die es mit dem Jahresetat von »Inter Nationes« aufnehmen könnten: mindestens 50, vielleicht 70, 90 oder 100 Millionen projektunabhängig. Eine Organisation mit dieser Finanzbasis und Wirkungsabsicht ließ sich nicht länger unter Halbtarnung führen. Damit stand zu erwarten, daß der 1989 begonnenen Einschmelzung des Vorfeldapparates in den staatlichen Tiegel binnen dreier Jahre das offene Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zu jener »Blutsgemeinschaft« folgen mußte, die der VDA-Vorsitzende propagierte. Im Gegenzug sollte die Staatsagentur einen unmittelbaren Zugriff auf ihre bisherigen Auftragsgelder erhalten. Diese Aussicht ließ den VDA zu Hochform auflaufen.

Sein Geschäftsführer Karsten Schlamelcher konnte bei Prüfung der Bankauszüge feststellen, daß die Ankündigung des Außenministeriums von den Praktiken des Innenministeriums längst überboten wurde. Aus dem Ressort des Parlamentarischen Staatssekretärs und VDA-Verwaltungsratsmitglieds Waffenschmidt flossen bis zum Jahresende 37,1 Millionen Mark – ein Betrag, der angebliche »Soforthilfe« in der Sowjetunion ermöglichen sollte, aber bei den Rußlanddeutschen weder sofort noch sehr hilfreich eingesetzt wurde. Eine Tranche von 34,6 Millionen, die das Innenministerium am 19. Dezember 1990 wegen der »besonderen politischen und wirtschaftlichen Dringlichkeit« und »ohne das normalerweise schriftliche Antragsverfahren« anwies, landete u.a. auf den VDA-Konten Nr.12515 »Deutsche Bank, Festgeld UdSSR« und Nr. 19500 »Tagegeld Deutsche Bank«. Die Zusage, von diesen Millionen bis März 1991 »Hilfsprojekte« an bereits bekannten Standorten zu realisieren, schien im VDA nicht der Rede wert. Da nach Standorten erst gesucht werden mußte, durfte man die Zeitvorgabe vergessen. Das Geld konnte bei der Deutschen Bank einen Vierteljahreszins von rund 500.000 Mark erbringen. Außerdem wurde es anderswo benötigt.

»Mehr als 700 ha«

Der Mann aus Deutschland öffnete den Koffer. Die Stückelung der Scheine entsprach dem Umrechnungswert. Wegen des galoppierenden Rubelverfalls zählte jede Mark mehrfach. Für eine Tausendernote ließ sich in Kaliningrad fast alles kaufen. Berücksichtigte man die lächerlichen Bodenpreise, so enthielt der Koffer den Gegenwert beträchtlicher Ländereien.

Der Mann trat ans Fenster und blickte vom Hotel auf die Hauptstraße. Hier, im ehemaligen Königsberg, hatte der »Verein für das Deutschtum im Ausland« sein letztes großes Vorkriegstreffen veranstaltet. Auf der »Ostlandtagung« im Jahr 1935 war der Landesverbandsleiter des VDA ans Podium getreten, um »die Freiheit des Volkstums« zugunsten des »Friedens in Europa« durchzusetzen. Nach Professor Theodor Oberländer hatte Hans Steinacher gefordert, »ohne Rücksicht auf die trennenden Staatsgrenzen eine seelische Ganzheit des gesamten deutschen Volkes herzustellen«, so daß der »neue deutsche Volksstaat in Mitteleuropa« endlich Wirklichkeit werde. Ungeachtet zwischenzeitlich eingetretener Ereignisse blieb die »Freiheit des Volkstums« in »Mitteleuropa« 56 Jahre später eine noch uneingelöste Verpflichtung. Kaliningrad, das alte Königsberg, verlangte Anfang 1991 nach vorausschauenden Taten, um die Füße des »Deutschtums« auf angestammten Boden zu setzen. Das nicht ungefährliche Vorhaben unter den Augen zahlloser Sowjetsoldaten, die im Gebiet Kaliningrad konzentriert waren, würde die Zukunft lohnen. Was verloren gegangen war, mußte zurückerobert werden.

Schien die Idee einfach, so gab die Umsetzung Probleme auf. Man benötigte Flächen. Große Flächen. Sie sollten zusammenhängend sein, möglichst frei von russischen Einwohnern und in eigenem Besitz. Nur so waren deutsche Mehrheiten anzusiedeln. Ihre Autonomieforderungen würden sich von selbst ergeben. In der »Wiedergeburt« kursierten mehrere Gebietsnamen, von denen Leningrad, das ehemalige Petersburg, und Kaliningrad als die vielversprechendsten galten. Rußlanddeutsche gab es genug. Man brauchte ihnen nur Hoffnung zu machen, um sie quer durch die Sowjetunion in Bewegung zu setzen. Für den Treck aber fehlte Siedlungsfläche, und es fehlte Geld.

Die ersten Landkäufe hatte ein Norddeutscher organisiert, der sich auf diskrete Geschäfte verstand. Die Kunde war bis nach Bonn gedrungen. Jetzt stand der Mann mit dem Koffer bereit, um Kaliningrad hektarweise zu kaufen und deutschstämmigen Siedlern zuzuschanzen. Man mußte Schmiergelder zahlen und komplizierte Wege gehen. Es gab keine Quittungen und keine Verträge. Aber vor den deutschen Devisen, den riesigen Summen des Boten vom Rhein, überlegte sich jeder Russe zweimal, ob er mitmachen oder ablehnen sollte.

Das Unternehmen war gut vorbereitet. Die Anwesenheit des Mannes mit dem Koffer dauerte nur wenige Tage. Auf verabredeten Umwegen würden die eingeschworenen Kontaktleute weiterarbeiten. Mehrere hundert, vielleicht mehrere tausend Hektar waren das Ziel. Aus dem Körper des kollabierenden Bären, mit dem man soeben einen Vertrag »über gute Nachbarschaft« und ewigen Frieden geschlossen hatte, mußte herausgerissen werden, was dessen Schwächezustand hergab. Die Tinte trocknete gerade, und der deutsche Außenminister schraubte seinen Füller zu, als dem Vertragswerk buchstäblich der Boden entzogen war. Nicht nur in Kaliningrad.

Das Außenministerium tobte. Dieser Dilettantismus untergrub die deutsche Glaubwürdigkeit. Die subversiven Aktionen hatten sich bis Moskau herumgesprochen und konnten zu unangenehmen Verwicklungen führen. Im VDA-Büro der russischen Hauptstadt nannte man sogar Namen. Flog das Unternehmen auf und würde die Beteiligung von Bundesbehörden vermutet werden, so half es dem Außenministerium gar nichts, wenn das Geld aus dem Innenministerium stammen sollte. Im Ausland rechenschaftspflichtig war nicht das Innenministerium unter Rudolf Seiters (dessen Bruder Julius dem hauptamtlichen Mitarbeiterstab des VDA angehörte), Staatssekretär Waffenschmidt und Ministerialdirigent Gassner; zur Rechenschaft ziehen würde man vielmehr Hans-Dietrich Genscher und seinen Ministerialdirektor Witte. Sie hatten ein Risiko zu tragen, dessen Gestaltung sich ihrem Einfluß entzog. Bei gewissen Bonner Adressen schien man keine Ahnung zu haben, wie solche Unternehmungen ablaufen mußten, wenn sie unentdeckt bleiben sollten. In den 20er Jahren hatte es Stresemann vorgemacht. Unter Anleitung des deutschen Außenministers, der dem VDA sehr verbunden war, wurden damals Regierungsgelder erst in die USA transferiert, mehrfach gewaschen und sodann an eine getarnte Bank in Holland überwiesen. Von dort ging das Geld zum Ankauf von Ländereien an Mittelsmänner in Polen, aber nicht durch einen Geldboten aus Deutschland, dessen Organisationszugehörigkeit ohne weiteres aufzudecken war. Im VDA arbeiteten Stümper.

Die Vorwürfe waren lächerlich. Wenn man im Außenministerium glaubte, die von Ministerialdirektor Witte geforderte »Wiederherstellung geschlossener Siedlungsgebiete« würde auf dem Tablett serviert, so handelte es sich um einen diplomatischen Irrtum. Das Auswärtige Amt schien zu träumen. Einerseits dachte es in den richtigen biologischen Kategorien, wehrte sich gegen Assimilierung und stachelte territoriale Gelüste an, andererseits scheute es die Konsequenzen. Die Herren in der Wilhelmstraße behandelten den VDA wie seit 100 Jahren. Sie schätzten seine Dienste, solange sie nicht auffielen, aber kaum gab es Pannen, wandten sie sich ab und waren empört. Schon Alois Brandl, der frühere Vereinsvorsitzende, hatte darunter gelitten: »Das Auswärtige Amt ließ uns gewähren, wir mußten aber immer darauf gefaßt sein, von ihm abgeschüttelt zu werden« – eine feine Umschreibung der bezahlten Komplizenschaft, bei der sich der eine die Hände schmutzig machte, während der andere unschuldig tat. Man mußte es ertragen, denn dies war der mühselige Anfang eines großen Aufbruchs nach Osten, der nicht nur den VDA, sondern auch die deutsche Wirtschaft erfaßt hatte (die deutschen Direktinvestitionen in den Ostblockstaaten – ohne DDR – stiegen von ca. 100 Millionen Mark 1989

auf 1,544 Milliarden Mark 1992). Dabei fehlte es an Erfahrungen, und es geschahen Pannen, gewiß. Aber der riesige Raum, um den seit jeher die Wünsche kreisten, zumal er 1945 verlorengegangen war, »Paneuropa«, »Zentraleuropa«, »Mitteleuropa«, öffnete sich wieder für Deutschland. Ob das Auswärtige Amt nachzog oder sich noch Zeit lassen wollte: Deutschlands Wege führten jetzt ostwärts. Das VDA-Büro in Moskau wurde ausgebaut, fünf Ableger in weiteren sowjetischen Städten (Saratow, Wolgograd, Barnaul, Omsk und Bischkek) folgten.

Auch Alfred Eisfeld, Berater des VDA, verstärkte seine Tätigkeit im Osten. Der beim Innenministerium beschäftigte Minderheitenspezialist mit Kontakten ins Lager des Rechtsextremismus brach in die Sowjetunion auf, um nach Projektstandorten zu suchen, an denen 35 Millionen Mark »dringlich« ausgegeben werden mußten, die unverändert auf VDA-Konten ruhten. Eisfeld galt als hervorragender Kenner der deutschstämmigen Sowjetbürger und hatte diesen Ruf vor kurzem erneuert. Auf einer Tagung seiner »Studiengruppe« im September 1990 war vom »völkischen Umfeld« der Rußlanddeutschen die Rede gewesen, ihrer »spezifischen Mentalität«, und von einem nationalen Zwangsbegriff, der seit der Vereinigung mit irrlichternden Bedeutungen aufgeladen wurde: deutsche »Identität«.

In Eisfelds Begleitung reiste Waldemar Aselborn, der Inhaber jener rätselhaften Firma aus dem Bereich »Datentechnik«, in deren Moskauer Büro sich der VDA aufhielt. Über die Tätigkeit des Betriebes aus Salzgitter wußte das Innenministerium zu berichten, er sei »seit Jahren in der Vermittlung von Ausrüstungen für die Sowjetunion tätig« und gelte als »sehr seriös«. Aselborn kannte sich in der UdSSR aus. Seine Firma durfte – im Unterschied zum VDA – Rechtsgeschäfte tätigen. Der Organisation mit mehr als 30 Millionen Mark für »Soforthilfe« war es in der UdSSR nicht gestattet, für 30 Kopeken zu helfen; wie der VDA sehr gut wußte, besaß er nach den Gesetzen der Sowjetunion »keine Legitimation«. Daß statt dessen die Firma Aselborn bereitstand, durfte man für einen jener Umstände halten, die es seit Vereinsgründung vermochten, private und staatliche Belange außerordentlich zu verdichten.

Das Duo durchstreifte deutschstämmige Siedlungsgebiete, um hier eine Käserei, dort einen Backbetrieb zu projektieren, und vereinte sich in den Kabelberichten staunender Moskauer Diplomaten zur unerforschlichen Zweieinigkeit der Mittelvergabe: »ob eisfeld aselborn vor ort bereits absprachen getroffen oder feste zusagen gemacht haben«, war der nach Bonn berichtenden Botschaft unbekannt. Die »Deutschtums«-Emissäre verhielten sich, wie sich Deutsche schon immer verhalten hatten, wenn ihre Herrschaftsbedürfnisse auf ein russisches Objekt trafen. Als man sie in Uljanowsk bat, die örtlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen, denn »fuer eine baeckerei bestehe kein bedarf, da im gebiet kein brotmangel herrsche«, und »statt einer kaeserei benoetige man dringend eine ziegelei«, vernahmen die Hilfsempfänger die Antwort, sie sollten »sich mit dem angebotenen begnuegen, andernfalls werde uljanowsk ganz von der foerderliste gestrichen«.

Im Hochgefühl finanzieller Allmacht kamen Eisfeld und Aselborn mit VDA-Geschäftsführer Schlamelcher sowie dem Moskauer Büroleiter überein, die staatlichen Millionensummen durch eine eigene Firma (»Interform«) zu schleusen. »Auf Beschluß des VDA-Vorstandes«, wie es in einem Schreiben des VDA vom 22. Mai 1992 heißt, war damit die Anbindung der Vereinsspitze an den ministeriellen Apparat in einer Substruktur kopiert und politisch verlängert worden. Vergab die Bundesrepublik Deutschland an die vorgeblich private Organisation Aufträge, für deren subversive Umsetzung sie jede Verantwortung von sich weisen wollte, so vergab der VDA die ihm zugeschobenen Gelder an ein angebliches Fremdunternehmen, das den Nachvollzug über ihre Verwendung vollends unmöglich machte. Diese schrittweise Scheinprivatisierung vergesellschafteter Mittel weckte bei den Beteiligten Begehrlichkeiten, vor allem aber lieferte sie erhebliche Beträge dem unmittelbaren Zugriff namhafter Vertreter des Pangermanismus aus. Nach den 37,1 Millionen des Jahres 1990 waren es 1991 bereits 69,5 Millionen, die der VDA erhielt und auf diese Weise verteilte. Das Motto seiner Aktivitäten in der außer Kontrolle geratenen UdSSR formulierte Alfred Eisfeld, der Autor einer Organisation alldeutscher Rechtsextremisten: »Deutsche in der Sowjetunion sind als Teil der deutschen Kulturnation (!) zu verstehen, die lediglich (!) Staatsangehörige eines anderen Staates sind. Die Autonomiebewegung ist daher als eine der Formen der nationalen Bewegung zu verstehen.«

Eisfelds »nationale Bewegung«, die mit den Millionen der gesamtdeutschen Regierung in Trab gehalten wurde, sann insbesondere dort auf Autonomie, wo unerklärliche Umstände zu einer stetigen Vermehrung der benötigten Siedlungsflächen führten: »um Königsberg, St. Petersburg oder Moskau«. Was Kaliningrad betraf, so befand sich der VDA in vertrauensvollem Kontakt mit der dortigen Organisation »Eintracht«, die auf prunkvollen Visitenkarten als »Stadtgesellschaft der deutschen Kultur« firmierte. Mit dem Gesellschaftsgegenstand mußte es eine besondere Bewandtnis haben, denn der Vorsitzende der »Eintracht« ging seinen Aufgaben entweder in Deutschland nach oder leitete in Kaliningrad die Handelsfirma »Eintracht-Ost«. Unter kultureller Arbeit verstand man bei der »Eintracht« jene umfängliche Fürsorge für das »Deutschtum«, wie sie der VDA seit über 100 Jahren betrieb und gegen bösartige Subversionsvorwürfe verteidigte. »Die Hauptaufgabe der Gesellschaft«, heißt es im VDA-Bericht 1992, »besteht in der Koordinierung der ›stillen‹ Übersiedlung von Deutschen in das Kaliningrader Gebiet ... Der Vorsitzende ... hat bereits mehr als 700 ha Land kaufen können, auf dem mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden soll.« Die kürzliche Tätigkeit des Mannes mit dem Koffer schien üppige Früchte zu tragen. Aber nicht nur der illegale Geldbote durfte sich über das vorläufige Hektarergebnis der Aufkäufer freuen. Ihre fleißigen Beschaffungsmaßnahmen schrieb man in Bonn auch anderweitiger

Unterstützung zu. Sie kam »vom Ostpreußenverband, der Stiftung Königsberg, von der Neuapostolischen Kirche Dortmund ... und aus dem Mittelasienfonds der Deutschen in Kasachstan« (VDA-Bericht 92).

Hervorragende Kulturarbeit wurde ebenfalls an der Newa geleistet, wo die einen sich noch als Leningrader fühlten, während die anderen bereits von St. Petersburg sprachen. Hier war es gelungen, das städtische »Volkstum« in der »Deutschen Gesellschaft« zu sammeln. Bereits auf den ersten Treffen hatten Mitglieder gefordert: »Wir brauchen Deutschland in den Grenzen von 1937.« Wenig später besannen sich die Organisatoren auf ihre Rasseherkunft und versuchten, fremde Blutsangehörige fernzuhalten – in dem vorgeblichen Kulturverein kamen antisemitische Töne auf. Damit bestand Klarheit über den Kreis der nach Territorialbesitz verlangenden Kräfte. Angeführt vom VDA-Vertrauten Eugen Häusser forderte die »Deutsche Gesellschaft« »die Erhaltung des Ethnos der Rußlanddeutschen als Volk« und beabsichtigte durchzuführen, was den Nationalsozialisten noch verwehrt geblieben war: »Erforschung und Wiederaufbau des historischen Erbguts« aller deutschblütigen Bewohner der Stadt. Dabei half der VDA nach besten Kräften. Mit Valutawährungen wur-den führende Organisationsmitglieder bezahlt, die den monatli-chen Finanzbedarf an das VDA-Büro Moskau meldeten. Für ihre neugegründete »St. Petersburgische Zeitung« stellte die deutsche Staatsagentur moderne Technik und personelle Verstärkung bereit. Meist abenteuerlustige, in Deutschland angeworbene Jungjournalisten konnten nicht wissen, daß sie in einem Verbundprojekt arbeiteten.

Während der VDA für die nötigen Steuergelder sorgte, um bei der »Erforschung des historischen Erbguts« zu helfen, kassierte eine Vertriebsstelle in Bad Homburg den politischen Nutzen. Unter dem Namen »Deutsch-Rußländische Gesellschaft« fungierte sie als deutscher Partner der »St. Petersburgischen Zeitung«. Das Unternehmen beschäftigte einen ehemaligen Major der nationalsozialistischen Propaganda-Armee »Wlassow« und unterhielt enge Verbindungen zu den russischen Nazi-Kollaborateuren des zweiten Weltkriegs. Unter den Autoren des Homburger Schriftguts konnte man den verurteilten Rädelsführer einer antisemitischen Terrorgruppe, Manfred Roeder, ebenso finden wie führende Publizisten des Rechtsextremismus. Die gemeinnützige Organisation vernetzte die Petersburger Vorkämpfer mit ihren heimischen Sympathisanten und organisierte das politische Hinterland der Rußlanddeutschen – selbstverständlich in korporativer Mitgliedschaft bei der »Paneuropa-Union«. An dieser Koppelstelle schloß sich der Kreis zum VDA und seinen führenden Funktionären. Von den ministeriellen Spitzen des Staates über den »Verein für das Deutschtum im Ausland« führte ein gerader Weg in den Blutsumpf des Nazismus.

Für den Vorabdruck bearbeitete Auszüge aus dem Buch »_Deutschtum erwache! . Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus« von Walter von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow, das in diesen Tagen im Dietz Verlag, Berlin, erscheint. Der unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Volker Külow entstandene Band hat 542 Seiten und kostet 54 Mark.

Walter von Goldendach ist das Pseudonym einer Persönlichkeit aus dem Umfeld des Auswärtigen Amtes; Hans-Rüdiger Minow ist Drehbuchautor und TV-Dokumentarist

Konkret 01/95, S. 42

Kunst & Gewerbe

Low-Tech-Otaku

Wictor Pelewin: Omon hinterm Mond. Reclam Leipzig 1994. 152 Seiten, 16 Mark

»Die wahre Wahrheit konnte der Mensch nur durch Schwerelosigkeit erlangen – was übrigens der Grund war, weshalb mich alle möglichen *voices* aus dem Westradio wie auch die Bücher aller möglichen Solschenizyns so sehr langweilten.« Selbst Lenin bedeutet ihm nicht mehr als ein Name mit fünf Buchstaben; ein Name, der vollkommen entfremdet in den Alltag einsickerte und sich Platz schuf an allen erdenklichen Orten. Vielleicht deshalb will Eskapist Omon höher hinaus, ihn ruft der Kosmos. Die Aufnahmekommission der Saraisker Fliegerschule nimmt Omons Ansinnen bitter ernst, schnippelt ihm in Kniehöhe die Beine ab, und schon sieht er sich als unfreiwilliger Mondpilot ohne Rückfahrkarte in der viel zu kleinen Kapsel »Luna 17 B« sitzen.

Autor Wiktor Pelewin läßt Omon sehr knapp am Tod vorbeiziehen – für ein absolut sinnloses Manöver, die Simulation einer Mondlandung. Somit bekommt die Frage, die Omon und sein Freund Mitjok sich am Anfang des Romans stellen, »ob in den kleinen Pappsternenfliegern welche drin sitzen«, am Ende eine hinterfotzige Antwort.

Künstlich erzeugte Welten: Omon ist ein lausiger Low-Tech-Otaku, ihm hätten billige Star-Wars-Videospiele gereicht. Er ist eine Marionette in einer durchkonstruierten Scheinrealität, an der die Direktoren, Majore und Freunde bewußt/unbewußt mitarbeiten, ansonsten UdSSR, MIR, CCCP, ROTER PLATZ, LENIN.

Omon hinterm Mond, Pelewins zweiter Roman, der 1992 in Rußland erschienen ist, funktioniert nicht nur als Satire über Wissenschaft und Politik, Kalten Krieg und verstaatlichten Alltag. Das wären erstens nur Allgemeinplätze, zweitens keine reinen Sowjetphänomene, und drittens war Lenin in der UdSSR leider schon vor siebzig Jahren abstrakt. Pelewin (Jahrgang 62) ist zu jung und zynisch genug, um deswegen noch ins Zetern zu verfallen. Zynisch im besten Sinne. Als Teenagernovelle gegen Betroffenheit und Kulturpessimismus, mit den Ikonen der Weltpolizei als Zinnsoldaten. Henry Kissinger darf einen jungen Sowjet im Bärenkostüm erlegen, und Omon, der Vater benannte ihn nach dem Kürzel einer Spezialeinheit der Polizei, muß in den fingierten letzten Minuten seines Lebens Pink Floyd hören.

Omon hinterm Mond ist russisch-sowjetische Fantasy. *Omon hinterm Mond* ist ein Groschenheftroman. Von Robert Musil und Vladimir Nabokov. Unter Anleitung von Thomas Pynchon.

Mario Mentrup

Wirrer Wiener

Hermann Broch: Die Schlafwandler. suhrkamp taschenbuch 1994. 780 Seiten, 29,80 Mark

Aus irgendeinem unverständlichen Grund (es wird doch nicht jemand ein falsches Jubiläum ausgerechnet haben?) befinden sich unter den »Neuerscheinungen« (so angekündigt) bei Suhrkamp für den Herbst 94 auch vier Taschenbuchausgaben von Werken Hermann Brochs (nicht zu verwechseln mit Ernst Bloch bzw. Robert Musil). Eine besondere Kaufempfehlung muß bezüglich der in einem Band erhältlichen Romantrilogie *Die Schlafwandler* aus den späten Zwanzigern und frühen Dreißigern ausgesprochen werden. Nicht weil Kulturpessimismus besonders toll wäre, sondern weil insbesondere der dritte Teil dieses *magnum opus* über »Warum-Alles-Scheiße-Ist« derart gewagte Schnitte aufweist, daß Oliver Stone sich im Grab umdreht: »Natural Born Grüblers«, eine »Moderne«-Produktion aus den »Zerfall-der-Werte«-Studios nach einem Treatment von Quentin Joyce. Und der letzte Satz der Trilogie ist, gerade weil Zitat, selbstverständlich der beste letzte Satz überhaupt aller Romane insgesamt egal wo jemals.

Dietmar Dath

Coole Volksmusikanten

Texas Bohemia – Polkas, Waltzes, Schottisches – The Texas Bohemian-Moravian-German Bands. Kompiliert von Thomas Meinecke für Trikont. Vertrieb Indigo.

»Ohne Adolph (Hopfner) kein Elvis«. Die Wahrheit dieser zunächst irritierenden These aus dem Booklet der CD »Texas Bohemia« wird umso zwingender, je länger man dieser von Thomas Meinecke zusammengestellten Sammlung des musikalischen Erbes böhmischer, mährischer und deutscher Amerikaauswanderer lauscht. Aldolph Hopfner steht hier stellvertretend für 16 texanische Bands mit europäischen Wurzeln, die Meinecke – Mitglied der Münchner Combo »Freiwillige Selbstkontrolle« und damit volksmusikalisch ausgewiesen – zusammengestellt hat. Den Adolph hat Meinecke

wohlnicht ohne Hintersinn dahin geschrieben, denn zunächst muß man sich die Mühe machen, alle Gedanken an Bierzelte und Musikantenstadl aus dem Gehirn zu verjagen. Das gelingt schneller, als man angesichts dieser auf Akkordeon und Tuba aufbauenden Tanzmusik vermutet hätte. Die Konfrontation der aus Mitteleuropa nach Texas importierten Musiktradition mit den mexikanischen Conjuntos oder dem irisch-englischen Bluegrass sowie die Integration von Steel Guitar, Saxophon und Fender Bass »bastardisiert«, wie Meinecke es nennt, die von Generation zu Generation vererbten Polkas und Walzer gerade soweit, daß einem bewußt wird, welch irre-parable Schäden der Faschismus sowie die chauvinistische Traditionspflege deutscher und sich verwandt fühlender »Volksmusiker« an der mitteleuropäi-schen Popmusik angerichtet haben. Musik entwickelt sich nur weiter, wenn man sie anderen Einflüßen aussetzt, das gilt für Polka nicht weniger als für Grunge.

Anspieltips: »Wooden Heart« vom Henry Brosch Orchestra, »Zwei wie mir zwei« von der Knutsch Band und »If I Were a Bird Polka« von den Red Ravens.

Gunter Blank

Nützlicher Linksliberaler

Giorgi Galli: Staatsgeschäfte: Affären, Skandale, Verschwörungen. Das unterirdische Italien 1943-1990. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1994, 368 Seiten, 48 Mark

Nützliche Bücher sind solche, die Zusammenhänge und damit ein Raster dafür herstellen, daß lose Fakten sich zu Wissen verdichten können. In diesem Sinne ist das neue Buch des italienischen Historikers und Politologen Giorgio Galli ein nützliches Buch. Denn der in Mailand lehrende, linksliberale Galli versammelt in seiner Geschichte der Skandale und Verschwörungen eine große Anzahl genau recherchierter Fakten, die am Ende ein ebenso genaues Bild der Verhältnisse in Italien abgeben. Bedingungen, Auswirkungen und Tragweite der Verflechtung von politischer Klasse und dem Herrschaftsapparat des »unterirdischen Italien« werden anhand zahloser sogenannter »Affairen« verdeutlicht. Geheimdienste, Mafia und die Loge P2, Korruption, Stimmenkauf und Waffenhandel: Auch wenn man nicht mit allen Schlußfolgerungen Gallis übereinstimmt, zeigt das Buch doch, daß der »Fall Italien« nicht einer Krise oder einem Notstand entspringt, sondern die normale Ordnung einer Gesellschaft manifestiert.

Stefan Seifert

Gelegenheits-Situationist

Ab und zu spuken sie durch den Kopf und tauchen sogar immer mal wieder in Gesprächen auf, die Situationisten. Obwohl innerhalb der Dissidenz-Historie dokumentiert und handhabbar gemacht, wissen wir recht wenig mit ihren Texten, Theorien und Werken anzufangen - ein paar Fotos, flotte Formulierungen und interessante Anekdoten aus ihrer Geschichte kennt zwar jeder, aber wenn es konkret wird, bleibt doch meistens nur das Versprechen im Raum stehen, die Beschäftigung mit ihnen sei irgendwie hilfreich. Immerhin löst dadurch die Ankündigung einer Asger Jorn-Retrospektive den Reflex aus, über die Auseinandersetzung mit ihr mangelnde Kenntnis und bisher unterbliebene Anwendung auszugleichen. Dabei ist für Jorn (1914 - 73) die Situationistische Internationale nur eine Episode, deren Spuren man in seinem künstlerischen wie theoretischen Werk nur am Rande findet. Etwa in der zerstörerischen Geste, in der er eine Zeitlang erst Reproduktionen klassischer Werke und dann auf Flohmärkten gefundene sogenannte Bilder übermalte. Kunsttheoretisch bleibt er immer an den großen Konflikten, z.B. dem zwischen Ordnung und Chaos, interessiert. Daß er auf diesem Gebiet immer gegen Polarisierung und für die »dritte Alternative« plädierte, spiegelt sich einerseits in einer etwas unausgegorenen Mischung aus Surrealismus und abstrakter Malerei (Bildtitel wie »Im Flügelschlag der Schwäne«, 1963, deuten darauf hin) und ist andererseits Spiegel seines Talents für Kommunikation und Vermittlung. Eine Reihe von Zeitschriften und Künstlergruppierungen, u.a. »CoBrA«, gehen auf seine Initiative zurück. Sein Erfolg auf dem Kunstmarkt ermöglichte es ihm auch, die jeweils nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. So bezahlte er z.B. einen Film von Guy Debord, dem Chefideologen der SI, der sich aus noch immer im Dunklen liegenden Gründen nicht getraut hatte, Jorn aus der SI auszuschließen. Obwohl sie inhaltlich nicht viel verband, blieben sie Freunde. Jemand muß uns mal erklären, warum. Asger Jorn, Retrospektive. Bis 12.2.95, Kunsthalle Schirn, Frankfurt/M.

Martin Pesch

Konkret 01/95, S. 44

Michael Nauert

FamilyAffair

In Spike Lees »Crooklyn«, John Singletons »Poetic Justice« und einem programmatischen Bildband des »Center for Afro-American Studies« der »University of California« deutet sich eine Besinnung schwarzer Künstler auf den Alltag an. Nicht mehr das Ghetto steht im Mittelpunkt, sondern die bürgerliche Familie. Notwendige Darstellung komplexer afroamerikanischer Lebensumstände oder Rückzug in die Mittelschichtsidylle?

Im Oktober konstatierte der Literaturwissenschaftler Henry Louis Gates Jr. in einem »Time«-Artikel die vierte afroamerikanische Kultur-Renaissance dieses Jahrhunderts. Nach dem »New Negro Literary Movement«, der »Harlem Renaissance« und dem »Black Arts Movement« sei der gegenwärtige Kreativitätsschub möglicherweise geeignet, eine weitere Renaissance in Zukunft überflüssig zu machen. Zu viele der wichtigen Künstler und Intellektuellen seien mittlerweile Schwarze, und zu weit seien Afroamerikaner nun auch in wichtige Positionen der Kulturindustrie vorgedrungen. Interessanterweise nennt Gates in seinen wenigen Beispielen zwar Michele Wallace, Toni Morrison, Wynton Marsalis und Spike Lee, aber keinen einzigen Rapper, obwohl er ausdrücklich auf ein Auseinanderdriften der Lebensumstände der schwarzen bürgerlichen Mittelklasse und der schwarzen Unterklasse in den Ghettos hinweist.

Kaum drei Wochen später legte dann der »Spiegel« einen siebenseitigen Artikel zum gleichen Thema nach, der verhältnismäßig differenziert und gut informiert war und der – wie Michael Hahn und Günther Jacob in KONKRET 12/94 zu Recht feststellten – linken und subkulturellen Diskussionen einiges verdankte. Es ist klar, daß dabei auch Hahn/Jacobs Argument zutrifft, daß die häufige und hier geballte, vierfarbige Präsentation auch als Hinweis auf die gefestigte Verfügungsgewalt der Weißen über das »Andere« zu lesen ist, aber das ist in diesem Fall weniger ein Problem des Themas als des »Spiegel«, dessen Prinzip ja die Verwurstung der Welt ist. Was nämlich letztlich übrigbleiben wird vom großen »Spiegel«-Artikel, ist kaum der Rede wert, denn ein eventuell aufkommendes Interesse an afroamerikanischer Kultur würde schnell an der mangelnden Verfügbarkeit von Kulturprodukten oder an ihrer Unzugänglichkeit für »Spiegel«-Leser scheitern. Eine neugewonnene, vage Vorstellung, daß das, was die Schwarzen da machen, ganz interessant sein könnte, ist zwar reichlich zweifelhaft, aber vermutlich weniger schlimm als der Ausgangszustand oder auch die in Kauf genommene Bestätigung von dumpfen bourgeoisen Vorurteilen (gegen HipHop oder gegen Jugendkultur im allgemeinen). Ebendies tut Jacob, wenn er in einem Beitrag für die »Zeit« die intra-subkulturellen Auseinandersetzungen bei der HipHop-Rezeption austrägt.

Mit Ausnahme von HipHop (und anderer Pop-Musik) sind Produktionen afroamerikanischer Kultur hierzulande kaum präsent. Während es nicht weiter verwundert, daß afroamerikanische Studien bisher kaum übersetzt wurden, liegt es beim Film ganz anders. Denn immerhin wurde vor etwa drei Jahren in den USA und auch in jedem deutschen Feuilleton begeistert über das »New Black Cinema« diskutiert. In kurzen Abständen kamen damals Spike Lees »Jungle Fever«, John Singletons »Boyz N The Hood« und Mario Van Peebles' »New Jack City« in die Kinos, und alle drei wurden auch vergleichsweise große Publikumserfolge.

Die vorausgesagte große Zukunft stellte sich für das Schwarze Kino allerdings nicht ein. Nicht nur wurden den afroamerikanischen Regisseuren keine wesentlich größeren Budgets bewilligt, die Zahl der produzierten Filme sank in zwei Jahren sogar von 19 auf elf im Jahre 1993. Von der deutschen Öffentlichkeit nennenswert rezipiert wurden in diesen drei Jahren nur drei Filme: »Menace II Society« von den Brüdern Hughes, Mario Van Peebles' »Posse« und Spike Lees »Malcolm X«, ein kleiner, aber sehr dichter Film über Ghetto-Gewalt, ein Western mit schwarzen Cowboys und ein für die Verhältnisse des Schwarzen Kinos in jeder Hinsicht riesenhaft dimensioniertes Projekt.

Die Filme, die produziert wurden, konzentrierten sich nicht nur auf die von Lee und Singleton gesetzten »zentralen« Themen des Verhältnisses zu Weißen und der desolaten innerstädtischen Gewaltsituation unter Schwarzen, sondern breiteten sich in alle Richtungen aus. Zwar gibt es Mainstream-Produktionen, wie »Sister Act 2« mit Whoopi Goldberg, vorwiegend für das weiße Publikum (und einige mittlerweile in Hollywood vielbeschäftigte schwarze Darsteller wie Wesley Snipes und Denzel Washington, aber das ist ein anderes Thema), doch geben sich die meisten Filme afroamerikanischer Regisseure sehr bewußt als solche zu erkennen. (Immer im Kopf behalten muß man dabei, daß es sich um von weißen Studios finanzierte Filme handelt, die überhaupt den Weg in die Kinos finden können, und daß die meisten der schwarzen Regisseure der Mittelklasse entstammen und die Filmhochschule besuchten.) Entweder sie thematisieren für Schwarze typische Lebenssituationen, oder sie versuchen, bestehende, von Weißen definierte Genres und Stories aufzunehmen, mehr oder weniger zu variieren und für Schwarze zugänglich zu machen.

Steve Andersons »South Central L.A.« und »Menace II Society« sind Beispiele für die Thematisierung des Gewaltkreislaufs; Tamra Davis' »CB4«, der von Nelson George produziert wurde, beschreibt pädagogisierend Aufstieg und Fall einer Gangsta-Rap-Crew; »Posse« versucht, mit einem konventionell erzählten Rachefeldzug gegen rassistisch motiviertes Unrecht Geschichtsbewußtsein mit bekannten Westernmustern zu verbinden; Leon Ichasos »Sugar Hill« sowie Bill Dukes »A Rage in Harlem« (dt.: »Harlem Action«) und »Deep Cover« (dt.: »Jenseits der weißen Linie«) führen die

Tradition der Gangster- und Drogenfilme fort; der Ex-Kameramann von Lee, Ernest Dickerson, wiederholt in »Surviving The Game« das alte Menschenjagd-Spiel mit Ice-T in der Hauptrolle; Morgan Freemans »Bopha!« ist ein in Hollywood-Manier korrekter Anti-Apartheid-Film; Robert Townsends erbärmliche Komödie »Meteor Man« führt den ersten schwarzen Superhelden in die Filmgeschichte ein; und um Reginald Hudlins »House Party« hat sich ein kleines Teeniekomödiengenre etabliert.

Gegenüber dem starken gemeinsamen Auftreten von »Jungle Fever«, »Boyz N The Hood« und »New Jack City« fallen die meisten dieser Filme nicht nur qualitativ deutlich ab, sondern auch ihre Möglichkeiten, in den simpel strukturierten Medienkanon aufgenommen zu werden, haben sich reduziert. Dort sind (mit Ausnahme des eher als »Autor« wahrgenommenen Lee) Schwarze eben nur als unauffällig-angepaßt oder (zur Not auch »kontrovers«) als Gangster und im Ghetto denkbar. Ohne daß eine abgesprochene Strategie dahinterstünde, kann man die Entwicklung auch als eine eher unspektakuläre Annäherung in kleinen Schritten an Selbstverständlichkeiten ansehen, nämlich was das Zeigen von Afroamerikanern in Positionen angeht, die sie vorher im Film kaum einnehmen konnten. So ist Ice-T in »Surviving The Game« eben nicht der symphatische Neger, der für den weißen Helden draufgeht, sondern er kämpft und überlebt, und Wesley Snipes als Rauschgifthändler ist in »Sugar Hill« nicht nur ein Opfer der Strukturen, sondern er hat eine Wahlmöglichkeit.

Schwarze Regisseure bedeuten freilich noch lange nicht das Verschwinden des durch das weiße Herrschaftssystem geprägten Blicks, doch es geht um mehr als ein »Spiel mit Codes« (Hahn/Jacob). Filme sind neben HipHop das wesentliche Medium zur Etablierung von (Vor-)Bildern, und so können schwarze Regisseure dazu beitragen, für die von der sozialen Realität als »schwarz« Definierten »eine Vision von Schwarzem Leben anzubieten, jenseits von slangin' and gangbangin' Homeboys« (Greg Tate), oder eben der Assimilierung. Erst die komplexere Repräsentation von keineswegs einheitlichen Lebensumständen und damit Möglichkeiten von Afroamerikanern erlaubt ja, widerständige Positionen (die meist nichts anderes sind als eine Kombination von Bildern) einzunehmen. Viel weiter gehende Überlegungen, etwa nach einer Überwindung des Kapitalismus, wie sie von schwarzen Theoretikern (etwa bell hooks oder Paul Gilroy) durchaus angestellt werden, hier als Forderungen zu formulieren, ist in der derzeitigen Situation unsinnig. Weder kann man in die Veralltäglichung des »New Black Cinema« schon eine beeindruckende afroamerikanische Kultur-Renaissance hineinlesen, noch kommt sie den Wünschen des größten Teils des hiesigen Publikums entgegen, für das sie nicht spektakulär genug ist und zu wenig mit den eigenen Lebensumständen zu tun hat. Also wird sie weitgehend ignoriert. Immerhin sind zwar fast alle der oben genannten Filme auf Video zu haben, aber die Kinos erreichte schon der zweite Film von John Singleton nicht mehr, und selbst »Crooklyn« fand zunächst keinen Verleih.

»Poetic Justice« ist dann auch das Musterbeispiel für diese Veralltäglichung. Singleton übernimmt eine klischeehafte, hundertmal gesehene Love-Story (was sicher keine strategische Idee war), bei der nun eben die Personen Afroamerikaner sind und die Ereignisse und Hindernisse auf dem Weg zum Happy-End die Lebensumstände der unteren schwarzen Mittelklasse in South Central Los Angeles repräsentieren. Zu Beginn wird der Freund der Friseurin Justice (Janet Jackson) aus nichtigem Anlaß erschossen, sie hat danach erst einmal keine Lust mehr auf Beziehungen und schreibt lieber an ihren Gedichten. Als sie den netten Postboten Lucky (Tupac Shakur) kennenlernt, geraten sie schnell in Streit miteinander, aber man ahnt, wohin der Hase läuft. Lucky ist nebenbei ein treusorgender Vater, der seine Tochter vor der drogensüchtigen, von ihm getrennt lebenden Mutter in Sicherheit bringt. Als er mit seinem Freund Chicago einen Transport nach Oakland übernimmt, nehmen sie dessen Freundin Iesha mit, die wiederum ihre nichtsahnende Freundin Justice mitbringt. Die Fahrt nimmt dann den zu erwartenden turbulenten Verlauf, zumal sich Chicago als treudoofer Geck und Iesha als echte *bitch* entpuppen und immer wieder mit »Leck mich!« synchronisierte Argumente austauschen. Das Happy-End muß dann noch einmal verschoben werden, als Luckys Lieblingscousin erschossen wird, aber schließlich findet es doch statt.

Der Film hat nichts von der Dichte und Dramatik aus »Boyz N The Hood«, rein filmisch ist er schlichtweg uninteressant und hölzern. »Poetic Justice« lebt allein von seiner Grundkonstruktion: Er präsentiert mit Justice und Lucky zwei Helden, denen es trotz widriger Umstände gelingt, ihr privates Glück zu finden und mit einem Job in Würde zu überleben. Zu diesen widrigen Umständen müssen nicht nur Morde, Drogen und die zerrüttete Familie gerechnet werden, sondern auch Personen wie Chicago und Iesha, die für in Filmen übliche Klischees von Schwarzen stehen und von denen die etwas tiefer gezeichneten und vor allem verantwortungsbewußteren Helden abgesetzt werden. Die Tatsache, daß symbolträchtig am Anfang und am Ende des Films Morde auch das Leben von Leuten beeinflussen, die einen festen Job haben, betont allerdings, daß trotz der durch Verantwortungsbewußtsein erreichbaren würdevollen Position eine Abhängigkeit von den sozialen Realitäten bestehen bleibt – sie betont den Gedanken an die Community.

Dieser Gedanke läßt sich auch in anderer Form oft wiederfinden, nämlich durch den Verbindungen und Zusammenhalt demonstrierenden Einsatz von schwarzen Sängern und Rappern als Darsteller (neben Janet Jackson und Tupac in »Poetic Justice« z.B. Ice Cube in »Boyz N The Hood«, Big Daddy Kane und Isaac Hayes in »Posse«) oder in einer Szene in »Poetic Justice«, als während der Fahrt nach Oakland auf einer Wiese bei einem riesigen, bunten Familienfest der »Johnsons« haltgemacht wird, in deren Kreis die Neuankömmlinge ohne größere Identitätsüberprüfung aufgenommen werden.

Die Idee der Community ist auch in Spike Lees neuem Film »Crooklyn« das allgegenwärtige Leitmotiv. Lee erzählt eine stark autobiographisch geprägte Geschichte vom Leben einer Familie im Brooklyn der 70er Jahre. Der Vater ist ein erfolgloser Musiker, der zum praktischen Familienleben nichts beiträgt, außer als Integrationsfigur zu dienen. Die Mutter reibt sich in ihrer Doppelfunktion als Alleinverdienerin und Familienmanagerin auf und ist nicht mehr willens, ihrem Mann *respect* zu geben und ihn ansonsten in Ruhe zu lassen. Die vier Kinder sorgen für die üblichen Auseinandersetzungen um Essen, Fernsehen und Hausarbeit, wobei der einzigen Tochter Troy (Lees Schwester Joie war entscheidend am Buch mitbeteiligt) eine Sonderstellung zukommt; es wird über weite Strecken aus ihrer Perspektive erzählt, wie sie sich im Kampf gegen die drei Brüder und zwischen den Streitereien ihrer Eltern Härte aneignet und nach dem Tod der Mutter Verantwortung übernimmt. Der Film ist, wie immer bei Lee, voll mit Verweisen auf die afroamerikanische Alltagskultur und rekonstruiert aus Kinderspielen auf der Straße, der »Partridge Family« im Fernsehen und dem Basketballstar Walt Frazier ein detailgenaues Bild der 70er.

Trotz der vielen Schwierigkeiten mit fehlendem Geld, Rollenverteilung und Alltag wirkt das Familienporträt wie ein Rückblick auf gute alte Zeiten, was durch Lees bekannte, fein choreographierte und Wärme vermittelnde Filmsprache nur bestärkt wird. Genau so ist es auch gemeint. Lee beschwört mit diesem »schönen Film« das Bild einer noch unschuldigen Zeit, in der Kinder noch Kinder sein durften (und nicht fürchten mußten, erschossen zu werden) und in der es noch einen stärkeren Sense of Community gab. Die Familie wird so zur Keimzelle und Analogie schwarzer Geschichtsschreibung und Identität.

Was die Tendenz zur Veralltäglichung angeht, läßt sich »Crooklyn« darin nur insofern einreihen, als er nach außen hin unspektakulär wirkt. Die strategische Absicht des Films ist allerdings klar: Es geht um eine Stärkung des »Heimatgefühls«, letztlich also um die Idealisierung einer »eigenen« schwarzen Geschichte und das Behaupten von Einzigartigkeit und Abgeschlossenheit. Diese afrozentristische Sichtweise ist aber zumindest ambivalent. Auf der Existenz einer einzigen Black Community zu beharren, erschwert zwar einerseits der neuen schwarzen Mittelklasse, sich heimlich vor den Problemen der noch etwas weniger Glücklichen aus dem Staub zu machen, und sorgt so für ein größeres und deutlicher sichtbares Oppositionspotential. Andererseits aber entspricht in den Innenstädten die Abgrenzung der Schwarzen von Latinos und Asiaten nicht mehr den ökonomischen und sozialen Realitäten. Neue Definitionen von Communities als Bündnisse des Widerstands erscheinen notwendig. Von der grundsätzlich problematischen, jedoch nicht exklusiv afroamerikanischen Renaissance der Institution Familie einmal ganz abgesehn.

Bei der Überwindung eines anderen Problems des Schwarzen Kinos, der fehlenden oder stereotypen Repräsentation von Frauen (die besonders dem sonst vergleichsweise differenziert arbeitenden Lee vorgeworfen werden mußte), sind mit diesen beiden Filmen immerhin kleine Fortschritte gemacht worden. Janet Jackson und Alfre Woodward sind jeweils gleichberechtigte Hauptdarstellerinnen in »Poetic Justice« und »Crooklyn«, kommen aber letztlich doch etwas weniger cool und damit gut weg als die beiden Männer. Einige Hoffnungen ruhen also auf dem ersten Major-Film einer afroamerikanischen Regisseurin (der im Juni 95 auch hier in die Kinos kommt): Darnell Martins »I Like It Like That« geht sowohl im Fall der Frauenrepräsentation wie auch der Community-Definition einen Schritt weiter; die Regisseurin stellt den Alltag einer afroamerikanisch-puertoricanischen Frau in der puertoricanischen Community in den Mittelpunkt des Films.

Michael Nauert schrieb in KONKRET 12/94 über Greil Marcus

Konkret 01/95, S. 46

Amiri Baraka

Idealisierung der Kleinbürgerideologie

Amiri Baraka, Jahrgang 1934, begann seine literarische Karriere als Leroi Jones mit den Beatniks, bevor er zu einer der zentralen Figuren des Black Arts Movement wurde. In den 70er Jahren verließ er die schwarz-nationalistische Position zugunsten eines internationalistischen Marxismus. Klinkmann/Schneider trafen ihn während des Jazzfests in Berlin.

Frage: Wie beurteilen Sie die derzeitige Situation des afroamerikanischen Films in Zusammenhang mit den beiden auch international am stärksten repräsentierten Regisseuren Singleton und Lee?

Baraka: Man muß das unter kommerziellen Aspekten betrachten, fragen, was Kommerzialismus garantiert und ausschließt. Die Beziehung eines Films zu den kommerziellen Giganten bestimmt seine Zirkulation. Der Grad, in dem ein Film keine Verbindung zu diesen Giganten herstellt, ist der Grad, in dem er verloren geht, vergessen wird oder aufs Abstellgleis gerät.

Spike Lee und John Singleton sind natürlich auf der kommerziellen Seite, »Crooklyn« genauso wie »Poetic Justice«. Allerdings halte ich »Boyz N The Hood« für den besten Film eines der jüngeren schwarzen Regisseure. »Boyz...« ist mir lieber als alles, was Lee gemacht hat. Auch »Poetic Justice« ist kein wirklich schlechter Streifen, aber halt nur ganz nett. Ich hoffe allerdings auf Filmemacher, die Unabhängigkeit realisieren, statt sie nur zu behaupten.

Gibt es Leute, die Sie für mögliche Vorbilder halten?

Natürlich Sembene Ousmane aus Senegal, vermutlich der beste der afrikanischen oder »afrofilmmaker« der Welt. Und eine junge Frau aus Martinique, Euzhane Palcy, die »Sugar Cane Alley« und »Dry White Season« gedreht hat, ist für mich eine der großartigsten Filmemacherinnen, die es gibt. Mit diesen Leuten muß man anfangen, wenn man über Schwarzen Film spricht. Pal-cys »Dry White Season« z.B. wurde trotzMarlon Brando und Donald Sutherland vom Establishment der Giganten vergraben, weil der Film über ein paar Dinge spricht, die ihnen nicht gefallen: Man beschäftigt sich noch immer mit sehr groben, oberflächlichen und plumpen Stereotypen. Das eigentliche Problem, nämlich die Beziehungen von Menschen und wie sie unter elenden Bedingungen aufeinander reagieren, wird ausgelassen und bleibt völlig unterbelichtet.

Könnte man nicht argumentieren, daß nach Jahrhunderten systematischer Identitätsverwirrung und -vernichtung aufgrund der Hautfarbe Leute wie Spike Lee doch nützlich sind?

Nein. Es geht doch darum, was für eine Identität da entwickelt oder vorgeschlagen wird und ob diese Identität wirklich oder authentisch genug ist, um das Leben der Leute zu verändern, oder ob es nur eine Art Erfindung oder Realitätsflucht ist. Unterschiede zwischen Menschen kann man nun mal nur in Klassenbegriffen beschreiben. Race, Gender, sexuelle Orientierung: Es hat nur was mit deinem eigenen ideologischen Verständnis der Welt zu tun, was dich zu dem oder jenem macht.

Man sollte also hoffen, daß eine angenommene Identität wenigstens wirklich oder authentisch wäre und nicht nur eine metaphysisch oder psychologisch verdrehte Antwort auf Unterdrückung.

Ich habe nichts dagegen, daß es Spike Lee schafft. Ich sage nur, dort, wo er hinwill, kommt die Mehrheit von uns nicht hin. Und wir sollten auch nicht darauf bestehen oder uns darauf beschränken, weil es nur fake ist.

Lees Filme sind einfach nur kommerziell. Kommerziell und verlogen, was die Unabhängigkeit angeht. Sie trotten im Mainstream der amerikanischen Bourgeoisie.

Nur Idealisierungen der amerikanischen Kleinbürgerideologie?

Genau. Und das Problem ist, daß schwarze Filme nur als Genre existieren und nicht durch eine Essenz definiert werden, die ideologische Essenz der afroamerikanischen Sehnsucht und der Bedürfnisse und Kämpfe. Sie sind schwarz wie aus dem Katalog: OK, wir kommen jetzt zur schwarzen Folge unserer Ausbeutungsserie. Don't have nothing to do with us. Es hat was mit uns zu tun, insoweit wir betrogen werden können. Vor allem hat es aber mit Imperialismus und mit unseren Feinden zu tun. Ich habe einen Freund von mir gesehen, wie er kurz vor dem Wahnsinn mit der Hand vor dem Mund auf der Straße rumrannte und mir erklärte: »Sie reden aus meinem Mund.« Genauso ist es: Sie sprechen aus unserem Mund.

Und was passiert, wenn sie aus deinem Mund sprechen? Du brauchst einen eigenen Mund, den du kontrollieren kannst.

Klinkmann/Schneider sind freie Autoren in Berlin

Konkret 01/95, S. 48

Darius James

Kleine Strolche

Die Spielberg-Adaption des Depressionsklassikers Our Gang erstickt die komplexen Widerspr che des Originals mit einer gef hlstriefenden Heile-Welt-Pampe

1922 begannen die Hal Roach Studios eine Kurzfilmreihe zu produzieren, die die Streiche einer Kinderbande namens »Our Gang« zum Thema hatte. »Our Gang« entwickelte sich zur am längsten laufenden Kurzfilmserie in der Geschichte Hollywoods. Bis 1944 enstanden 221 Folgen.

»Our Gang« bediente sich des klassenbewußten Humors Charlie Chaplins, und obwohl die Filme von idealisierender Nostalgie durchtränkt waren, beschrieben sie vergleichsweise realistisch die Existenzbedingungen armer Kinder. Viele der Charaktere waren entweder verwaist, obdachlos oder beides. Die Kinder waren Opfer prügelnder Autoritätsfiguren – Polizisten, Hühnerfarmer, herzlose Stiefeltern. Die armen Kids dagegen wurden als mutig und erfinderisch porträtiert, fähig, über ihre Umgebung hinauszuwachsen, während die reichen Kinder gewöhnlich verzogene, egozentrische und unfähige Biester waren. In einem Land, das in einer schweren Wirtschaftskrise steckte, stand »Our Gang« auf der Seite der Entrechteten. Auch wenn die Botschaft moralisch und schlicht war, hinter Spaß und Streichen verbarg jede Episode eine Parabel über Klassenkonflikte und *race relations* im Amerika der Depression.

1955 wurde die Serie unter dem Titel »The Little Rascals« für das Fernsehen synchronisiert (deutsche Fassung: »Die kleinen Strolche«). Sie läuft heute noch im Kabelfernsehen, den Höhepunkt ihrer Popularität erreichte sie jedoch in den sechziger Jahren. Ihre bekanntesten Charaktere waren Spanky McFarland, Alfalfa Switzer, Buck-wheat Thomas und Darla Hood. In den frühen Sechzigern bot das amerikanische Fernsehen nicht eben viele schwarze *rolemodels*, schon gar nicht für aufgeweckte, aber auch leicht beeindruckbare junge schwarze Geister. Was im Fernsehen lief, waren Wiederholungen aus den Fünfzigern. »Amos-n-Andy« und »Beulah« (beide bezeichnenderweise ebenfalls von den Hal Roach Studios produziert); verzerrte Karikaturen, die mehr über die weiße Rezeption afroamerikanischer Kultur aussagten als über Schwarze. Deshalb waren meine bevorzugten Charaktere die kleinen Strolche Farina, Stymie und Buckwheat.

Farina, gespielt von Allen Hoskins, der Ernie »Sunshine Sammy« Morrisson aus der Originalbesetzung ersetzte, war ein afroamerikanischer Huck Finn mit bänderdurchwobenen Zöpfen und stets zerlumpten Hosen. Im Gegensatz zu Morrisons gewählter neuenglischer Ausdrucksweise war Farina ein Possenreißer, der ein sturzbachprasselndes Dialektenglisch sprach, eine Westentaschenausgabe des damals erfolgreichsten schwarzen Komödianten Stepin Fechit.

Stymie Beard, der auf Farina folgte, war ein liebenswerter segelohriger *trickster* mit einem Derby-Hut. Er war der Hellste der Bande, ein erfindungsreicher Unternehmer, der stets mit einer Lösung für ihre Probleme aufwarten konnte. Man wußte einfach, daß Stymie, wenn er erst einmal erwachsen wäre, ein *pimp* werden würde.

Billy »Buckwheat« Thomas' Markenzeichen war ein wirrer prä-sechziger Afro. Er blieb sowohl den rassistischen Scherzen seiner Spielgefährten wie auch seiner gesamten Umwelt gegenüber unbeeindruckt selbstvergessen, was nicht nur der Tatsache geschuldet war, daß er der Jüngste der Besetzung war.

Während ihrer aufeinanderfolgenden Regentschaften waren Farina, Stymie und Buckwheat stets auch popkulturelle Ikonen, an denen sich der Zustand der *race relations* ablesen ließ. Wenngleich diese Feststellung so offenkundig wie unnütz ist, muß sie erwähnt werden, weil sie ein beliebtes *issue* darstellte, an dem sich die Gemüter der repräsentationsbewußten *negroes* entzündeten, und einen Nachhall dieser Debatte meint man auch in Penelope Spheeris Adaption zu hören. Farina, Stymie and Buckwheat werfen ein schlechtes Licht auf »*The Race*«. Zumindest wurde dies in der Öffentlichkeit in Gegenwart des Weyssen Mannes behauptet, hinter verschlossenen Türen amüsierten sich diejenigen, die dies behaupteten, nicht weniger vergnügt als der Rest des Landes. Als Kinder ärgerten wir einander, indem wir uns Farina oder Buckwheat riefen. Möglicherweise war das eine Form des vom Rassismus hervorgerufenen Selbsthasses. Aber es war auch ein Weg, den Schmerz zu neutralisieren, den diese Bilder hervorriefen, eben weil wir sie sympathisch fanden und Mitgefühl für sie entwickelten. Immerhin war Buckwheat das einzige, was wir in den frühen Sechzigern hatten.

In dem von Spielberg mitfinanzierten Remake, das nach der Fernsehserie benannt ist und nicht nach dem Original, ist von alledem nichts mehr zu spüren. Buckwheat hat sich äußerlich kaum verändert: Er ist immer noch kosmisch abwesend, tanzt seinen schrägen kleinen *jig* mit wehenden Dreadlocks statt mit abstehenden Buschmannsträhnen und singt seine merkwürdigen kleinen Lieder. Was sich allerdings verändert hat, ist seine Mom. Sie ist nicht länger ein fettes Dienstmädchen. Sie ist Whoopi Goldberg.

Dieser Unterschied beschreibt eindeutiger als alle komplexen Analysen die Reduktion der vielschichtigen und fragwürdigen Repräsentation afroamerikanischer *images* des Orginals auf die Alle-Menschen-werden-Brüder-Litanei, mit der nicht nur das weiße Amerika sich über die Wirklichkeit hinweglügt. Dazu paßt, daß Stymie seiner unerschöpflichen,

erfinderischen Schmeichelkünste beraubt wurde. Stymie war ein *Con-Artist*, ein cooler *Mack-Cat-Daddy.* Jetzt ist er bloß noch clever.

Zwar bedient sich die Spielberg-Sheeris Version ausgiebig bei den Slapstick-Einlagen des Originals, vermeidet aber peinlichst alle Anspielungen auf *race and class*, die das Original auszeichneten. Statt dessen kapriziert der Film sich ausschließlich auf den Sexismus des »He-Man Woman Haters Club« der Bande. Alles dreht sich um Alfalfas törichte Schwäche für die launische Darla. Alfalfa übt seine Zuneigung aus, indem er ihr erzählt, er sei ein Feminist. (Hey Jungs, gebts doch zu, wenn es darum geht, ne Frau flachzulegen, sind wir alle Feministen.) Aber selbst das kriegt der Film nicht hin. Darla unterläuft alle feministischen Ambitionen des Films, weil sie in traditionelle heterosexistische Verhaltensweisen zurückfällt und sich wie eine mitgiftgeile Zicke benimmt, als ihr von einem Macauly-Culkin-Klon, der gleichzeitig der Sohn von Donald Trump ist, der Hof gemacht wird.

Zum Schluß spielen Spielberg und Spheeris die Klaviatur der großen Gefühle auf eine Art, die selbst Rodney *»Can't we all Get Along«* King zum Kotzen brächte. Wenn Sie das Gehirn Ihres Kindes mit diesen Lügen vergiften wollen, sind Sie herzlich eingeladen. Aber Ihr Kind wird Sie im Schlaf abstechen, sobald es groß genug ist.

Von Darius James erschien ein Auszug aus seinem Roman »Negrophobia« in Literatur KONKRET 94/95

Konkret 01/95, S. 49

Thomas Palzer

Logik des Konkreten

»Das Paradigma des Ideologischen« – Der englische Literaturwissenschaftler Terry Eagleton hat eine marxistische Geschichte der Ästhetik geschrieben

Kennen Sie den? – Auf die Frage, was ihm an Paris am besten gefalle, soll ein Irokesenhäuptling geantwortet haben: die Imbißbuden.

Was uns Kant da in seiner 1790 erschienenen *Kritik der Urteilskraft* überliefert, scheint vorwegzunehmen, wovon heute sämtliche ästhetischen Debatten durchstimmt sind: das Bestreben, der Moral Geschmack beizubringen und dem Körper ein Prestige zurückzuerstatten, das er so nie besessen hat. Die philosophische Tradition betrachtete den Körper lange Zeit als ein Battlefield, auf dem sich der Pöbel der Sinne (Kant) austobt – und der deshalb der Vernunft und ihrem monarchischen Anspruch zu unterwerfen sei. Diese Sichtweise hat sich inzwischen, wo kein Feuilleton mehr ohne den zerstückelten Körper des Splatter-Films auskommt, gründlich geändert. Die totale Vergeistigung hat beträchtlich an Attraktivität eingebüßt. Dafür spricht auch die tägliche Einnahme von Vitaminpräparaten – sie spricht für einen lutheranischen Umgang mit den Lüsten. Nicht der Geist ist es, der auf die Erde hinabsteigt, sondern der Körper, der qua Datenhandschuh und Sturzhelm heim ins Reich geholt wird. Aber das gehört nur am Rande hierher.

Andererseits: Um die blanke Befriedigung sinnlicher Lust kann es der Ästhetik nicht gehen. Immerhin fragt sie danach, wie wir angemessen leben sollen. Wenn Kunst einerseits die Libido verewigt, um andererseits gewisse Ewigkeiten an den Ort und die Zeit zurückzubinden, deren Zusammenspiel jene hervorgebracht hat, dann geschiehtdas, um eine Universalwissenschaft der Subjektivität zu installieren. Nur eine solche wird es fertigbringen, die Dichotomie zwischen Tatsachen und Wertvorstellungen aufzuheben.

Wie sollen wir leben? – Jedenfalls müssen wir inmitten einer Kultur leben, die ihre quotengesteuerten Verblödungsstrategien als Volksnähe verkauft und darum in der Kunst nur noch einen Erlebnispark sieht; die hedonistisch genug ist, um alles irgendwie in-teressant und circensisch zu finden; die für ihre Geschmacksurteile Ubiquität reklamiert und Keksdosen wie (»Focus«-)Kulis oder Kalender von Reifenherstellern zu permanenter Schönheit verurteilt. »Die bürgerliche Gesellschaft«, schreibt Eagleton, »mißt der Kultur einen extrem hohen Stellenwert zu und hat doch keine Zeit für sie.«

Im falschen Leben sich richtig einrichten zu können, ist nicht so sehr eine Frage des gelungenen Möbelarrangements und der mit dem Prüfsiegel des deutschen Einzelhandels veredelten Raumausstattung als vielmehr eine der Ästhetik, wenn sie diesen Namen verdient. Uns daran zu erinnern, daß Kunst mehr will als adrett sein, ist das Verdienst des englischen Literaturtheoretikers Terry Eagleton, dessen 1989 verfaßter Essay *Ästhetik – Die Geschichte ihrer Ideologie* jetzt auf deutsch erschienen ist (nach der furiosen *Ideologie,* die im Original jüngeren Datums ist). Die *Ästhetik* beharrt auf dem Willen zu politischer Emanzipation und darauf, daß der Konflikt zwischen Hoffnung und Verzweiflung einer ist, dem mit dialektischem Denken beizukommen ist.

Also: Die Versöhnung zwischen Körper und Geist war nötig geworden, weil die Gedanken von den Gefühlen abgefallen waren. Gewiß, zu den Errungenschaften radikalen Denkens zählt zweifellos die Wiederbelebung des Körpers. Inzwischen modelliert sich jeder einzelne von uns recht und schlecht nach den Regeln eines Kunstgebildes – denn mit Nietzsche wissen wir, daß allein der Körper jene Wahrheiten produziert, die für uns erreichbar sind – , und allen Päpsten der Welt zum Trotz sind wir nur für Wahrheiten empfänglich, zu denen wir hinauflangen können. Nur deshalb ist jeder ein Künstler, weil er selbst außerdem noch ein Kunstwerk ist. Künstler und Kunstwerk müssen wir sein, um aus dem Fundus der Gestaltungsmöglichkeiten dasjenige Gesetz herausgreifen zu können, das wir selbst uns geben wollen. Wo man nämlich früher auf eingespielte Regeln und Rituale vertrauen konnte, beginnt heute, da irgendwelche Werte nicht einfach aus der Tradition abzuleiten sind, eine Inszenierung des Alltags, eine Akrobatik des Abstimmens und Ausbalancierens von verschiedenen Einzelbiographien und damit verbundenen Lebensansprüchen und Vergangenheiten, die mit der Tyrannis des Theoretischen schlecht zu vereinbaren sind. Gegen das Diktat der Theorie rebellierte ja der Körper, weil klargeworden war, daß vernünftiges Verhalten von Fragen menschlicher Glückseligkeit nicht abzutrennen ist.

Nun vermag zwischen dem Universalismus der Vernunft und den Einzelheiten der Sinne, zwischen meinem Fuß und seinem bzw. deinem nur die Ästhetik zu vermitteln. So wollte Schiller kraft des Schönen und Erhabenen den Bürger, der seine ethisch-politischen Pflichten höflicherweise als Neigung verinnerlicht hat, erziehen – und Eagleton sieht in diesem mildtätig patriarchalen Ansatz durchaus eine Utopie von Freiheit und Selbsterschaffung aufscheinen. Entgegen dem weitverbreiteten Desillusionismus ist er – ganz Dialektiker – der festen Überzeugung, »daß eine wünschenswerte zukünftige Gesellschaft bereits im gegenwärtigen System angelegt« sein muß. Daß die bürgerliche Gesellschaft sich selbst überwinden wird, steht für Eagleton nicht zur Diskussion; unbeirrt baut seine *Ästhetik* und gerade sie an diesem marxistischen Projekt weiter.

Die Bindungen, die heute zwei oder mehr Personen (oder Füße) zum Verbund machen, sind anderer Art, was Umfang, Verpflichtungscharakter und Dauer angeht, als die, die das sogenannte Familienministerium (oder die Bundesvereinigung der Orthopäden) halluziniert. Aus Bedürfnissen, Interessen, Anstrengungen, Oppositionen, Irrtümern und Erfolgen ist ein neues Spektrum des Privaten erwachsen – und daran geknüpft die Forderung nach einer postpolitischen Politik, die verhindert, daß eine voll entwickelte Identität übernommen werden muß. Die Zeiten, wo einem einer von hinten über die Schulter langte, um mit den Worten »Das da bist du« auf irgendeine diffuse Stelle des Fotos zu deuten, welches man sich gerade ansah, gehören unwiderruflich der Vergangenheit an.

Heute müssen Identitäten wie soziale Beziehungen gebastelt werden, weil sie sich nicht mehr auf das Blut, das Territorium oder auf das Geschlecht selbstvergewissernd berufen können – diese Trias des falschen Echten. Aus den Not-, Zwangs- oder Solidargemeinschaften sind Wahlverwandtschaften geworden – oder sie werden zumindest angepeilt – , wechselnde Allianzen, die sich in allen ihren Teilen den Status der Allianz einfach selbst und kraft der Imagination verleihen – jenseits von monologischen Lebensstilen, heiligen Schwüren und dem polizeilichen Erkennungsdienst, der darauf besteht, daß einer nur das werden kann, was er schon ist. Allmählich verwandelt sich die Gesellschaft in eine Institution, die sich ihres imaginären Status bewußt wird.

Daher – vom Individualisierungsschub – also kommt, daß seit dem Ende der 70er Jahre das Interesse an der Ästhetik drastisch zugenommen hat, sozusagen das Interesse am je eigenen Fuß, genährt von dem Verdacht, daß die herrschende Rationalität nichts von dem erkennen kann, was außerhalb ihrer eigenen Begrifflichkeit liegt – etwa den Geruch von Turnschuhen oder von Thymian oder die taktile Qualität von Holz. Erleben und Erfahren werden vom rationalen Begriffssystem ausgegrenzt. »Ich möchte«, schreibt beispielsweise der französische Mathematiker und Philosoph Michel Serres in *Die fünf Sinne* – einem Buch, das genau dieses thematisiert: das Verhältnis des Subjekts zu dem, was ihm durch die Sinne unmittelbar gegeben ist – , »ich möchte, daß Wissen uns leben macht, daß es uns kultiviert; ich möchte, daß es uns Haus und Wohnung ist, daß es uns hilft, zu essen und zu trinken, langsam zu gehen, zu lieben, zu sterben, zuweilen auch wiedergeboren zu werden, ich möchte zwischen seinen Laken schlafen, und ich möchte, daß es uns nicht äußerlich ist. Aber diese lebendige Kraft hat es verloren; wir müssen uns sogar vom Wissen heilen.«

Mag sein, daß wir uns vom Wissen heilen müssen – noch mehr indes, nach wie vor, müssen wir uns vom Unwissen heilen. Auch Terry Eagleton, Professor für Englische Literatur und Kritische Theorie am konservativ geprägten Thomas Warton-Lehrstuhl in Oxford, geht es jedenfalls um eine Ästhetik, die wir noch nicht haben, um eine – wie er es nennt – Logik des Konkreten. Eagleton weiß, daß Gedanken und Gefühle, Werte und Tatsachen wieder zusammengehen müssen. An diesem Schnittpunkt steht die Ästhetik – und das deshalb, weil die Empfindung des Schönen auf eine Weise Solidarität stiftet, die allen anderen überlegen ist. Gefühle verbinden mehr als Erkenntnis oder Moral, zumal letztere dazu neigt, Probleme lösen zu wollen, statt sich selbst als das eigentliche Problem zu begreifen. Das ästhetische Urteil erzeugt bei denen, die es teilen, das nahezu ozeanische Gefühl, in der Welt zu Hause zu sein. Wirkliche soziale Solidarität und ziviler Zusammenhalt funktionieren – romantisch gesprochen – nach Art von Künstlergruppen und deren Corperate identity und entsteht nur dort, wo das Gemeinschaftsgefühl im »affektiven und appetitiven Individuum« gründet: in der Unmittelbarkeit des sinnlich erfahrenen Lebens. Ästhetik besitzt eine verführerische Definitionsmacht – und ist darum »geradezu das Paradigma des Ideologischen«. Sie beansprucht universelle Hegemonie, wiewohl sie im Subjektiven verankert ist. Ästhetik, wie Eagleton sie zu Recht versteht, verweigert den connaisseurhaften Selbstgenuß und den Terror des Allgemeinen zugunsten einer »Selbstverwirklichung innerhalb gegenseitiger Bindungen«. Zugleich ist nur sie imstande, jene Werte zu bezeichnen, die die Tatsachen verleugnen, aus denen sie hervorgegangen sind.

Die Preisgabe hegemonialer Ansprüche, wie sie zur Inkunabel der Postmoderne geworden ist, bedeutet für Eagleton zugleich die Preisgabe jedes Gestaltungswillens. Wer jede Wahrheit der ungebührlichen Totalisierung bezichtigt, begibt sich in einen Regreß, wo am Ende das geduldete Nebeneinander sich in ein totalitäres Regime verwandelt hat, dessen multikulturelle Buntheit sein Wesen verschleiert. Das Bestehende wird zementiert: Business as usual, nur noch hegemonialer.

Eagleton wehrt sich dagegen, den Ideologiebegriff rein negativ zu besetzen. Er zeigt, daß an einer möglichen imaginativen Selbstgestaltung der zivilen Gesellschaft die Ästhetik in zweierlei Hinsicht teilhat: einmal, indem sie zwar ununterbrochen von Kunst spricht, damit aber »auch andere Themen meint, die für den Kampf der Mittelklasse um politische Hegemonie von größter Bedeutung sind«; zum anderen, indem Ästhetik immer auch Alternativen zu den »herrschenden ideologischen Formen der Klassengesellschaft« bereitstellt – sich als Kritik in einer entfremdeten Realität zur Erscheinung bringt und so subkulturelle Strategien ermöglicht, die vor dem utopischen Horizont eines adornoschen *Es soll anders sein* agieren. Ästhetik ist Kritik – und die zu leisten ist von einem »konstruktivistischen Stuhl mit robustem Design« (Eagleton), wie jeder leicht einsehen wird, einfach zuviel verlangt.

Solidarität ist ein Begriff, über den sich das derzeit gängige dekonstruktivistische Denken hartnäckig ausschweigt. Entweder flüchtet es vor Politik und Geschichte ins Refugium leiblicher Genüsse, sozusagen in die Verhausschweinung beim Stehitaliener um die Ecke, oder, in der Variante Paul de Mans, spricht es dem Ästhetischen jede Lust ab aus

protestantischer Angst vor der Potenz. Der Dekonstruktivismus liest aus einem folgenschweren Kommuniqué aus dem Weißen Haus bestenfalls eine amüsante Texttheorie heraus. Er verachtet die Fakten. Um einen Bogen in die Geschichte zu schlagen: War l'art pour l'art im Gegensatz zu dem Vorurteil, welches darüber in der Kunstgeschichte kursiert, keine Parole, die besagte, die Kunst habe sich aus den ökonomischen und politischen Zusammenhängen gestohlen und zum Selbstzweck erklärt (vielmehr war l'art pour l'art eine Strategie), ist der postmoderne Dekonstruktivismus hybrider Ausdruck eben dieses Vorurteils: nämlich die ultimative Legitimation dessen, was sowieso passiert; eine faule Ausrede. Eagleton: »Wir sollten also wohl die Kopfjäger zu verstehen suchen, statt sie ändern zu wollen.« Als entschiedener Gegner jenes Denkstils, der unter dem Namen Kulturrelativismus firmiert und der kein Regime für besser als ein anderes hält, scheut sich Eagleton nicht, so einleuchtende Wahrheiten ins Gedächtnis zu rufen wie die,daß ohne den Begriff der Solidarität gesellschaftliche Veränderung überhaupt nicht vorstellbar ist. Darum spielt für ihn – neben Benjamin und Adorno – überraschenderweise auch Habermas und dessen Theoriedes kommunikativen Handels eine wichtige Rolle.

In seiner *Ästhetik* legt Eagleton keine eigene vor, sondern verfolgt die Ästhetisierung des gesellschaftlichen Lebens von 1750 bis heute. Von den englischen Empiristen Shaftesbury und Burke über die deutschen Idealisten Fichte und Hegel bis hin zu Marx, Freud, Heidegger und der Postmoderne unterzieht er die bestehenden Ästhetiken einer dezidiert marxistischen Kritik. Eagleton interessiert, warum der Ästhetik in der europäischen Geistesgeschichte ein so ungemein hoher Stellenwert zukommt. Als einer, der unbeirrt an dem Marxschen Diktum festhält, daß erst ein entwickelter Kapitalismus die Heraufkunft des Kommunismus ermöglicht, weiß er um die Unerläßlichkeit, Entwicklungsgeschichte und Ideologie jenes Bürgertums analysierend zu begleiten – und in der Ästhetik als »fleischgewordene Theorie« haben wir ein genuines Konzept des frühen Bürgertums – , welches im 18. Jahrhundert als Emanzipationsbewegung entstand und auf den Gewohnheiten und Empfindungen sich gleich und frei fühlender Menschen basierte. An einer die Klassengrenzen (nach oben) überwindenden Gemeinschaft interessiert, erkannte das Bürgertum das Schöne als das politisch Nützliche, was dann später zu einer zentralen Begründungsfigur wurde.

Für den Marxismus ist die klassenlose Gesellschaft Selbstzweck – und er kommt darin, ästhetisch gelesen, mit Kant überein, nach dem gilt, daß das Schöne zweckfrei ist. Zweckfreiheit ist freilich unvereinbar mit den kapitalistischen Marktgesetzen, die den Körper und seine Lüste schonungslos verdinglichen und den Geist kolonisieren. Die Entfesselung der Produktivkräfte, wie sie der Marxismus fordert, macht den Staat dagegen zu einem Kunstwerk, zu einer imaginären Institution – und namentlich im Kunstwerk betrachten wir den Vorschein desjenigen Regelsystems, das dem marxistischen Staat jene Freiheit garantiert, die es dem Menschen überhaupt erst möglich macht, sich zu erfinden. Darin liegt gewissermaßen das Erhabene des Marxismus. Das Kunstwerk selbst aber ist ein sinnlich erfahrbares Zeugnis dafür, wie Selbstverwirklichung innerhalb gegenseitiger Bindungen funktioniert, wie Utopie und persönliche Erfüllung zusammengehen – und, vor allem: daß sie zusammengehen. Insofern kommt der Ästhetik eine eminente Bedeutung zu im Kampf um die Autonomie des Subjekts; sie ist der privilegierte Ort, wo eine brüderlich geordnete Gesellschaft denkbar wird. Darum glaubt Eagleton, »durch die Kategorie des Ästhetischen Zugang zu gewinnen zu zentralen Fragen des modernen europäischen Denkens«. Und so ist es auch. Der Adler ist gelandet – am Fuß der blauen Berge.

Terry Eagleton: *Ästhetik.* Aus dem Englischen von Klaus Laermann. Stuttgart, Weimar 1994: Verlag J. B. Metzler, 447 Seiten, 78 Mark

Thomas Palzer schrieb in KONKRET 12/94 über den Roman »Die Ratte« von Andrzej Zaniewski

Konkret 01/95, S. 52

Mathias Wedel

Harte Zeiten

Es ist ja alles so langweilig! Aber es liest sich gut. Über Wolfgang Pohrts Aufsatzsammlung »Harte Zeiten«

Nachdem der Sozialismus, die einzige Ordnungsmacht, die den Westen vor seiner Selbstzerstörung bewahren konnte, zusammengebrochen ist, ohne daß dabei die Massen Appetit bekamen, die »Verhältnisse weltweit zum Tanzen« zu bringen, kommt es, wie es kommen muß – und »nichts ist derzeit so sicher wie die Zukunft«: Die Natur setzt sich durch. Man geht einander an die Gurgel, ohne vorher auszumachen, wer denn Täter und wer Opfer sei, vergewaltigt und bombardiert einander, »ohne ersichtlichen Kriegsgrund«, fällt in Atavismen, brünstelt und rast – in Somalia, Los Angeles, Rostock, Bihac. Die Ossis tun es zu Hause und – wenn man sie läßt – auch auf der Kö, die Afghanen können es nicht lassen, und die Tadschiken haben Spaß daran. Doch »obwohl an aktuellen Themen kein Mangel wäre«, weiß man »nicht recht, worüber man reden soll«. Denn die Welt ist überall dieselbe, überall wütet ein destruktiver Urtrieb, ein mystischer Wille zu Mord und Selbstmord, manchmal mit wechselnden moralischen Vorzeichen: Einmal sind »die Belagerer die Bösewichter und die Belagerten die Unschuldslämmer, mal war's gerade umgekehrt« – im einen Fall sind die in Srebrenica eingekesselten Muslime gut, im anderen die auf der »Ranch Apokalypse« eingekesselten Davidianer böse. So verschieden ist das. So egal.

So gesehen ist die Welt ein Eintopf und dem Autor »praktischer Kritik« bleibt nur das Amt, »die Ähnlichkeit zwischen Phänomenen zu zeigen, die zusammengehören« – und sei es nur deshalb, weil sie sich auf einem einzigen beschissenen Planeten abspielen.

Manches stinkt wirklich zum Himmel, der Pogrom in Rostock, Massenvergewaltigungen in Jugoslawien und der Drogenkrieg in L.A. »Schön, wenn jemand sich darüber noch aufregen kann. Der Verfasser kann es nicht.« Er hat nämlich schon alles oft genug gesagt (»erschöpfend behandelt«), und zwar in »richtigen Texten«. Die Frucht der Erkenntnis, die nach einem langen Forscherleben nun zu ernten ist: »Es kommt, wie es muß. Da kann man nichts machen. Es macht sich alles selbst.« Und wenn nun also das durchgängig waltende, das universelle Prinzip, der Weltgeist gewissermaßen, enttarnt und vielfach nett beschrieben worden ist – was bleibt dem Intellektuellen, der nicht zum Verräter an sich selber werden will, dann noch zu tun? Nun, »ersatzweise spricht man, wie hier, noch mal die alten (Themen) durch, und unter allen möglichen Fehlern ist dies sogar noch der geringste«.

Unter den alten Themen ist das Renegatentum der Linken und ihr neuerlicher hurtiger Übergang vom Mitläufertum zur Gesinnungstäterschaft eins der ergiebigsten. Auch die Frage, wozu es überhaupt Intellektuelle geben muß, wenn sie doch immer »versagen«, bleibt unter Intellektuellen ein gern gepflegter Gesprächsgegenstand. Und ein Autor, der von der Gesellschaftstheorie zur Naturbetrachtung gewechselt ist, ohne dabei – im Unterschied zum Rest der Linken – einige Grundsätze aufzugeben, stellt sich natürlich immer wieder die Frage, wozu eine Theorie zu gebrauchen sei. Wenn er sich angesichts dieser drängenden Fragen den Luxus leistet, dabei »alle zwei Tage die Meinung zu wechseln«, kann die Lektüre über eine gewisse Belehrsamkeit hinaus sehr unterhaltsam sein. Und das ist sie auch.

Das ist aber auch alles. Denn leider sind die Zeiten vorbei, als die Leute zwar kein Problem hatten, die linken geistigen Vorarbeiter sie aber mit jeder Menge Lösungen beglücken konnten. Und obwohl sie kein Problem hatten, haben die Leute ihrer Natur (z.B. Sexualneid und Haß auf die Jugend) freien Lauf gelassen und die fix und fertigen Lösungen verworfen. Beispielsweise haben sie – weil sie aus Sadismus ihre Knaben und Mädchen vernichten wollten – die DDR zu Schanden geritten, sehr zum Schaden aller Beteiligten, ost wie west. Und nun haben sie ein Problem. Aber die linken Literaten haben nun zur Abwechslung keine Lösungen mehr.

In Wirklichkeit – nähme man Wolfgang Pohrt beim Wort – dürften »die Massen« subjektiv aber gar kein Problem haben, gehen sie doch einfach mehr oder weniger sorglos ihrer alltäglichen Verrichtung, der Selbstvernichtung, nach, mal mit mehr, mal mit weniger Gaudi. Objektiv müssen sie natürlich eins haben, denn wenigstens – wenn nun schon die Theorie den Bach runtergegangen ist – , daß es objektiv »schlecht aussieht«, daß »harte Zeiten« herrschen, braucht man als feuilletonistischen Schreibanlaß, zumindest bis »die Selbstschutzmechanismen der Natur« einsetzen und den ganzen Schlamassel noch mal hinkriegen.

Die Hoffnung also, »die Massen« würden angesichts ihrer Probleme – afrikanischer Hungertod, bosnische Hinrichtungen oder Ostberliner Beleidigtsein – beim Autor gelegentlich um Lösungen nachfragen, bleibt. Nichtsdestotrotz, »zu hoffen gibt es ... wenig, zu fürchten umso mehr. Doch auch die Furcht ist anders als früher, sie ist ohne Leidenschaft, eigentlich ohne Emotionen.« Kann man da überhaupt noch schreiben? Ohne eine gehörige Portion Emphase als Rohstoff, Kitt und Schaum? Wenn der Dauerzustand wirklich dauert, wie lang gibt es dann noch Neues, das den Autor, das moralische Wesen, zu öffentlicher Rede zwingt? »Das einstmals moralische Interesse hat sich auf ein technisches reduziert. Die Frage ist nicht mehr, ob das Gute oder Böse siegt, sondern wie lange der Kahn sich über Wasser hält.« Wenn Gut und Böse einerlei geworden sind, wie lange kann man das erzählen, bis es wirklich jeder weiß?

Also beruhigt euch, etwas Böses gibt es schon noch! Zumindest die verräterische Linke, die jetzt, wo sie es gebrauchen könnte, ihr gesellschaftskritisches Gepäck, ihre »Idee von der richtigen Gesellschaft« (also die Lösung) abgeworfen hat und die Effizienz des Kapitalismus feiert. Und das ausgerechnet jetzt, da das Kapital »sich offen als das Verhältnis (zeigt), als welches wir es kritisiert hatten«! Vielleicht sagt sich diese Linke, wer jetzt nichts kapiert, dem hilft auch keine kritische Theorie mehr – »wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein« (Brecht)? War sie das bereits (oder kommt sie noch), die »schwere Wirtschaftskrise« und damit »eigentlich die Chance, um die wir uns vom Spätkapitalismus betrogen glaubten, als wir noch Sozialisten waren«? Quatsch: Der Krieg um den Anteil am westlichen Wohlstand war noch dem letzten Sozialhilfeempfänger im Osten keine Qual, sondern reine Freude, eine Gelegenheit, die in Unordnung geratene Hackordnung lustvoll wiederherzustellen, selbst wenn man sich zum Schluß an drittletzter Stelle wiederfand. Da haben »die Linken« nichts verpaßt. Und die Pohrtsche »simple und offenkundige Wahrheit«, daß »selbst der auf vielerlei Weise unerfreuliche Sowjetkommunismus ein Segen war und sein Zusammenbruch eine Katastrophe« (weil der Sozialismus den Naturtrieb zum Rückfall in die Barbarei im Zaume hielt), war eben irgendwie nicht vermittelbar.

Aber das Versagen »unserer ideologischen Arbeit«, wie v. Schnitzler das formuliert hätte, war nicht die eigentliche Crux. In Wirklichkeit, so Pohrt, beschäftigen sich die Linken andauernd mit der Verdunkelung ihrer revolutionären Vergangenheit, stoßen dabei notgedrungen auf die Frage »Wer bin ich, wenn ich nichts bin?« – also auf das Problem ihrer »Identität« – und entdecken so, ohnehin befangen im Grundübel der Verbindung des Kommunismus mit dem Völkischen, ihr manisches Interesse für die »nationale Identität«, produzieren die Hoffnung, nach dem großen Schlachten werde es »ein Ensemble moderner Nationalstaaten« geben – und sind stracks bei den reaktionären Lebenslügen Volk, Heimat, Vaterland gelandet. Damit sind sie vollends übergelaufen, und das macht die Lage wieder ganz unsicher: Jetzt fehlen dem Westen die Gegner, sowohl der Ostblock als auch die verschworene KONKRET-Leserschaft sind auf Dauer als Ordnungsfaktoren ausgefallen. So bekommt »die Linke« nachträglich Macht, weil sie zur historischen Nullstelle geworden ist. Die Selbstzerstörungskräfte des Kapitals wüten nun, ohne auf Grenzen und Widerstand zu treffen und ohne ersichtliche »Kriegsgründe«.

Eigentlich ist es egal, ob die Entdeckung abrufbarer Triebe als Determinante des Weltgeschehens, der »Wille zu morden und zu zerstören«, sich eher aus der Sozialanalyse Pohrts, den Naturbeobachtungen Darwins, den Coucherfahrungen Freuds oder dem Wahn Nietzsches ergibt. Vorsichtig fragen aber darf man wohl, wo denn in der ganzen viehischen Chose der Trieb zur Selbsterhaltung und zum Überleben geblieben ist. Um auf diese Frage zu kommen, muß man aber dann schon ein ehemals sozialistischer Mitläufer des siegreichen Jubelkapitalismus geworden sein. Sonst käme man natürlich zunächst auf das Naheliegende zu sprechen: Haben »die Massen« keine Interessen, die sie gelegentlich als politische Interessen vorbringen, weil sie Gegensätze von oben und unten, reich und arm, Nord und Süd, Mann und Weib erleben? Hat sich das mit dem Zusammensturz des Sozialismus auch erledigt? Pohrt scheint es so, denn »gern würde man sagen, die Machthaber hätten sich gegen die Menschen verschworen, die aber leider Teil dieser Verschwörung sind. Fast aussichtslos daher, zwischen Täter und Opfer zu unterscheiden. Fehlt aber dieser Unterschied, so nehmen das Elend und das Abschlachten die Form eines monotonen Naturprozesses an«. Alle sind irgendwie böse, und alle sind irgendwie gut. Es trifft Gerechte und Ungerechte. Nach Ursachen zu suchen, ist vergebliche Liebesmühe, denn »erst war der Wille zu morden und zu zerstören. Dann suchte dieser Wille sich den Vorwand«. Angesichts des Pogroms von Rostock nach Gründen von Fremdenhaß zu fragen, führt in den angewandten Rassismus. Hier funktioniert Menschenjagd wie Ebbe und Flut, nach dem labbrigen Dein-Bruder- ist-ein-Ausländer-Motto »Heute die, morgen du«. Bei Pohrt: »Nicht alle stehen ganz oben auf der Prioritätenliste, aber irgendwo steht jeder«, weil »sie in Wahrheit vor allem einander, nicht nur die Ausländer beseitigt wissen wollen«.

Es ist gut, daß es noch Linke gibt, die nicht übergelaufen sind. Aber machen können sie auch nicht viel. Denn »wenn es der wahre Grund aller Kriege ist, daß Frauen ihre Männer hassen, Eltern ihre Kinder und Männer ihre Familien« – tja, wenn das der wahre Grund aller Kriege ist, dann bleibt »uns Linken« nur die Mission, Frauen und Kinder und Männer »und ihre Familien« gründlich abzuschaffen. Vorerst kann man lokal und temporär einzelne Greuel verhindern. Wer deutsche Jungen aus Neid auf deren Lendenstärke in den Krieg gegen Serbien schicken will, »wie dies auch von Cohn-Bendit und anderen Männern in den Wechseljahren gefordert wird«, dem kann man vorerst die Eier abschneiden, damit er »jenseits von Gut und Böse« ankommt. Unaufhaltsam (eben Natur) scheint dagegen »die Regression des höher organisierten Gemeinwesens ..., das der DDR-Staat einmal gewesen war« zu sein, das heißt, »seine Rückbildung in eine Horde«. Es ist überall dasselbe, nur: »Statt mit dem Schießgewehr – wie in Jugoslawien – zerschlugen (die Ostdeutschen) im Herbst 1989 auf kalte Weise ihren Staat. Weil sie einander ... nicht ertrugen.«

Beleg für das überhandnehmende hiesige Barbarentum ist dem Autor die »Spiegel«-Überschrift »Die neue Teilung – Deutsche gegen Deutsche«. Natürlich, daß Westler mit einer Pfandflasche »Bier von hier« im Osten erschlagen werden, das gab es früher nicht (da brachten die Westler ja auch noch Geschenke mit). Pohrt müßte aber einmal beobachten, mit welcher Verbissenheit sich die barbarischen Werktätigen disziplinieren, der neuen Gesellschaft genehm zu sein, welche »grandiosen Anpassungsleistungen« (H. Kohl) sie vollbringen und wie sie ihr Aufschwung-Lächeln hissen. Sie kommen an in der westlichen Zivilisation. Wenn das irgendwie auch dasselbe ist, wie das Morden in Bosnien, dann haben wir hier eben eine »Ähnlichkeit zwischen Phänomenen, die zusammengehören«.

Wenigstens sind für Pohrt die alten Sehnsüchte der Menschheit – zum Beispiel nach Gleichheit – nicht aufgehoben, man müßte ja sonst verzweifeln: Indem Serben, Kroaten, Ukrainer, Weißrussen an verschiedenen Plätzen des Ostens »den Tod suchen«, versuchen sie schlußendlich nur die »Gleichheit zu erreichen, die sie im Leben nicht erlangen konnten«. Es ist alles so langweilig. Jetzt das Schlachten.

Und erst die KONKRET-Kongresse! Oder Hannah-Arendt-Gedächtnisstunden, wo »wir von weither zusammenkommen, um einander geschriebene Texte vorzutragen, obgleich die Post funktioniert«. Aber was tut nun bei all dem der Intellektuelle? Ob er seine Texte nun vorliest oder per Post schickt – er kommt nicht weiter. Wenn doch die Menschen das Schlechte wenigstens bloß in der Einbildung täten, es wäre (für sie) das beste! Dann könnte ihnen eine Theorie die Augen öffnen, sie die Verhältnisse erkennen lassen, die sie zu Barbaren machen. Aber sie tun Schlechtes tatsächlich und ohne guten Grund, sind einfach das, was der Kapitalismus sie nun sein läßt. Wolfgang Pohrt, wie man sieht, gehört jedenfalls nicht zu denen, die »gerade dann die Dinge unnötig komplizieren, wenn sie leider furchtbar einfach geworden sind«. Der Mann will noch was. »Die Frage ist nur, ob wir wenigstens in der Lage sind, einen oder zwei Schritte vorauszudenken. Die Fähigkeit zum intelligenten Sandkastenspiel ist die Mindestvoraussetzung dafür, die aktuelle Entwicklung überhaupt noch mit Interesse zu verfolgen. Andernfalls entsteht ein Fatalismus, der über den Stumpfsinn zum Autismus führt.«

Wolfgang Pohrt: *Harte Zeiten. Neues vom Dauerzustand.* Edition Tiamat, Berlin 1994, 208 Seiten, 28 Mark

Mathias Wedel hat kürzlich das Buch »Einheitsfrust«veröffentlicht (Rowohlt-Berlin)

Konkret 01/95, S. 54

Dietmar Dath

Die Macht des Schicksals

Bone, der Comic des amerikanischen Zeichners Jeff Smith mit den anmutigen, cartoonartigen Ballonfiguren, hat in den USA binnen kürzester Zeit Kultstatus erreicht. Sein Erfolgsgeheimnis ist Smith(Beherrschung einiger nicht ganz so simpler Genregesetze

Bone von Jeff Smith ist gut und schön, das sehen die meisten Menschen, denen man diesen Comic zum Lesen vorlegt, gleich. Aber mit dem Erklären der spezifischen Güte und besonderen Schönheit, die Smith da vor ihnen ausgebreitet hat, tun sie sich eher schwer. Es ist auch ein einigermaßen schwierig gelagerter Fall, man kommt nicht sogleich drauf, denn aussehen tut das Ding wie viele andere Sachen, ein bißchen glatter (im guten Sinn: unlästig) als das Übliche vielleicht, ein bißchen selbstbewußter, was die Kontrolle über das, was da hingezeichnet wird, und das, was Smith lieber wegläßt, angeht, aber doch nicht »sensationell anders«.

Smith veröffentlicht *Bone* als schwarzweißes Heftchen und als ebenfalls schwarzweißes Paperback (Inhalt: je sechs der Heftchengeschichten, bislang sind zwei dieser PBs erschienen) in einem Kleinst-Verlag, und das war am Anfang sehr mutig, weil man ja nicht weiß, ob irgend jemand sich dafür interessiert, inzwischen aber hat er es im Direct-Sales-Market mehr als »geschafft«: Die Leute sind verrückt nach *Bone*, es gibt Trading-Cards zum Sammeln, kleine Porzellanfiguren, T-Shirts und geschmackvolle Emaille-Anstecker der Hauptcharaktere, während die internen Branchenpublikationen der Vertriebsfirmen und des Fachhandels fragen: »What will be the next *Bone*? Make money with Independents.«

Wie ist das zu erklären? Nichts nachvollziehbarer als das, ich finde *Bone* ja selber gut bis, gelegentlich, hervorragend, immer aber hübsch instruktiv und gemäßigt bedeutungsvoll. Auf deutsch: Es langweilt einen nicht zu Tränen wie das meiste andere Zeug da draußen. *Bone* – das scheint eine Gattungsbezeichnung zu sein für die kleinen weißen Ballonartigen, die zur Zeit in dreifacher Ausführung Smith' Comic bevölkern, als da wären der lange Smiley Bone (»Erhat kein Hirn«, sagt Großmutter Ben über ihn und meint das nicht abwertend), sein Cousin, der knubbelige, geschäftstüchtige Phoney Bone (»Phoney« bedeutet so viel wie »Heuchler« – in *Bone* ist der Vorname Phoney eine Abkürzung, ausgeschrieben nennt sich der Bursche »Phoncible P. Bone«, das »P.« bleibt vorerst rätselhaft), und schließlich der »richtige Bone«, wie die Kids finden, der »eigentliche« Held, Fone Bone, Cousin der beiden vorigen. Die drei sind nicht wirklich Tiere, eher eine schon sehr abstrakte Version des alten Cartoonisten-Tricks, den Scott McCloud in *Understanding Comics* den Maskeneffekt nennt.

Understanding Comics enthält nach meinem eigenen und durch Feldforschung bei anderen Genre-Liebhaberinnen und Liebhabern erfragten Wissen die erste sofort einleuchtende Theorie des »Cartoonhaften« und was daran unsere Anteilnahme erheischt: Reduzierte, mondgesichtige kleine »funny animals« erleichtern die Identifikation nach McCloud deshalb, weil man von sich selbst, im Gegensatz zur beobachtbaren Umwelt und den darin agierenden Gestalten, stets eine nur auf »Ausdruck« reduzierte, schematisierte Auffassung hat, wie von einer Maske, die man trägt, nur den »Gesichtsausdruck« meint man sich vorstellen zu können, aber keine Details – prompt bestehen Smith' drei Bones fast nur aus sehr sprechenden, sehr ergreifenden, sehr treffenden Gesichtsausdrücken von Glück über Zweifel, Angst und Zorn bis zu dem-Mädchen-den-Honig-unter-Strapazen-besorgt-haben-nur-um-dann-feststellen-zu-müssen-daß-sie-sich-lieber-mit-einem-blöden-Dorfheinz-abgibt (letzterer Gesichtsausdruck rührt schon sehr ans Herz und an den Kitsch, aber was sein muß, muß sein). Man ist also selbst ein Knubbel, ein Bone beim Lesen und durchlebt nochmal die Erfahrung, die Fone Bone in seinem Liebesbrief an das Mädchen Thorn aufzuschreiben versucht: *»Dear Thorn, I know that I am short, bald, and have a big nose, but I like you a lot! Signed, a secret admirer.«*

Anders als bei den »Niedlichen« des großen Felix Reidenbach, deren Physiognomien ebenfalls an McClouds Theorie denken lassen (was Reidenbach selbst bestätigt), gibt es in *Bones* Welt jedoch keine »ausgearbeiteten Hintergründe« sozialer Art = keine Peinlichkeitserlebnisse, kein unsere Konstitutionen angreifendes, grundsätzliches Zweifeln am Sozialen (»Wie bin ich eigentlich hier reingeraten?«) – *Bone* ist freundlicher und daher tückischer, weil abstrakter, in gewisser Weise erkünstelter als die oberflächlich gesehen ähnlichen deutschen »Niedlichen«. Damit meine ich nicht plan und platt die Feststellung, daß der Ort der Handlung, Boneville, und die ihn umgebenden Wälder und Dörfer und Wüsten und Gebirge nicht inmitten »moderner Industriegesellschaft« zu finden sind. Das ist einfach eine Märchenkonvention, und als solche hypnotisiert es niemanden. Aber Smith reduziert seine Märchenkonventionen genauso wie seine im Vordergrund agierenden Helden, der Wald ist ein Cartoonwald, der Himmel ist ein Cartoonhimmel, und die Menschen, mit denen die drei Bones zu tun haben, sind nicht menschlicher als diese Bones selber.

Smith verstößt damit gegen ein McCloudsches Gesetz, wonach die Identifikation mit den Cartoonmännchen ausbalanciert werden muß durch elaborierte Hintergründe – man denke an die frühen abendfüllenden Zeichentrickfilme aus der Disneyfabrik, mit den gemalten Hintergründen. Daß man McClouds Gesetz, ein Gesetz der Redlichkeit sozusagen und des Anstands, einfach ignorieren kann, ist bei Disney spätestens seit »Aladdin« klargeworden, wo die Anstandsverletzung per Computerhintergrund allerdings der bösen, hochreaktionären Einschüchterung der Sinne dient, wie das der Imperialismus

eben so tut. Der nächste, in jedem Fall sehenswerte Disneyfilm »König der Löwen« geht wohl an dieser Front wieder einen Schritt zurück, weil er andere Methoden der visuellen Einschüchterung ausprobiert, aber auf lange Sicht wird sich der Gestus durchsetzen, und da ist es nur gut und tröstlich, wenn auch ein paar gute Menschen, die sich allerdings via avantgardistische Ästhetik immer am Rande des Reichs des Bösen (eben Disney) entlangarbeiten müssen, diesen Gestus für die Ziele der, sagen wir, Aufklärung einsetzen – der Gestus allseitig abgerüsteten Hintergrunds muß nämlich nicht unbedingt einschüchtern, er kann ja auch »ergreifen« in dem Sinne, in dem revolutionäre Kunst ergreift.

Das bedeutet bei Smith, daß selbst ein so »zeitgemäßer« Gauner wie Phoney Bone und seine »Gier« (ein allerdings verdächtiger Begriff, dem Smith auch nicht ganz traut) nach Reichtum durch Smith' besondere Erzählweise einen mythischen Beiklang bekommt; besonders gut illustriert das die Geschichte »May the force be with you«, die Smith origineller- und passenderweise ausgerechnet für die Jugendzeitschrift »Disney Adventures«, August 1994, gezeichnet hat, wo Fone und Phoney eine Schatzkarte im Wald finden und Phoney argumentiert, hier sei die Vorsehung am Werk, die er »Capitalism« nennt. Fone: »You honestly believe that capitalism is a power that be?« Phoney: »I'm tellin'ya, Fone Bone! It's a Cosmic Force in its own right!«

Das Geheimnis der Kraft von Smith' *Bone* dürfte demnach die Kühnheit sein, mit der Smith auch noch das letzte Konkrete abstrakt macht, diesen Vorgang aber nicht wie Disney als Zauberei maskiert, sondern vollständig transparent hält, so daß man sich schließlich nicht mehr nur mit den Figuren identifizieren kann, sondern auch mit der Story.

Jeff Smith: *Bone.* Columbus/Ohio: Cartoon Books 1992 ff. Einzelheft: 2.95 Dollar, Paperback: 12.95 Dollar

Dietmar Dath schrieb in KONKRET 12/94 über das Universalgenie Buckminster Fuller

Konkret 01/95, S. 56

Udo Sierck, Christian Mürner

Sackgasse des Selbstbetrugs

Vor allem für seine Erzählung »Eine persönliche Erfahrung« ist der japanische Schriftsteller Kenzaburo Oe mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet worden. Die hiesigen Pressereaktionen darauf spiegeln den Stand der neuerlichen »Euthanasie«-Debatte

Die Fragen, die der neue Literatur-Nobelpreisträger Kenzaburo Oe in seinem Roman *Eine persönliche Erfahrung* aufwirft, sind im Westen seit einigen Jahren außerordentlich aktuell. Sie berühren zum einen die neue »Euthanasie«-Debatte im Zusammenhang mit schwerstbehinderten Neugeborenen, zum anderen Fragen der Benutzung behinderter Menschen zur abschreckenden Illustration der schädlichen Folgen von Radioaktivität (»Ob das nicht eine Folge des nuklear verseuchten Regens ist?«). Wie problematisch derlei ist, zeigt sich beispielsweise an den Pressereaktionen von »FAZ« bis »Taz«.

Eine persönliche Erfahrung handelt von einem Vater und seinem neugeborenen, behinderten Sohn. Gleich nach dessen Geburt wird der Vater, ein Hochschullehrer, in die Klinik bestellt, »denn das Kind weist eine Anomalie auf«. Als er dort ankommt, hat er den Eindruck, daß die Ärzte ihn mit schamlosem Spott als »Vater des Monsters« betrachten. Für sie ist die Diagnose »Gehirnhernie« – Gehirnmasse, die an einer Stelle der Schädeldecke durchgebrochen ist – gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Zwar gibt es operative Möglichkeiten, aber man sagt dem Vater, »es wäre für das Kind selbst, und auch für Sie und Ihre Frau, das beste, es stürbe rasch«.

Der Vater flieht vor der Entscheidung für oder gegen das Leben seines Sohnes in alkoholische und sexuelle Exzesse. Er wird von Tötungsphantasien heimgesucht, die er seiner Frau nicht mitteilt. Er sieht sich weder als »vollkommener Schurke«, der »das Baby auf der Stelle zermalmte«, noch als »vollkommen tugendhafter Mensch«, der unverzüglich alles medizinisch Mögliche veranlaßt, und steuert so in die »Sackgasse des Selbstbetrugs«, die Tötung und Akzeptanz des behinderten Sohnes gleich möglich erscheinen läßt. Diese Ambivalenz ist dem Vater auf Dauer unerträglich. Auf den letzten Seiten berichtet er schließlich, daß der Sohn tatsächlich operiert wird und dann seinem Vater sogar ähnlich sieht. Der Schluß des Romans präsentiert den behinderten Sohn als Medium, an dem der Vater seine Angst vor eigener Behinderung bearbeitet.

Die Pressereaktionen auf dieses Buch waren aufschlußreich: Die »FAZ« gab seinen Inhalt so wieder: »Der Held gerät in einen der schwersten denkbaren Konflikte: Er wird Vater eines durch einen Gehirnschaden grauenhaft behinderten und verstümmelten Kindes. Er beschließt zunächst, dieses offenbar nur zur Qual und einem negativen Hindämmern verurteilte Wesen von der Mutter zu trennen und in einer Klinik an Unterernährung eingehen zu lassen.« Der »Rheinische Merkur« und sein Autor Siegfried Schaarschmidt meinten zu den letzten Seiten des Buches: »Daß am Schluß dann doch operiert wird, was dem Kind zu einer wenigstens ›pflanzenhaften‹ Existenz verhilft, und die junge Familie sich mutig wieder zusammenfindet, mag ... eine strukturelle Schwäche bedeuten; aber mit solchen ›Kehren‹ muß man bei einem Moralisten rechnen – es entspricht seiner Art der verpflichtenden Ehrlichkeit.«

Schaarschmidt, der deutsche Übersetzer der Werke Oes, beschrieb auch in einem »Taz«-Beitrag das Neugeborene in Oes Roman als eine wohl nur »pflanzenhafte« Existenz, um dann hinzuzufügen, Oe habe das Thema objektiviert. Er wiederholte damit ein Argument der »Euthanasie«-Verfechter, die manche Neugeborene mit Gemüse vergleichen und ihre Tötung fordern. Mit dieser sprachlichen Anknüpfung verkehrt der Übersetzer Oes Intention ins Gegenteil.

Die »Zeit« zitierte Oes angeblich berühmtesten Satz. Er erzählt die erste Begegnung des Romanautors mit seinem behinderten Sohn Hikari: »Um mich ohne Selbstbetrug dem Monster von Baby zu stellen, statt vor ihm davonzulaufen, habe ich nur diese beiden Möglichkeiten: Entweder ich erwürge es mit meinen eigenen Händen, oder aber ich akzeptiere es und ziehe es groß.« Mit diesem Satz leiten die »Zeit«-Autoren Chikako Yamamoto und Georg Blume ihre Kritik an der Behauptung ein, Oe verdanke seine literarische Existenz lediglich seinem Sohn Hikari. Während sie dieser Einschätzung ausführlich widersprechen, bleibt das Bild vom behinderten Säugling als Monster und die Option, es töten zu dürfen, unkommentiert stehen. Kein Gedanke darüber, daß solche Äußerungen die gegenwärtige Debatte um »unwertes« Leben prägen und ganz unliterarisch gefährlich praktisch gemeint sind. Auch fehlt eine Erörterung der Frage, warum die aus dem Alltagsdenken übernommene Vorstellung vom behinderten Baby als Monster plus Tötungsphantasie einen Schriftsteller zum Nobelpreisträger qualifizieren soll. »Hiroshima ist für ihn bloß die gesellschaftliche Katastrophe, die er auf der persönlichen Ebene mit der Geburt seines Sohnes gleichsetzt«, schreiben Yamamoto und Blume und assoziieren damit ganz selbstverständlich das Leben eines behinderten Kindes mit den Folgen eines Atombombenabwurfs. Da es den atomaren Krieg unbedingt zu verhindern gilt – was denkt wohl die Leserschaft der »Zeit« bei dieser Parallelisierung über das Existenzrecht behinderter Kinder?

Oe selbst hat die Antwort gegeben. Seinen zeitweiligen Wunsch, sein Sohn möge sterben, hat er als Infragestellung der eigenen Menschlichkeit beschrieben. Den »Zeit«-Autoren reicht das nicht. Sie machen aus Hikari einen Über-Behinderten, der die Normen der Nicht-Behinderten wieder ins Gleichgewicht bringt: Hikari gibt 1992 eine selbstkomponierte CD

heraus und entpuppt »sich dabei als Musikgenie mit dem Verstand eines Sechsjährigen«. Es scheint so, als benötige das Bekenntnis des Literaten Oe zu seinem Sohn eine zusätzliche Rechtfertigung. Was aber soll mit jenen Behinderten geschehen, die ihre Besonderheit nicht durch gesellschaftlich anerkannte Genialität aufwerten können?

Die Beurteilungen von Oes Buch folgen den Strategien der Normalisierung und Instrumentalisierung behinderter Menschen. Dabei geht es nicht um eine äußere, sondern um eine innere Kolonisierung. Wie Kolonialherren die Kolonisierten, so dominiert die normalisierend-nichtbehinderte Sichtweise diejenige behinderter Menschen, bis ins lebensbedrohende Extrem.

Kenzaburo Oes behinderter Sohn Hikari wurde 1963 geboren – ein Jahr vor der japanischen Veröffentlichung des Romans *Eine persönliche Erfahrung.* In einem Interview mit der »FAZ« hat Oe ein beeindruckendes Beispiel für Autonomie und Selbstkritik gegeben: »Richtig ist, daß ich in den 31 Jahren unseres Zusammenlebens versucht habe, das zu schreiben, was er gern gesagt hätte, wenn er sich sprachlich mitteilen könnte. Wenn ich heute seine Musik höre, meine ich, daß er keines stellvertretenden Sprechers mehr bedarf. Ich werde mich künftig mehr mit meiner eigenen Seele beschäftigen. Es war wohl ohnehin etwas überheblich, die Seele eines anderen lesen zu wollen.«

Kenzaburo Oe: *Eine persönliche Erfahrung.* Suhrkamp Verlag, 140 Seiten, geb. 38 Mark, Tb. 12 Mark

Udo Sierck schrieb in KONKRET 3/94 über die »Euthanasie«-Debatte; Christoph Mürner ist freier Autor in Hamburg

Konkret 01/95, S. 57

Barbara Kirchner

Sprachlos

Techno hat nach den Massen auch die Medien ergriffen. Die stehen allerdings dumm da. Denn Techno läßt sich nicht so einfach auf den Medienbegriff von Jugendkultur bringen wie seine Vorläufer

Frau P. Langstrumpf, die Großmutter der Technopop-Erscheinung Marusha, sagte einst: »Man bekommt viel zu hören, bevor einem die Ohren abfallen.«

Wenn man noch nie was von Techno gehört hat, bringt es auch nix, von Techno zu lesen. Andererseits haben inzwischen eh alle von Techno gehört. Es gibt mittlerweile wahrscheinlich so viele Vorstellungen davon, was Technokultur ist und leisten soll, wie es Ohren gibt, also pro Kopf schon mal zwei. Die einen unterscheiden sehr aufgeregt und rechtschaffen immer noch Pop-Dancefloor von »richtigem« Techno. Dann gibt es welche, denen reicht die eher praktische, ziemlich sinnvolle und brauchbare Unterscheidung zwischen »ambienten«, ruhigen Sachen einerseits und dem eher »bam bam bam«-orientierten Stampfen andererseits. Daß man es mit einer Menge Differenzen zu tun hat, scheint hier schon auf. Das ist mal wieder eine Musik, eine Kultur, eine Erscheinung, bei der man dreifach Hören lernt: 1. Man kriegt viel von Techno zu hören (Medien), 2. man kann Techno viel zuhören (Musik, auch wenn man lieber daheim sitzt, als feiern zu gehen), und 3. man kann auf Techno hören (diese Kultur als solche für voll nehmen, als gut oder Dreck begreifen und dann etwas damit anfangen). Aber bei allem, was es da zu hören gibt, wird man auch mit superspitzen Ohren vergeblich nach erklärenden *Worten* horchen.

Liedermacher sind das keine, diese Technoleute, da können sich alle drauf einigen. Rapper auch nicht. Allerdings auch keine Jazzrock-Hippies, die nun dem gesprochenen oder geschriebenen Wort extra großartig mißtrauen würden und untereinander die mystischsten Flügelkämpfe kämpften, wer wortloser durchs Leben kommt. Es ist eben egal, wozu viel reden, halt die Luft an. Wenn die langweilige Frage wieder heißt: »Was ist denn das, Techno?«, muß zugegeben werden: Die vielen Zeitungsartikelchen dürften darüber besser Bescheid wissen als alle, die Techno machen, und das liegt an dem, was Techno ist. Techno ist erst mal: Da bin ich aber sprachlos! Das muß ja nicht heißen: Da bin ich aber doof.

Und dann gibt es tausend Problemchen, die stets auftreten, wenn nicht versprachlicht wird. Zugzwang, man muß sofort weitermachen. So kommt die beste Erläuterung nichtsprachlicher Probleme selber in sprachloser Form , weil aus den völlig verblödeten, der Sprache noch gar nicht mächtigen Revieren der Welt, daher. Es mußte deshalb ausgerechnet ein blonder, blauäugiger Ausländer sein, der eine bestimmte Spielart des deutsch klingenden Technopop, also nichts Gutes, sondern z.B. U 96, in seinem Schlager »Eins, zwei, Polizei« auf den super-derben Begriff brachte: »Ja ja ja, was ist los, was ist das?« So könnten auch 90 Prozent aller veröffentlichten Wahnvorstellungen über die Bedeutung der Technokultur überschrieben sein, überall sind die medialen V-Männer unterwegs: eins, zwei, Polizei. Und ab und zu ein Querschlägerlein vom »Spiegel«, das sich in der Jugendkulturberichterstattung verlaufen hat, ein Soldat auf eigene Rechnung: drei, vier, Grenadier.

Denn das »Phänomen« Techno ist derzeit besonders verführerisch. »Phänomen« ist immer noch das Lieblingswort der bürgerlichen Medien für etwas, wovon sie annehmen, daß es sich nicht wehren kann. Es ist ja kein Zufall, daß es ein nennenswertes HipHop-»Phänomen« in den deutschen »Printmedien« nie gegeben hat. HipHop war ganz einfach zu managen, scheint es: Die haben das in den falschen Hals gekriegt, dann räuspert man sich halt mal, grunzt »Gewalt«, und das war's. Anders wird's, wenn Sohn und Tochter, Nichte und Neffe nächtelang wegbleiben, ohne daß das gleich offensichtlich mit irgendwelchen gefährlichen Anliegen von Negern, Riot Girls und Radikalen zu tun hat. Aha, die machen also jetzt »Techno«. Scheint aber nichts Böses zu sein. Vielleicht kann man da noch was retten, denkt sich der Jugendberater.

Der »Stern« mußte als erster zeigen, daß er nix kapiert hat: Er bringt einen Aufmacher über die Droge Ecstasy, das erklärt dann schon irgendwie alles. Alter liberaler Keks-Materialismus funktioniert eben so, die glauben ja auch, daß es Krieg gibt, weil die Menschen einander zu viele Waffen verkaufen. Dabei geht es doch darum, was passiert, wenn so ein »Phänomen« anfängt, zwischen »Modernes Leben« und »Kultur« die Stellen zu outen, an denen nicht nur der »Stern«, sondern alle bürgerlichen Medien nicht aufgepaßt haben, und wo Aufpassen ihnen auch nix helfen würde. Alle kriegen entweder das Hörspiel Techno oder das Schauspiel Techno mit, aber wie jetzt die beiden zusammenhängen, das ist unklar.

Es kann hier nicht darum gehen, eine bescheuerte Definition mehr dazuzuwerfen, damit wieder übersehen wird, was der Witz ist. Der Witz ist, daß, während ganze Sternbilder verschwinden, Völker zugrunde gehen und hoffnungslos Staaten gegründet werden, irgendwo ein Streich geführt wird, der an einem harten Gestein keine Spur hinterläßt: ein kurzer Widerhall, und alles ist vorbei. Ein abgestumpftes Ereignis. Daher dann der Eindruck, diese Musik und ihre Massen wären stumpf. Aber was deutlich ist und präzise, das kann nicht wirklich stumpf sein.

Es geht mir um Techno, wie er in den Wichtigtuer-Medien stattfindet, wobei man, als Einstieg, schon sehr von Glück sagen kann, wenn sie es noch Techno nennen und nicht schon beim Verteilungskampf zwischen »Modernes Leben« und »Kultur«

dazu übergegangen sind, zwischen Schauspiel und Hörspiel mit Unterscheidungen herumzufuhrwerken, die den Begriff Techno überflüssig machen sollen – das Hörspiel sind dann die »Klangexperimente«, das Schauspiel ist der »neue Kult des Rausches/ der Ekstase/ des Umfallens« mit geschmacksverstärkenden Zusätzen wie »und das alles im High-Tech-Gewand« oder »auf dem Weg ins 21. Jahrhundert« und so fort. Demgegenüber sollte man nicht Auskunft geben müssen, welche Platten gehört wurden und an welchen Orten man war.

Schließlich ist das »Erkenntnisinteresse« der »Vermittler« so verworren, daß der Erklärungsnotstand eher bei ihnen liegt und da auch liegen bleiben soll. Überall werden Privatsüppchen gekocht, manche betonen am »Phänomen« besonders gern den zahlenmäßig beeindruckenden europäischen Beitrag (so wird Techno schnell zum »europäischen Phänomen«, die US-Verbindungen zu Detroit, House etc. sucht man mit der Lupe). Dabei ist das »Europäische« trotz Verweis auf England, die Niederlande etc. meist ein Vorwand. Mit »Europa« ist in der Regel »Berlin« gemeint, nicht mal Deutschland, sondern definitiv »Berlin« als künftige Hauptstadt von einfach »Allem«, wie sie das gern hätten (am deutlichsten wird das im »Technohauptstadt«-Text im »Spargel Special« »Die Eigensinnigen« über Junges Gemüse). Aber zur Ideologie im ganz altmodischen Sinn tritt neuerdings öfter mal ein leichtes Interesse an der denkbaren »Wahrheit« oder »Bedeutung« hinter dem, was die Lügner, die wissen, daß sie Lügner sind, den ganzen Tag behaupten. Dann merken sie, daß diese ganze scheinbar so harmlose Erscheinung offensichtlich trotz aller Sprachlosigkeit eine enorme Vielfalt von musikalischen und sonstigen Formen erzeugt. In solchen Momenten bekommen sie Angst, und Angst treibt wieder ihren Schreibzwang an. Denn in der Journalistenschule haben sie gelernt, daß Vielfalt nur das Ergebnis wahnsinnig ermüdender Diskussionen sein darf. Hier, bei Techno, aber sagen die, die die Vielfalt praktisch erzeugen, nicht, was sie wollen. Höchstens dringt mal etwas nach draußen, was im oben beschriebenen Sinne »stumpf« aussieht, wenn etwa der beliebte Künstler und DJ Westbam zur »Ravenden Gesellschaft« aufruft und alle einlädt, mitzumachen. Aber das ist eben keine Absichtserklärung, sondern eine sehr zutreffende Beschreibung dessen, was das Schauspiel und das Hörspiel selber schon längst machen, was Westbam längst macht. Gelassene Selbstkommentierung, die einfach feststellt: Früher oder später kriegen wir dich.

Journalisten dürfen sich nicht kriegen lassen, sie müssen selber kriegen. Aber wie macht man das, wenn man nicht mal die vermeintlichen Anführer zu fassen bekommt? Kaum hat man ein paar Namen aufgeschnappt, meinetwegen auch Wörter wie »Ambient« oder »Gabberhouse«, die möglichst plausibel klingen, schon heißt wieder alles anders oder ist anders bei gleichem Namen. Kaum hat man die Labels, die Künstlerinnen und Künstler auswendig gelernt, schon verwirrt ein neues, von der Zeitschrift »Frontpage« und *Crystal Pepsi* herausgegebenes »Germany special« mit einem Verzeichnis aller DJs, Labels, Live Acts und Distributions. Andererseits, hat man nicht irgendwo gehört, »Frontpage« habe sowieso ausverkauft und sei nicht mehr vertrauenswürdig? Einige von diesen Plattenauflegern haben nicht mal eine Kontaktadresse! Linke wie rechte Medien wollen auch gerne wissen, was denn nun der materielle Hintergrund sei, die ökonomische Basis, und nicht immer glauben sie ganz naiv, es sei eben der Drogenhandel oder die Bekleidungsmodeindustrie. Dann bilden sie, wie z.B. der »Focus«, eine Grafik ab, die die »Auflagenentwicklung bei Technozeitschriften« darstellt.

Vor Jahren soll es noch möglich gewesen sein, an einem Wochenende drei Jahrgänge Heavy-Metal-Zeitschriften nachzulesen, zwanzig Platten zu hören, und dann war man Metaller, ließ sich die Haare wachsen, ging in Konzerte und wurde problemlos Teil der Szene. Geht das bei Techno auch, sind Seminare denkbar, die den Zugang über Back-Issue-Exegese von »Frontpage« legen? Einerseits wohl ja, denn das Marketing muß weitergehen. Andererseits: Das Andocken an die Inhalte ist nicht mehr so einfach, wenn der Inhalt »Mitmachen bis zur Erschöpfung« ist. Jedenfalls nicht für die, die zwar mitmachen wollen, aber als Mittel zu irgendeinem Zweck außerhalb von Techno.

Die Lehre ist die, daß Techno eine Kultur ist, von der alleerst mal lernen müssen, daß sie auch nicht besser dastehen gegenüber »der Jugend«, weil sie ein paar Zeitschriften kennen und gelesen haben. Die Lektion, wenn es auf Lektionen ankommt, ist dann möglicherweise eine neue, nicht religiös behinderte Art von Bescheidenheit und Demut. Die selbstverständlich dann auch wieder ein Verfallsdatum kennt. Das einmal Begriffene kann man nicht ewig weitermachen.

Kann man aber, ohne gravierende Folgen, das Gemachte begreifen? Ohne Folgen wohl nicht.

Nur sind die Folgen Privatsache. Das bringt uns zu Rainald Goetz und seiner Tripel- bzw. Doppel-CD »Word«.

Diese ist selbstverständlich nicht die »Platte zum Band *Kronos* aus der *Festung*-Kassette«, als die eine Zeitung sie beschimpft hat, sondern etwas anderes und Besseres. Man kann an dieser Platte naturgemäß nichts über Techno und nichts über Rainald Goetz' Literatur lernen, aber das war ja auch nicht ihre Aufgabe. Die Aufgabe war, zu zeigen, daß nicht das Verständnis einer Sache und die Sache selber (hier Techno) einander umgreifen und besitzen müssen, sondern auch mal ausgehalten werden kann, daß verschiedene Dinge, die jemand macht, der zugleich intellektuell lebendig und feiernd nicht tot ist, voreinander nicht dauernd Rechenschaft ablegen müssen. Goetz zeigt allen »Vermittlern«, allen, die »transparent machen« wollen, was Feiern ist oder Musik-Mitkriegen, wie blöde sie sich davon haben machen lassen, daß sie glaubten, was nicht gerechtfertigt werden kann, existiere auch gar nicht. Hier wird klar, daß die »Bedeutung« von Hörspiel und Schauspiel sich nicht in dem erschöpft, was (re)zensiert werden kann; und daß dabei außerdem rausspringt, daß Schauspiel auch mal Theater ist (wie in »Schauspiel Frankfurt«), ist ja auch nicht so blöd, wie es aussieht. Goetz' Platte ist persönlich, aber zum Glück nicht »intim«, sondern immer noch öffentlich genug. Er steht als Geforderter vor dem Problem, das, wie

ich höre, in der sogenannten »pragmatischen Linguistik« die Form einer These angenommen hat: »Man kann nicht NICHT kommunizieren.« Was machen wir dann? Word.

In diesem Sinne faßt auch Stefan Ripplingers Besprechung der Platte in der »Jungen Welt« alle Tücken des mutwilligen, augenrollenden Schielens auf suspekte »Phänomene« nochmal vorbildlich zusammen. Wenn Ripplinger eine »süßliche Quatschplatte« zu hören glaubt und den Klängen zutraut, eine »Pause vom Klassenkampf« zu ermöglichen, so ist das genau die andere, hämische (kritische) Seite der Unterstellungen von »Focus«, der die schöne Unbeschwertheit lobt, die da in diesem Techno sein soll. Brillante Wortspiele wie Ripplingers vom »Goetzen der Jugend« oder Autoaufkleber bei Spontis wie »TechNO, Revolution yes!« sind nicht mal mehr rockistisch, sondern ihr eigener Kerker. Wer nichts verstehen will und stolz darauf ist, ist nur Komplize der »Spiegel«-Geheimpolizei, die *alles* zu verstehen behauptet.

So klafft die Kluft zwischen Sachen, die man sagt und Sachen, die man nicht sagt. Das Verbrechen bürgerlicher Medien besteht darin, diesen Unterschied gar nicht zu kennen oder so zu tun, als ginge es um den Unterschied zwischen Sagen-*können* und *nicht-Sagen-können*. Manchmal kann man Sagen nicht lernen, manchmal ist es so, daß man es (sich erlauben) kann oder (sich) nicht (erlauben) kann. Egal, was von beidem vorliegt, keins davon ist schlimm, denn beides ruft interessante Möglichkeiten des praktischen Fertigwerdens hervor, Möglichkeiten des »Wie« (sagt man oder teilt man anders mit? Übersetzt man? Läßt man das lieber?). Und »Wie?« fragen, das bedeutet Technik. Und »So!« antworten, das bedeutet Techno.

Barabara Kirchner schrieb in KONKRET 12/94 über das Universalgenie Buckminster Fuller

Konkret 01/95, S. 60

Thomas Ebermann, Rainer Trampert

Mercedes-Mann

Über den Zwangscharakter der Formel I und ihr deutsches Idol

Man könnte meinen, die Frage, ob Michael Schumacher mit unlauteren Mitteln Weltmeister der Formel 1 geworden ist, sei allenfalls eine Erörterung auf den Sportseiten wert. Das ist falsch. Hier geht es um ein nationales Interesse oder, wie Edmund Stoiber sagte: »Schumacher als Weltmeister ist ein epochaler Erfolg für Deutschland« – den es mit aller Kraft zu nutzen gilt. Nicht zuletzt für eine Kampagne, die – meist ausländische – Kritiker unserer epochalen Erfolge als moralisch zerrüttete, von Neid und Mißgunst zerfressene Verlierer enttarnt.

»Das englische Königshaus – skandalumwölkt. Die englischen Minister – jede Woche eine neue Seitensprung-Affäre ... Abgeordnete wurden im Dutzend geschmiert ... Das Pfund verlor in einer Generation 90 Prozent Wert. Der englische Fußball, man hört von ihm nur noch, wenn Hooligans grölen. Jetzt hat Michael Schumacher einem Mann, der nicht richtig bremsen kann, den WM-Titel weggeschnappt. Jetzt nennen sie Schumi ›Ratte‹, ›Hunne‹, ›Wegelagerer‹ – na, na! Angeblich haben die Engländer das ›Fair Play‹ erfunden. Verflixt lang her ...« kommentierte die »Bild«-Zeitung. Die »Süddeutsche« wußte, daß der englische Konkurrent Hill vom »Pech« gestoppt worden war und »keinesfalls ein Rüpel auf vier Rädern« ihn von der Piste befördert hatte. »Tango« fertigte Skizzen an, die Schumachers Unschuld bewiesen, und der »Stern« wußte sogar, daß nur »bizarre Entscheidungen« der Funktionäre dafür gesorgt hatten, daß der Deutsche nicht schon vor dem letzten Rennen als Weltmeister feststand.

Die vermutete illegale Elektronik im Benneton, die Existenz einer unerlaubten Starthilfe, deren Anwendung lediglich nicht nachgewiesen werden konnte, der »Flaggenskandal von Silverstone«, wo Schumacher seine Disqualifikation übersehen haben will, das unerlaubt druckvolle Tanken, das einen Wagen in Flammen aufgehen ließ, und ein regelwidrig geringer Abstand zwischen Unterboden und Fahrbahn – all das hatte zwar zu Gerüchten über einen »illegalen Rennwagen« (Senna) und zu zwei aberkannten Rennen plus zwei Startverboten geführt, war nun aber auf »bizarre Entscheidungen« feindlicher Ausländer reduziert.

Lediglich in den Presse-Echos, die in den deutschen Blättern ein Schattendasein führen, war zu lesen, daß wohl weltweit davon ausgegangen wurde, daß Schumacher den Engländer Hill absichtlich gerammt hatte, was in der Branche nicht unüblich ist, wurde doch Prost 1989 zum Weltmeister gekürt, nachdem er und sein einziger Rivale Senna zusammengeprallt und gemeinsam ausgeschieden waren, während ein Jahr später Senna als Führender der Gesamtwertung sich und seinen Verfolger Prost von der Strecke beförderte und so sein Punktevorsprung uneinholbar wurde.

Wie ein Rufer in der Wüste oder wie ein Agent des britischen Geheimdienstes muß sich C.A. Thiel vom »Hamburger Abendblatt« vorgekommen sein, als er die Einheitlichkeit deutscher Medien kritisierte: »Noch brillanter war die Leistung, die kalkulierte Kollision hierzulande als normalen Rennzwischenfall zu verkaufen.« Nützt ja nichts – Helden müssen makellos sein, und die Frage der »Süddeutschen«: »Kann irgend jemand einen vernünftigen Grund nennen, Michael Schumacher nicht zu mögen?« darf nur die Antwort finden, er sei ein »Weltmeister aus dem Bilderbuch« (»Frankfurter Rundschau«). Denn er ist »für die Industrie im Mutterland des Automobils ein Glücksfall« (»Abendblatt«) und schon deshalb »die perfekte Verkörperung eines positiven Image«, also »nicht nur erfolgreich, sondern dazu noch nett, unkompliziert, optimistisch« (»SZ«) bzw. »immer freundlich, immer höflich, immer optimistisch« (»Tagesspiegel«); man könnte auch sagen: »einfach, ehrlich, schnell« (»FAZ«).

So etwas will gelernt sein, und Michael war stets ein eifriger Schüler, wie Claus-Peter Andorka in seinem Buch über den Helden herausgefunden hat: »Eifrig nutzte er auch abseits der Piste jede freie Minute dazu, von seiner professionellen Umgebung zu lernen, wie man als Mercedes-Mann spricht und schweigt, steht und geht, und wie man ... einem Hummer zu Leibe rückt.«

Wie ein richtiger Mercedes-Mann beschaffen ist, erläutert uns Andorka noch etwas genauer: »In dieser Kurve, in der Stefan Bellof 1985 in den Trümmern seines Porsche starb, konzentriert sich für Michael Schumacher alle Sinnlichkeit seines Sports.« Anders gesagt: An der Stelle des Schlachtfeldes, wo ein anderer Deutscher krepierte, fühlt er sich am wohlsten. »Boris Becker riskiert ein blaues Auge, ich mein Leben«, hatte Schumacher gesagt, und Niki Lauda prophezeite ihm: »Wenn er überlebt, wird er Weltmeister.«

»Wir haben den Willen, Dinge zu wagen, Risiken einzugehen, Schmerzen auf uns zu nehmen, viele Opfer im Leben zu bringen«, formulierte einst Senna, und so ist es sicher keine Beleidigung, sondern eine Würdigung seines Wirkens und Schaffens, wenn der Mercedes-Repräsentant Gerd Krämer nach Sennas Tod feststellte: »Im Prinzip hat er – natürlich viel zu früh – das erreicht, was er immer wollte: Unsterblichkeit.«

Die Formel 1 idealisiert die höchstmögliche menschliche Entfremdung. Der einzelne Pilot wird dadurch ein Held, daß er sich zum reinen Objekt der wissenschaftlich-industriellen Lenkung degradiert, die allein für die fortdauernde Existenz des

Ganzen steht. Sein Erfolg basiert auf der Bereitschaft, für den übergeordneten Zweck soldatisch den Tod in Kauf zu nehmen, wenn nicht sogar – im Falle des individuellen Versagens – , ihn als gerechte Bestrafung zu preisen. Wie der Arbeiter in der Fabrik ist der Pilot vor dem Gelingen des Ganzen das pure, jederzeit austauschbare Nichts. »Unfälle«, sagte der ehemalige Verbandspräsident Joakim Bonnier, »bedeuten in Wirklichkeit gar nichts«, und Curt Riess, der große Sportlerschicksale analysierte, bestätigte: »Gelegentlich scheidet einer aus, weil er zu alt ist, weil er verletzt ist, weil er verunglückt ist. Gelegentlich kommt ein Neuling hinzu – die Karawane bleibt im wesentlichen intakt.«

Wie im Leben. »Ich erkannte«, schrieb das alte Rennfahreridol Rudolf Caracciola in einer Zeit, in der die Sprache noch nicht ökologisch modernisiert war, »daß jeder Fahrer nur Teil eines großen Organismus war.« Viele von ihnen seien nun nicht mehr, denn »die Maschine hat sie ums Leben gebracht«. Wolle der einzelne überleben, müsse er »die Fähigkeit haben, ein Teil der Maschine zu sein«. Wem das nicht gelinge, »den wirft sie unerbittlich aus der Bahn«. Teil einer Maschine zu sein heißt, ihre unmenschliche Präzision in sich aufzunehmen: »Wehe dem, der auch nur für den Bruchteil einer Sekunde die Herrschaft über sich selbst verliert ... Die Maschine erschlägt ihn ... Wehe denen, die einer Leidenschaft die Herrschaft über sich einräumen ... Ihr Schicksal heißt: ausrangiert werden oder zu sterben.« Der Auto-Rennsport bringt den Alltag im Kapitalismus für alle sichtbar auf die Bühne. »Jeder Mensch hat ... nur eine funktionelle Bedeutung«, schrieb Caracciola; »kann er diese Funktion nicht mehr ausfüllen, dann muß er weg«.

Der Vorbildcharakter von Rennpiloten äußert sich in der Idealisierung einer Unterwerfung unter die Maschine und den herrschenden Apparat als Jedermannsschicksal – und in der letzten Konsequenz: der jederzeitigen Bereitschaft zum Tod für das Gelingen des Ganzen. »Die Bevölkerung drängte sich ehrfurchtsvoll vor den gefallenen Helden des Rennsports« (Caracciola). Das Ganze muß leben, »und wenn wir sterben müssen«.

Vor dem Tod steht der Verzicht: die Preisgabe von Lust und Leidenschaft. Die Entsagung hat einen hohen Preis. Immer wieder klagen Rennfahrer Anerkennung für ein freudloses Dasein ein. Da war der Rennfahrer Chiron, sagte Caracciola, »der sich fast alle Freuden des Lebens versagte, um fit für den Moment des Kampfes zu sein«. Graf Berghe von Trips, die ehemalige deutsche Hoffnung, habe »sich verboten«, daß ein Unglück »sein seelisches und körperliches Gleichgewicht störte«, schrieb sein Biograph, und selbstverständlich: »Es gab keine Braut im Leben des Grafen ... Er war viel zu diszipliniert.« Als Sterling Moss aufhörte, sagte er, er habe dem Rennsport alles gegeben außer seinem Leben.

Die Werksdiktatur hält Wacht über den Emotionsverzicht: »In jedem Ferrari ist ein Spion eingebaut ... Ferrari kann sehr unangenehm werden« (Trips), wenn Werksvorgaben verletzt werden. Dem Preis, den die Entsagung kostet, war auch Hunter Davis auf der Spur, der den Renncircus lange Zeit begleitete. Er nannte ihn das »reisende Kloster«. Die Fahrer seien an ein »Gelübde der Keuschheit, des Gehorsams und der Enthaltsamkeit« gebunden und wüßten im übrigen schlicht gar nichts über »laufende Ereignisse oder kulturelle Dinge«. Seine Interviews gab er wegen Langeweile auf, was verständlich wird, wenn wir etwa Schumachers Antwort auf die Frage, was ihm zur Politik einfalle, nehmen: »Ich konzentriere mich lieber auf meinen Job.« In diesem Sinne erfährt Schumachers Selbstbildnis eine tiefere Bedeutung: »Ich bin ein Typ, der jeder sein könnte. Vielleicht ist das die Art Vorbild, die ich bin« (»Kicker«).

Die verschenkte eigene Seele finden wir im Auto wieder. »Man muß durchhalten und dem Wagen Gelegenheit geben, sich zu erfüllen«, sagte der eher kritischere Rennfahrer Jackie Stewart. Graf Trips wiederholte zunächst die allgemeine Erkenntnis: »Der Fahrer ist Teil der Maschine« und transplantierte dann seine Seele in die Technik: »Der Formelwagen vergibt nicht den geringsten Fehler.« Unbewußt wird die Maschine in göttliche Sphären gehoben. Vergeben darf nur Gott.

Dem zwanghaften Dasein entspricht die Lebenseinstellung. Zu den schlimmsten Schwulenjägern zählen oft Schwule, die sich ihr Schwulsein verbieten. Noch mal Jackie Stewart: »Um einen Rennwagen zu steuern, muß man konservativ sein. Man kann kein Radikaler sein, der zu Spontaneität und Begeisterung neigt.« Befragungen unter Rennfahrern ergaben, daß sie »überwiegend Schwäche verabscheuen und Respekt vor Präsidenten, Generälen, Gesetz und Ordnung« haben. Michael Schumacher wäre »früher auch gerne Polizist geworden« (»FAZ«). Nach einer Befragung von Peter Manso (1970) bekannten sich Rennfahrer »im allgemeinen zu einem Haß auf Hippies, die Rolling Stones und die Friedensbewegung« in den USA. Sie bewunderten »die Polizei, Diktatoren, die Marineinfanterie oder das Regime in Südafrika« (Peter Fuller, *Psychoanalyse der Spitzensportler*).

Das Interesse eines Millionenpublikums an einem Sport zu definieren, in dem 60mal – oft in derselben Reihenfolge – Autos wie ein Bienenschwarm an der Tribüne vorbeisummen, ist kompliziert. Zum einen wird es sich aus einer Identifikation ableiten. Fast jeder fährt Auto und unterwirft sich dem Gelingen des Ganzen. Hinzu kommen der Jedermannstraum, als Ersatz für die Entbehrungen einmal ampelfrei auf die Tube drücken zu dürfen, und die Propaganda: Der Tod fährt mit. Zwar fährt überall der Tod mit, aber nur als zufälliges Ereignis. Hier wird er latent versprochen. Mag die Industrie noch das Unglück als sachdienlichen Appell hinnehmen, die Konstruktion verbessern zu müssen, das Publikum beschwert sich mit Desinteresse, wenn der versprochene Tod ausbleibt. Die Formel 1 war bis zum Mai dieses Jahres in einer Krise, sie litt unter sinkenden Einschaltquoten, weil es einige Jahre keine Toten gegeben hatte. Erst als Roland Ratzinger und Ayrton Senna die Gefährlichkeit ihres Sports wieder glaubwürdig machten, als also die Zeitungen »stoppt endlich den Wahnsinn« fordern konnten, kehrte der Boom zurück.

In einem unterscheiden sich Pilot und Publikum. Während der eine Tag und Nacht die Selbstkontrolle eines Mercedes-Mannes obwalten lassen muß, soll das Publikum außerhalb seiner Arbeit die Sau rauslassen dürfen, allerdings gelenkt. Als Schumi nach vollbrachter Tat in seinen Geburtsort Kerpen zurückkehrte, da »jubelte die Menge und stimmte, angeführt vom Sängerknaben Schumacher, in die Nationalhymne ein – ein Wunsch des Weltmeisters« (»FAZ«). In der Nacht des Triumphes hatte ein Teil von ihnen »die Aula des Gymnasiums« in ein »Tollhaus« (»Welt«) verwandelt, und auch im Festzelt nebenan, vor den Übertragungsmonitoren, war die Stimmung prächtig. »Schumachers Rivale wird nur mit Hohn und Spott bedacht« (»SZ«), jedenfalls bis zu dem kurzen Moment, da es so schien, als sei Schumacher ausgefallen und Hill könne weiterfahren: »Du Dreckskerl, brüllten die Fans ... Das war Absicht, ruft einer mit der Bierdose in der Hand« (»SZ«). »Raus, raus, raus«, schreien die Fans, als der Defekt an Hills Wagen sichtbar wird.

»Die schlechten Wünsche für Hill klingen nicht einmal schadenfroh«, erklärte die »FAZ« ihren Lesern, die auch ohne diesen Hinweis davon ausgegangen wären, daß Schadenfreude höchstens bei fremden Völkern zu beobachten ist, wenn Deutschland im Schlamassel steckt. Es ist der schlichte, aufrichtige Wunsch nach Gerechtigkeit, der die Massen ergriff: »Als die Kamera die beschädigte Radaufhängung am Williams-Renault zeigt, steigert sich ihr leiser Optimismus zum gewaltigen Freudenausbruch« (»FAZ«). Wie müssen erst die Gefühle sein, wenn ein feindliches Kampfflugzeug abgeschossen wird? Dazu spricht das rund um die Uhr kontrollierte Idol: »Wir haben keinen Ausländerhaß in Deutschland.«

Alles in allem ein »epochaler Erfolg für Deutschland«, dessen Steigerung noch bevorsteht. Zur Zeit testet Daimler Benz seine noch nicht ausgereiften Formelmotoren mit Piloten, deren Ansehen durch Mängel beschädigt werden darf. Sobald die Technik siegfertig ist, wird es zur deutsch-deutschen Liaison kommen: Schumacher, der Mercedes-Mann.

Thomas Ebermann schrieb in KONKRET 10/94 über die Zonis; Rainer Trampert schrieb in KONKRET 9/93 über die Demontage des Sozialstaats in der BRD

Konkret 01/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Gegen einen weiteren späten Erfolg der »Wir sind das Volk«-Umzüge, nämlich die Entlassung von 60.000 ehemaligen Angestellten der Reichsbahn, zogen in Cottbus Eisenbahner aus der Niederlausitz unter der renovierten Parole auf:

Wir sind die Bahn!

Dringende Bitte an die Betreiber der Schlachthöfe und der Stadtwerke des Beitrittsgebiets: Entlaßt keinen! Die gehen sonst hin und rufen »Wir sind die Würstchen!«, »Wir sind der Kompost!«

Es ist nicht so, daß sie gar nichts dazulernen. Der Kommentator des ehemaligen marxistisch-leninistischen Zentralorgans etwa kommt dem Feind langsam aber sicher auf die Schliche:

Wenn Mitmenschlichkeit zum Geschäft wird, bei dem es sich gut verdienen läßt, dann ist etwas faul im Staate Bundesrepublik.

Fünf Jahre nur hat er gebraucht, eine erste Ahnung des Geheimnisses zu erhaschen, das ungezählte Pionierleiter, Parteisekretäre und Lehrer der Staatsbürgerkunde vierzig Jahre lang sorgfältig vor seinem neugierigen Blick verborgen hatten. Wenn der René Heilig sich weiter so prächtig bildet, wird er nach nochmal fünf Jahren entdecken, daß das erste Gebot der Kapitalakkumulation gar nicht Liebe deinen Nächsten heißt.

Auch nach ihrem Sieg über den Bolschewismus ist die Freiheit in Gefahr. Da hat der Bundesgerichtshof jetzt den Verleger Hubert Burda zur Zahlung von 30.000 Mark Schmerzensgeld verurteilt, weil in seiner Illustrierten »Bunte« ein Interview mit der Potentatin Caroline von Monaco, das diese nicht gegeben hatte, dennoch veröffentlicht worden war, und zwar, weil sie es nicht gegeben hatte, als »Exklusiv-Interview«. Anläßlich der Verteidigung seiner Freiheit gegen die fürstenhörigen Richter ließ der Hubert Posa dieses vor die Schranken fallen:

Nach diesem Urteil können Journalisten ihre Leser nur noch teilweise informieren.

Die Freiheit wird aber doch siegen, denn am besten versteht sich das in Untergrundarbeit erfahrene Verlagshaus Burda gerade auf die teilweise Information, und zwar sowohl auf die ober- wiedie unter- und die hinterteilweise.

Schlagzeile der »Bild«-Zeitung über eine im Himalaya verunglückte Frau:

Eistanz-Prinzessin elend erfroren

Prinzessin und Elend, Eistanz und Gefriertod, Rache der Elemente, Hochmut und Fall, Glück und Glas, die ganze Welt in fünf Worten – das ist, rein freiheits- und informationsmäßig, so saugut, daß man sich schon heute darauf freut, wenn es heißt: Fußball-Kaiser totgegrätscht. Schaumermal.

Deutschland und die Welt auf der Sportseite einer argentinischen Zeitung:

Albert Einstein, Ludwig van Beethoven, Federico Nietzche, Ricardo Wagner, Erwin Rommel, Wernher von Braun, Martin Lutero, Carlos Marx... y también Franz Beckenbauer y Lotthar Matheus, nacieron en Alemania.

Überschrift:

La superioridad teutona

Da schaugst.

Jede Woche liest der Chefredakteur der Wochenzeitung »Die Woche« den Großen der Welt die Leviten. Ein ums andermal bricht ein »So nicht, Kanzler!« oder ein »Sei wachsam, Verbraucher!« aus ihm heraus. Manchmal klagt er sogar die SPD an, sie habe in ihrer ganzen Geschichte versagt, weil

stets schien der Streit um die richtige Linie wichtiger als richtige Politik,

man glaubt es nicht. Seltsamerweise ruft der Chefredakteur nicht »So nicht, SPD!«, sondern »Tür auf!«, was aber auch nach »J'accuse« klingt und tatsächlich an keinen Geringeren erinnert als an Zola. Nicht an Emile vielleicht, aber doch an Gorgon.

Abermals »So nicht, Kanzler!« ruft eine Spalte neben Zola auch der Montesquieu unserer Zeit und Gegend (Herbst 94, Justus Liebig-Universität Gießen), der Professor für Politikwissenschaft Claus Leggewie:

Helmut Kohl fürchtet um seine Wiederwahl? Mag sein. Das große Zittern aber bekommen wir, das Wahlvolk.

Was, Leggewie, wird er uns antun, der Kanzler? Bringt er Polizeistaat, Atomkrieg, Kürzung der Professorengehälter gar? Schlimmeres:

Schon jetzt wirkt das liberal-konservative Bündnis ausgelaugt. Die neue alte Koalition ist von der ersten Minute an auf taktisches Halten aus, wo es ums Toreschießen ginge.

Wie sehr hatten wir gehofft, der Kanzler werde die Politik, die wir nicht gewollt haben, mit frischem Elan durchsetzen, ohne Rücksicht auf taktische Verluste. Jetzt steht das Menetekel an der offenen Tür:

Dem Volk drohen vier Jahre Stillstand.

Doch in Gefahr und höchster Not bringt der politikwissenschaftliche Mittelstand alles ins Lot:

Wie die nächsten vier Jahre regiert und reformiert werden soll, bedarf einer echten Debatte im Hohen Haus.

Uff. Das ist ja nochmal gut gegangen.

Wenn aus dem Stadtrat für multiple Kultur der alte Revoltenschläger hervorbricht, hat das neue Ausländerzentralregistergesetz nichts zu lachen. Er werde, drohte Dany mit frisch aufgelegtem le Rouge in der dazugehörigen Tageszeitung,

den »staatlich und nun auch parlamentarisch sanktionierten Datenmißbrauch« nicht mitmachen und sei nötigenfalls bereit, es bei dieser Frage »zum Äußersten kommen zu lassen«.

Zu einem Pariser Mai im Frankfurter Winter? Mit Sit in, Mollies, Hungerstreik, Leggewie als Sartre, Tanz in den Mao und allen revolutionären Schickanen? Wenn es bloß das wäre! Der alte Umstürzler will sogar Nichtdeutsche, mit deren persönlichen Daten »nachweisbar Schindluder« getrieben wurde, aufwiegeln, sich bei den Datenschutzbeauftragten zu melden, und zieht förmlich blank:

Sollten alle Stricke reißen, hofft Cohn-Bendit auf die Hilfe derGrünen-Bundestagsfraktion. Diekönnte in Karlsruhe eine Organklage einreichen.

Und mag der Revolutionär auch in einem Alter sein, in dem das zur Klage animierende Organ die Leber ist, er scheut sich nicht, bis zum Äußersten, und bis zum Alleräußersten, ja zum Bundesminister des Äußersten zu gehen, wenn nicht, wenn alle Stricke reißen, sogar zu kandidieren.

Manchmal macht die »Bild«-Zeitung mich richtig glücklich:

Marion Gräfin Dönhoff erhält den deutsch-polnischen Preis für Verdienste um die Verständigung. Die weise Ostpreußin trug ihre alte Heimat immer im kämpferischen Herzen. Ihre Bücher lesen, ist wie Ostpreußen riechen.

Oder Ostpreußinnen?

Ein deutscher Deutsche Revolution-Revolutionär kriegt den Hals nicht voll:

Immer mehr der kleinen, schmutzigen Dinge kommen ans Licht, die den Alltag in der DDR oft so unerträglich gemacht haben. Die »Berliner Zeitung« berichtet über die luxuriösen Häuser, die eine Potsdamer Spezialfirma unter strikter Geheimhaltung für die Kinder von Mitgliedern des ehemaligen Ministerrates errichtet hat. Kloschüsseln aus dem Westen für die empfindlichen Gesäße von Funktionärskindern. »Warum nicht gleich goldene?« fragen die Leute auf der Straße,

Paare, Passanten aus der Therapiegruppe analfixierter Zuckerpüppchen (TAZ), die allesamt vorne Wolfram und hinten Kempe heißen.

Ich habe in meinem Studium gelernt, daß ein Abzeß, eine Eiterbeule, die man nicht rechtzeitig öffnet, alles vergiften kann. Um wirklich voranzukommen, muß alles auf den Tisch,

alle kleinen, schmutzigen Dinge, Abzesse, Eiterbeulen, Urinalsteine aus Italien. Und dann darf der liebe Wolfram alles aufessen.